



Bericht

der Landesregierung

Wirtschaftsbericht 2000

Federführend ist der Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

*Ministerium für Wirtschaft,
Technologie und Verkehr
des Landes Schleswig-Holstein*



Wachstum - Innovation - Arbeitsplätze

Wirtschaftsbericht 2000

Herausgeber:
Ministerium für Wirtschaft,
Technologie und Verkehr
des Landes Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 94
24105 Kiel

Herstellung des Deckblattes:

April 2000

ISSN

Diese Broschüre
wurde aus
Recyclingpapier
hergestellt.

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der schleswig-holsteinischen Landesregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Personen, die Wahlwerbung oder Wahlhilfe betreiben, im Wahlkampf zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

Die Landesregierung im Internet:
<http://www.schleswig-holstein.de/landsh>

Inhalt

Einleitung	3
Wirtschaftliche Entwicklung in Schleswig-Holstein	4
Allgemeines	4
Verarbeitendes Gewerbe	8
Ernährungswirtschaft	9
Bauwirtschaft.....	10
Handwerk	10
Dienstleistungen	10
Handel	12
Tourismus	12
Umweltwirkungen.....	13
Regionale Wirtschaftspolitik	15
Kräftiger Innovationsschub: Das Regionalprogramm 2000	15
Das Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume in Schleswig-Holstein 1995 - 1999	17
Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur	17
Konversionspolitik	18
Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg	19
EU-Strukturpolitik.....	19
Wirtschaftsförderung für Unternehmen	21
Existenzgründungsoffensive	22
Ansiedlungsergebnisse 1999.....	23
Beratungen	24
Beratungen für KMU.....	24
Beratungen für Frauen.....	24
Umweltwirtschaft	26

Außenwirtschaftspolitik	28
Schiffbau	31
Tourismuspolitik	33
Technologiepolitik	35
<i>Ziele, Aufgaben und Instrumente</i>	35
<i>Beispielhafte Projekte der Technologieförderung</i>	36
<i>Telekommunikation und Multimedia</i>	37
<i>Technologietransfer im Hochschulbereich</i>	38
Berufliche Qualifizierung, Aus- und Weiterbildung	40
<i>Ausbildungsplatzsituation 1999</i>	40
<i>Bündnis für Ausbildung '99</i>	41
<i>Weiterbildung</i>	42
Verkehrspolitik für Schleswig-Holstein	44
<i>Europäische Verkehrspolitik</i>	44
<i>Schienenwege</i>	44
<i>Straßeninfrastruktur</i>	45
<i>Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)</i>	46
<i>Schifffahrtspolitik</i>	47
<i>Entwicklung der Häfen</i>	47
<i>Luftverkehr</i>	49
Entwicklung der schleswig-holsteinischen Wirtschaft im Zeitraum von 1990 bis 1999 - Eine Zehnjahresbilanz	50
Ausblick	56
<i>Schwerpunkte der Wirtschaftspolitik in der Legislaturperiode 2000 - 2005</i>	56
Anlagen	58
<i>Abkürzungen</i>	75
<i>Zuständigkeiten</i>	76

Einleitung

Alle Signale stehen auf Wachstum und Beschäftigung

Schleswig-Holstein hat einen gelungenen Start ins Jahr 2000 hingelegt. Unsere Wirtschaft ist im vergangenen Jahr so stark gewachsen wie in keinem anderen Land der Bundesrepublik Deutschland. Mit einem realen Wirtschaftswachstum von 2 Prozent liegen wir deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

In den letzten Wochen des Jahres 1999 wurde es immer spürbarer: Die deutsche Wirtschaft ist auf den Wachstumspfad zurückgekehrt. Die Trendwende auf dem Arbeitsmarkt hat sich verstärkt fortgesetzt. Schleswig-Holstein hat von dieser gesamtwirtschaftlichen Entwicklung deutlich profitiert. Besonders erfreulich waren die positiven Impulse im Verarbeitenden Gewerbe des Landes. Unsere Betriebe verfügen über ein gutes Auftragspolster. Die Exportquote hat erstmals die 30-Prozent-Marke übersprungen. Nach der Frühjahrsumfrage der Unternehmensverbände beurteilen die Unternehmen ihre aktuelle wirtschaftliche Situation ganz überwiegend positiv.

Leistungsträger Mittelstand

Unsere Unternehmensstruktur ist stabil. Es gab im Handelsregister per Saldo deutlich mehr Neueintragungen als Löschungen. Die Wirtschaftsfördergesellschaften haben 158 neue Unternehmen nach Schleswig-Holstein geholt. Der schleswig-holsteinische Mittelstand ist Garant für diese Stabilität. Unsere kleinen und mittleren Unternehmen sind die Leistungsträger der Wirtschaft. Sie sind Motor für Wachstum, Beschäftigung und Ausbildung. 20.000 neue Ausbildungsverträge wurden im vergangenen Jahr geschlossen.

Die Landesregierung hat dafür gesorgt, dass die Rahmenbedingungen stimmen.

Die Modernisierung des **Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein** ist weiter vorangekommen. Die Unternehmen finden bei uns im Norden ein innovationsförderndes Wirtschaftsklima vor. So etwas spricht sich herum. Die **technologische Infrastruktur**, verbunden mit einem funktionierenden Technologietransfer zwischen Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, kann sich bundesweit sehen lassen. Schleswig-Holstein hat den Schritt in die Informations- und Wissens-

gesellschaft vollzogen. Mit ihrer **Landesinitiative Informationsgesellschaft** hat die Landesregierung diesen Weg flankiert. Die Expansion des **Dienstleistungssektors** ist ungebrochen: Über 70 Prozent der realen Bruttowertschöpfung wurden 1999 im tertiären Sektor erwirtschaftet. Schleswig-Holstein hat den Strukturwandel erfolgreich bewältigt.

Mit der schwerpunktmäßigen Förderung der **wirtschaftsnahen Infrastruktur** liegt die Landesregierung richtig. Aus dem ausgelaufenen Regionalprogramm 1995-1999 flossen 176 Millionen Mark in die Infrastruktur des Landes. Das neue Regionalprogramm 2000 ist Bestandteil der **Zukunftsinitiative Ziel - Zukunft im eigenen Land**. Durch Verbindung der Landesförderung mit Fördermitteln der Europäischen Union und der Bundesländer-Gemeinschaftsaufgabe wird es mit einem Gesamtvolumen von einer drei Viertel Milliarde Mark bis 2006 ein schlagkräftiges Instrument zur Stärkung der Infrastruktur in den Regionen des Landes sein.

In der **Verkehrspolitik** hat die Landesregierung wichtige Meilensteine gesetzt. Sie hat sich nach einem intensiven Dialog mit allen Beteiligten für eine feste Fehmarnbeltquerung ausgesprochen. Die Elektrifizierung der Bahnstrecke Hamburg - Lübeck wurde nach erfolgreichen Verhandlungen mit dem Bund auf den Weg gebracht. Die Planung und Realisierung der Ostseeautobahn A 20 ist 1999 ein großes Stück vorangekommen.

Ich wünsche mir, dass dieser Wirtschaftsbericht den Leserinnen und Lesern ein komprimiertes und übersichtliches Bild von der voranschreitenden Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein vermitteln kann. Gleichzeitig hoffe ich, dass die Daten und Fakten vielen von ihnen nützlich sind.



*Dr. Bernd Rohwer
Minister für Wirtschaft,
Technologie und Verkehr
des Landes Schleswig-Holstein*

Wirtschaftliche Entwicklung in Schleswig-Holstein

Allgemeines

Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs

Die Wirtschaft Schleswig-Holsteins hat sich im Jahr 1999 deutlich günstiger entwickelt als der Durchschnitt der deutschen Bundesländer. Mit einem realen **Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von 2,0 Prozent** übertraf Schleswig-Holstein den Wert Deutschlands um 0,6 Prozentpunkte. Im Vergleich aller Bundesländer lag Schleswig-Holstein damit mit seiner Wachstumsrate auf Platz 1.

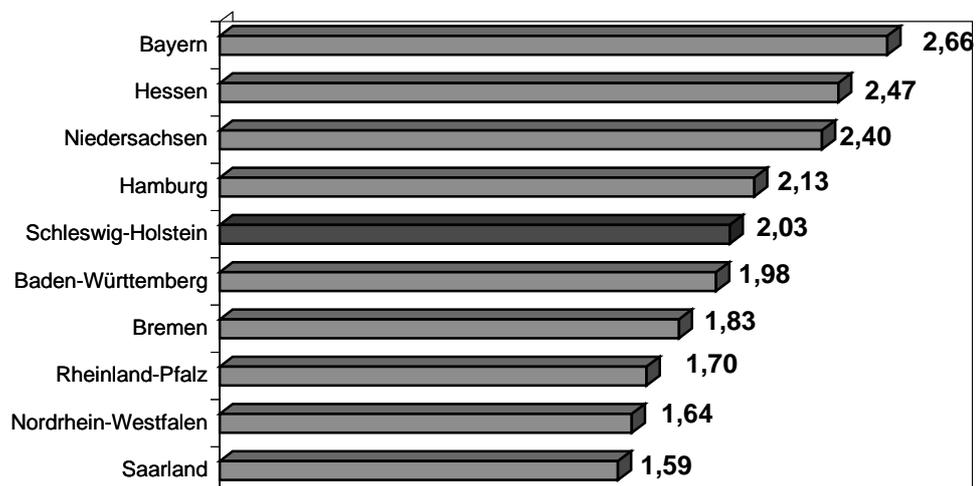
Die Konjunktur in Deutschland hatte - nach einer noch gedämpften Entwicklung im ersten Halbjahr 1999 - in der zweiten Jahreshälfte deutlich angezogen. Diese Erholung war im Wesentlichen auf die positive Entwicklung auf

den internationalen Märkten zurückzuführen. In den ostasiatischen Schwellenländern standen nach Überwindung der Finanzkrisen die Zeichen wieder auf Wachstum. Auch in Japan und Lateinamerika sowie in den Ländern Mittel- und Osteuropas zeigten sich Erholungstendenzen. Besonders positive Impulse gingen vom immer noch kräftigen Wachstum in den USA aus. Die Auslandsnachfrage - verstärkt durch den niedrig bewerteten Euro - hat den Wachstumskurs der deutschen Wirtschaft im wesentlichen getragen. Hiervon profitierte vorrangig das Verarbeitende Gewerbe, also die Industrie.

Auch in Schleswig-Holstein hat die positive Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe des Landes das gute Wirtschaftswachstum 1999 maßgeblich getragen. Ein Umsatzplus von 5,1 Prozent und eine Steigerung der Aus-

Langjähriges Wachstum: Schleswig-Holstein unter den fünf besten westdeutschen Ländern

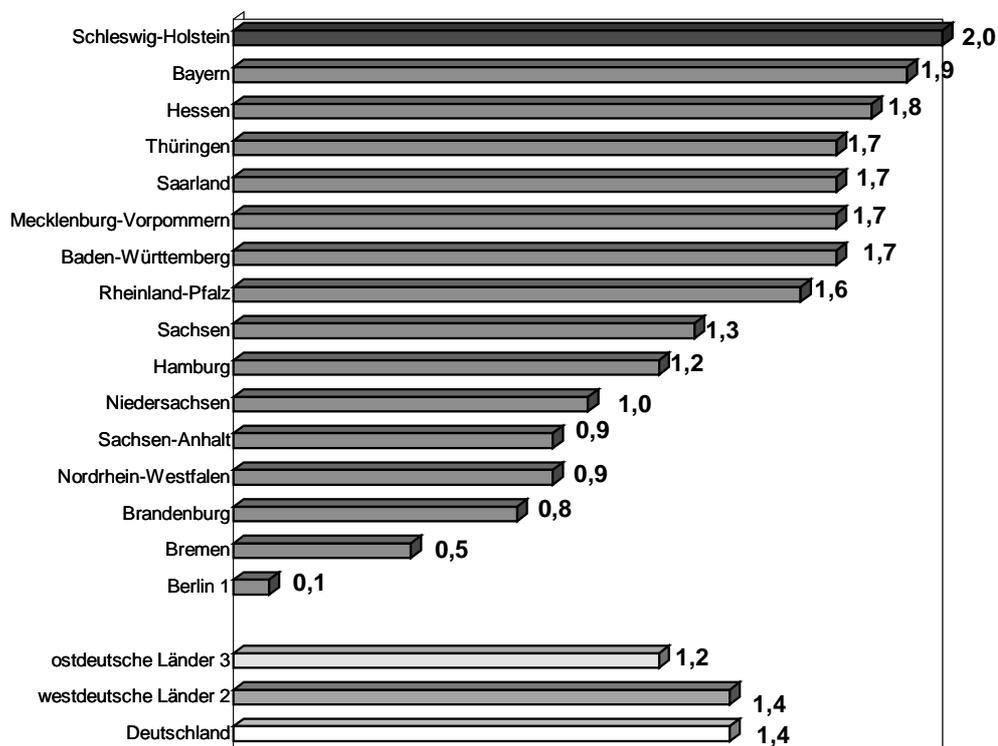
Durchschnittliche Entwicklung der Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes 1990 bis 1999



Quelle: Statistisches Landesamt SH; eigene Berechnungen des MWTV - SH

Schleswig-Holstein: Wachstumsstärkstes Bundesland 1999

Reales Bruttoinlandsprodukt - in Preisen von 1995



1) Gesamtberlin 2) Ergebnis in- und exclusive Berlin
3) Ergebnis ohne Berlin (mit Berlin: +0,9 %)

Quelle: Statistisches Landesamt SH; Graphik; MWTV SH

landsumsätze um 10,3 Prozent übertrafen die Werte des Vorjahres deutlich. Die Exportquote überschritt erstmals die 30-Prozent-Marke. Auch der weiteren Entwicklung im Jahr 2000 kann das Verarbeitende Gewerbe im Land mit Zuversicht entgegensehen, da die Auftragsbücher durch hohe Auftragseingänge während des Jahres 1999 gut gefüllt sind.

Gestützt wurde die positive Entwicklung in Schleswig-Holstein auch durch einen Basiseffekt im Bereich der Energieproduktion. Der Einbruch der Bruttostromerzeugung um knapp 20 Prozent im Jahr 1998, der für die unterdurchschnittliche Wachstumsrate Schleswig-Holsteins im Vorjahr hauptsächlich verantwortlich war, konnte im Jahr 1999 mehr als ausgeglichen werden. 1999 lag die Bruttostromerzeugung um über 30 Prozent über dem Vorjahreswert.

Nach wie vor schwierig ist die Situation in der

Bauwirtschaft und in weiten Teilen des Handwerks. Erfüllen sich die Prognosen für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland bis zum Ende des Jahres 2000, dann wird sich auch die konjunkturelle Lage in diesen Wirtschaftsbereichen weiter verbessern.

Start des Euro - binnenwirtschaftlich stark, außenwirtschaftlich nachgebend

Das Jahr 1999 hat sich in Deutschland durch eine besondere Preisniveaustabilität ausgezeichnet. So blieb die Inflationsrate, gemessen am Preisindex der Lebenshaltungskosten, mit 0,6 Prozent auf einem historischen Tiefstand. Im ersten Jahr seines Bestehens hat der Euro damit seine binnenwirtschaftliche Feuertaufe bestanden.

Im Außenverhältnis verlor der Euro aufgrund der Zinsdifferenzen gegenüber dem US-Dollar, dem britischen Pfund und dem Yen an Wert. In der Wechselkursentwicklung zum US-Dollar dürfte sich dabei vor allem die robustere Konjunktur in den Vereinigten Staaten und das dortige, höhere Zinsniveau ausgewirkt haben. Mit einem Anspringen der Konjunktur in Europa sowie einer möglichen Abflachung des Wachstums in den USA wird für das Jahr 2000 mit einer Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar gerechnet.

Arbeitsmarkt - leichte Entspannung, aber kein Durchbruch

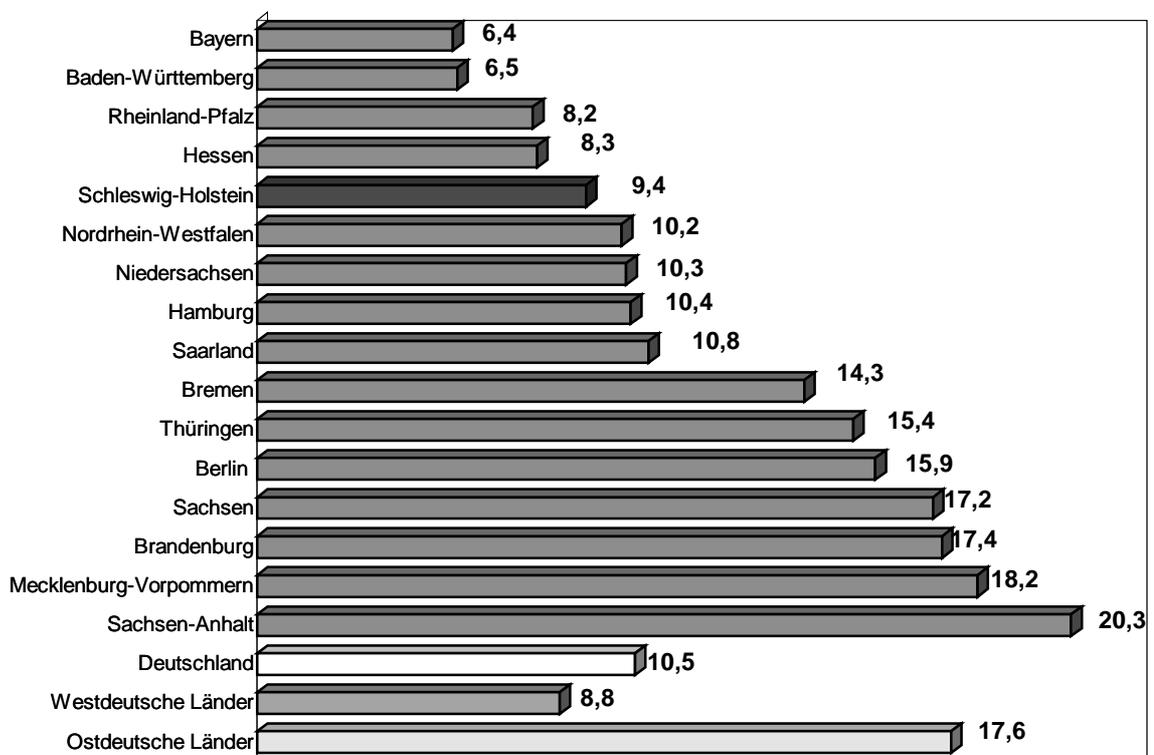
In **Deutschland** zeigte sich 1999 eine leichte Entspannungstendenz am Arbeitsmarkt. So lag die Arbeitslosenquote, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, im Jahresdurchschnitt bei 10,5 Prozent nach 11,1 Prozent im Vorjahr. Im Jahresdurchschnitt 1999 waren rund 4,1 Millionen Menschen arbeitslos gemeldet, über 180.000 Personen weniger als 1998. Die Zahl der Erwerbstätigen am

Arbeitsort wird für 1999 auf 36,1 Millionen Menschen veranschlagt, rund 107.000 mehr als ein Jahr zuvor. Die Entwicklung am Arbeitsmarkt verlief dabei in den alten Bundesländern (Arbeitslosenquote: 8,8 Prozent nach 9,4 Prozent in 1998) positiver als in den fünf neuen Ländern (Arbeitslosenquote: 17,6 Prozent nach 18,2 Prozent in 1998).

Auch der **schleswig-holsteinische Arbeitsmarkt** erholte sich 1999. Im Durchschnitt des vergangenen Jahres waren in Schleswig-Holstein 122.000 Männer und Frauen und damit 6.300 weniger als 1998 arbeitslos gemeldet. Die Arbeitslosenquote verringerte sich von 10,0 Prozent im Vorjahr auf 9,4 Prozent im Jahre 1999. Damit weist Schleswig-Holstein die niedrigste Arbeitslosenquote aller norddeutschen Länder auf. Neben einer leichten konjunkturellen Besserung war diese Entlastung vor allem auf den verstärkten Einsatz von Instrumenten der aktiven Arbeitsmarktpolitik sowie das Sofortprogramm der Bundesregierung zur Senkung der Jugendarbeitslosigkeit zurückzuführen.

Niedrigste Arbeitslosenquote der norddeutschen Länder

Arbeitslosenquoten im Jahresdurchschnitt 1999



Quelle: LAA-Nord - 1999: vorläufige Ergebnisse; Graphik: MWTV (Berechnung mit allen zivilen Erwerbspersonen)

Ende November 1999 zählte die Bundesanstalt für Arbeit 807.200 **sozialversicherungspflichtig Beschäftigte** in Schleswig-Holstein, 800 weniger als ein Jahr zuvor. Die Zahl der offenen Stellen im Land erreichte im Jahresdurchschnitt erstmals wieder das Niveau der 70er Jahre, im Durchschnitt des Jahres wurden den Arbeitsämtern monatlich 13.700 offene Stellen gemeldet. Das waren im Schnitt über 2.000 mehr als im Vorjahr und damit so viele wie seit 1974 nicht mehr.

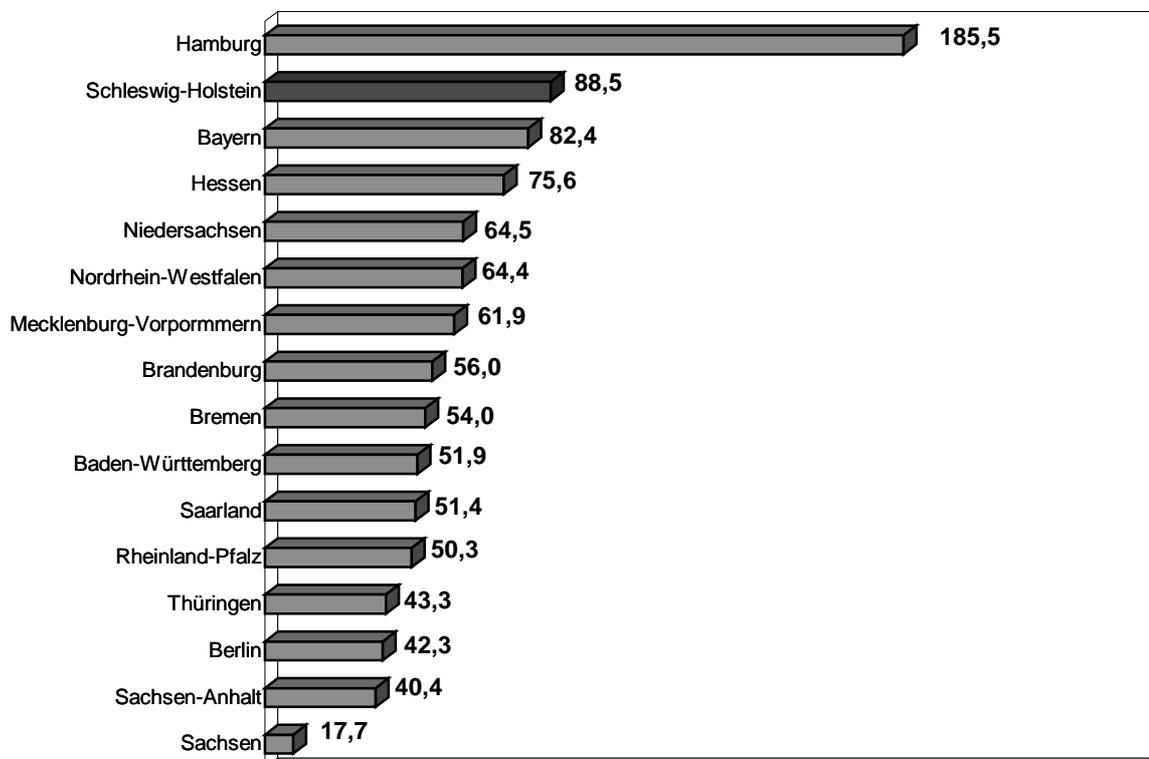
Dynamik bei der Zahl der Unternehmen

Nach Berechnungen der Wirtschaftsauskunftei *Creditreform* erfolgten im Jahr 1999 in Schleswig-Holstein 4.083 Neueintragungen in das **Handelsregister**. Dem standen 1.654 Löschungen gegenüber. Wertet man die Relation von Löschungen zu Neueintragungen als Maßstab für die Stabilität der Unternehmenslandschaft eines Wirtschaftsstandortes, so kann Schleswig-Holstein mit einem Quotienten von 0,41 als zweitstabilster Standort hinter Hamburg (0,33) gelten.

Auch beim Nettozuwachs an eingetragenen Unternehmen je 100 000 Einwohner belegte Schleswig-Holstein mit einem Wert von 88,5 den zweiten Platz im gesamten Bundesgebiet hinter Hamburg, das dieses Ranking aufgrund eines Quotienten von 185,5 mit großem Abstand anführt.

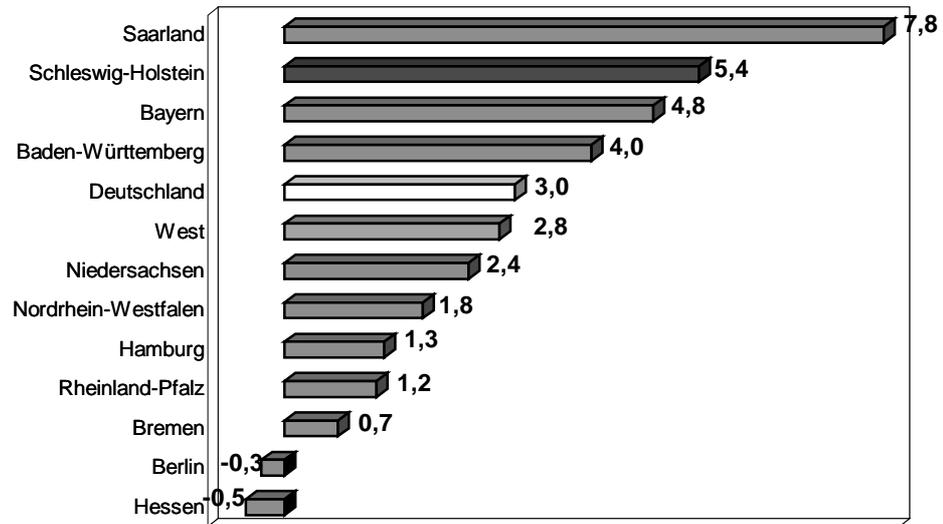
Hohe Neugründungsquote

Eintragungen und Löschungen (Saldo) im Handelsregister je 100.000 Einwohner im Jahr 1999



Quelle: Creditreform; Charts des Monats des MWTV; Graphik: MWTV

Umsatzzuwächse im Verarbeitenden Gewerbe 1999 gegenüber 1998 in Prozent
(Verarbeitendes Gewerbe incl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden)



Quelle: Statistisches Bundesamt - für 1999: vorläufige Ergebnisse; Graphik: MWTW;

Die Zahl der **Unternehmensinsolvenzen** sank 1999 in Jahresfrist um 4,7 Prozent auf 820. Zu beachten ist bei diesem Vergleich jedoch, dass zum Jahresbeginn die neue Insolvenzordnung in Kraft trat, welche die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens erleichtert und die Chance zur Rettung in Liquiditätsschwierigkeiten steckender Unternehmen erhöhen soll.

Die in einem Insolvenzverfahren befindlichen Unternehmen beschäftigten insgesamt knapp 3.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, von denen die Mehrzahl aus dem Verarbeitenden sowie dem Baugewerbe stammten. Unter den quantitativ bedeutsamen Branchen mussten das Verarbeitende Gewerbe und der Handel eine Zunahme der Insolvenzzahlen verbuchen, während das Baugewerbe in etwa konstant blieb. Die Zahlungsschwierigkeiten im Gastgewerbe, der Verkehrs- und Nachrichtenübermittlung sowie im Dienstleistungsbereich verringerten sich. Handwerksunternehmen waren 1999 deutlich häufiger von Liquiditätsschwierigkeiten betroffen als 1998.

Verarbeitendes Gewerbe

Entwicklung kommt auf Touren

Im Vergleich zu der Entwicklung des Vorjahres haben sich die meisten Eckdaten - insbesondere Absatz und Beschäftigung - im **Verarbeitenden Gewerbe Schleswig-Holsteins**¹ 1999 verbessert. Insgesamt gesehen ergeben sich hieraus ein positives Bild und günstige Perspektiven für das Jahr 2000.

Die Umsätze stiegen 1999 gegenüber dem Vorjahr um kräftige 5,1 Prozent auf 53,3 Milliarden Mark, während das Umsatzwachstum in 1998 lediglich bei plus 1,3 Prozent gelegen hatte. Vor allem der Exportanstieg um plus 10,3 Prozent (1998 plus 1,4 Prozent) trug zu diesem Ergebnis bei. Aber auch die Inlandsumsätze, die 1998 noch stagnierten (plus 1,2 Prozent), nahmen um 2,9 Prozent zu.

Bei den Beschäftigten war ein Rückgang zu verzeichnen, allerdings fiel er mit minus 1,6 Prozent geringer aus als in 1998 (minus 2,1 Prozent).

Der **Maschinenbau** blieb auch 1999 der beschäftigungsstärkste Wirtschaftszweig im

¹ Für 1999 vorläufige Ergebnisse; Ergebnisse für Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Quelle: Statistisches Landesamt SH

Verarbeitenden Gewerbe des Landes. Obwohl die Zahl der Beschäftigten in Jahresfrist um 3 Prozent abnahm, arbeiteten immer noch 23.830 Personen im Maschinenbau. Der Gesamtumsatz von 6,7 Milliarden Mark lag dort 4,6 Prozent unter dem Niveau des Vorjahres und errechnete sich zu 50,1 Prozent aus dem Auslandsumsatz. Der Wandel der Wirtschaftsstruktur machte sich auch innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes bemerkbar. Bei leicht rückläufiger Beschäftigung insgesamt (minus 1,6 Prozent) konnte die Beschäftigtenzahl bei der **Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik** um 5,3 Prozent erheblich gesteigert werden, so dass hier 23.286 Menschen ihren Arbeitsplatz fanden. Daran hatte die Medizintechnik sowie die Mess-, Steuer-, Regelungstechnik und Optik mit 11.971 Beschäftigten, das sind 6,7 Prozent mehr als noch 1998, einen Anteil von 51,4 Prozent. Mit einer Steigerung um 30,9 Prozent auf knapp 11 Milliarden Mark erzielte dieser Wirtschaftszweig den höchsten Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe. Die Exportquote erreichte 49,8 Prozent. Im Ernährungsgewerbe und der Tabakverarbeitung in Schleswig-Holstein, welche ebenso zu den beschäftigungsintensiven Wirtschaftszweigen zählen, kam es im vergangenen Jahr zu einem Rückgang der Beschäftigung um 4,2 Prozent auf 19.680 Personen. Damit rangierte dieser Wirtschaftsbereich auf Platz drei der beschäftigungsstarken Branchen. Die Höhe des Umsatzes betrug 9,4 Milliarden Mark, das waren 0,9 Prozent weniger als noch 1998.

Zur Entwicklung wichtiger Wirtschaftszweige des Verarbeitenden Gewerbes vgl. Anlage 7.

Ernährungswirtschaft

Das traditionell in Schleswig-Holstein ansässige **Ernährungsgewerbe** hat mit einem Umsatz von knapp 9,4 Milliarden Mark und 19.680 Beschäftigten eine hohe Bedeutung für die Wirtschaft des Landes.

Die Branchenstruktur des Ernährungsgewerbes ist von mittelständischen - oft noch inhabergeführten - Unternehmen geprägt, die primär den nationalen, weitgehend gesättigten Markt bedienen. Die Exportquote liegt derzeit bei 10 Prozent. Seit Jahren herrscht hoher Wettbewerbsdruck mit ständig verringerten Margen, besonders durch die zunehmende Handelskonzentration. Dieser Druck wurde durch den im Sommer 1999 begonne-

nen Preiskampf der großen Lebensmittelketten verstärkt.

Nur in der Kartoffelverarbeitung und der Herstellung von Fruchtsäften und (Dauer)Backwaren konnten, entgegen dem insgesamt rückläufigen Umsatztrend im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe, höhere Erlöse erzielt werden.

Auch die mittelständisch geprägte **Fischwirtschaft** mit über 3.000 Beschäftigten hat ein insgesamt noch befriedigendes Wirtschaftsjahr hinter sich. Die Kutter- und Küstenfischerei konnte trotz reduzierter Fangquoten aufgrund weltweit steigender Fischpreise die Umsätze merklich steigern. In den Fischverarbeitungsbetrieben wurde neben gestiegenen Rohstoffpreisen, Vertriebskosten und allgemeinen Kostensteigerungen auch der anhaltende starke internationale Wettbewerb spürbar. Durch Rationalisierungsinvestitionen und Produktinnovationen konnten die Betriebe diese Entwicklungen in der Regel auffangen.

Das gesamte Ernährungsgewerbe steht unter extremem Kooperationsdruck, der eine große Fusionswelle ausgelöst hat. 1998 und 1999 lag hier die Übernahmekquote im Vergleich zu allen Wirtschaftsbranchen in Deutschland mit an der Spitze. Auch in Schleswig-Holstein haben in den letzten Jahren die Strategieentscheidungen nationaler Großunternehmen sowie internationaler Nahrungsmittelkonzerne zur Aufgabe von Standorten geführt. Ein gegenläufiger Trend besteht im Bäcker- und Fleischerhandwerk, wo kleine Handwerksbetriebe zunehmen.

Umsatzzuwächse lassen sich auf dem inländischen Markt nur noch mit neuen Absatzstrategien realisieren oder mit neuen, erweiterten Produktangeboten. So wurden vermehrt *Convenience-Produkte* nachgefragt, von denen Kunden vor allem Bequemlichkeit, sofortige Verfügbarkeit und einfache Handhabung erwarten.

Beachtenswerte Absatzpotentiale bieten sich der Ernährungsindustrie auf den wachsenden Märkten des Außer-Haus-Verzehrs, der *Functional Foods* und der Premiumprodukte. Mehr als 70 Prozent der heimischen Unternehmen streben Qualitätsführerschaft an und sind damit ein interessanter Partner der qualitätsorientierten landwirtschaftlichen Produzenten.

Bauwirtschaft

Weiterhin abnehmende Beschäftigung im Bauhauptgewerbe

Der durchschnittliche **Personalbestand** in den Betrieben des **Bauhauptgewerbes in Schleswig-Holstein** im Jahr 1999 lag mit 36.600 Beschäftigten um 3,9 Prozent unter dem Wert des Vorjahres. Auch bei den im Bauhauptgewerbe geleisteten **Arbeitsstunden** war gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang zu verzeichnen, und zwar um 1,3 Prozent auf 44,8 Millionen Stunden.

Die **Auftragseingänge** der Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten waren im vergangenen Jahr mit 3,0 Milliarden Mark um 8,4 Prozent geringer als im Vorjahr. In den einzelnen Zweigen des Bauhauptgewerbes fiel die Nachfrage nach Bauleistungen unterschiedlich aus. So gingen die Auftragseingänge im Wohnungsbau um knapp 15 Prozent zurück, im öffentlichen und Verkehrsbau um über 13 Prozent. Dagegen meldeten die Betriebe im Wirtschaftsbau einen deutlichen Anstieg der Auftragseingänge um über 8 Prozent. Der baugewerbliche Umsatz in der schleswig-holsteinischen Bauwirtschaft betrug im Berichtsjahr 6,2 Milliarden Mark. Das waren 2,3 Prozent weniger als noch 1998.

Handwerk

Leichtes Umsatzplus, weiterer Beschäftigungsabbau

Die wirtschaftliche Lage des **Handwerks** erfuhr auch 1999 noch keine entscheidende Verbesserung und blieb damit das fünfte Jahr in Folge ohne konjunkturellen Aufschwung. Vor dem Hintergrund einer einsetzenden leichten Belebung der Gesamtwirtschaft stellte sich im Jahresergebnis eine leichte Verbesserung der Geschäftsentwicklung der Handwerksbetriebe ein. Der **Vorjahresumsatz** von etwa 24 Milliarden Mark konnte nach Berechnungen des Statistischen Landesamtes um 1,1 Prozent überschritten werden. Der **Beschäftigungsstand** im schleswig-holsteinischen Handwerk war gegenüber dem Vorjahr um 3,8 Prozent rückläufig.

Das **Bauhauptgewerbe** stagniert weiterhin auf niedrigem Niveau. Nur bei den **Zimmerer- und Dachdeckerbetrieben** ist eine weit über dem Durchschnitt liegende wirtschaftliche Lage zu verzeichnen. Auch im **Ausbauge-**

werbe kam es im letzten Quartal 1999 zu einer günstigeren Entwicklung. Bei den **Dienstleistungshandwerken** und den **Handwerken des Metallgewerbes** verlief die wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Sparten unterschiedlich, dagegen standen deutliche Einbußen im **Kraftfahrzeugbereich**. Auffällig war ein Beschäftigungsplus von 2,7 Prozent im Nahrungsmittelgewerbe, hervorgerufen durch Personalaufstockungen bei den Bäckern, verbunden mit einem Umsatzzuwachs von 4,8 Prozent.

Die Zahl der eingetragenen Handwerksbetriebe ist Ende 1999 mit 21.323 Unternehmen im Vergleich zum Vorjahr um 0,7 Prozent gestiegen (Vorjahr: 1,2 Prozent).

Dienstleistungen

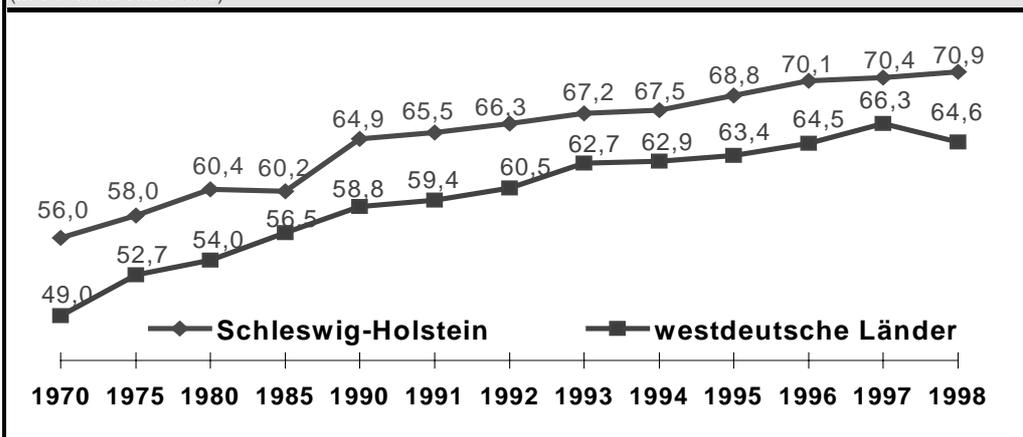
Schleswig-Holstein - Dienstleistungsland

Die Entwicklung wird immer deutlicher: Die Dynamik des stetig voranschreitenden Strukturwandels hat aus Schleswig-Holstein ein **Dienstleistungsland** gemacht. Betrachtet man die Wirtschaftssektoren nach der klassischen Fourastié-Einteilung (primärer, sekundärer und tertiärer Sektor), so ist festzustellen: Im tertiären Sektor (bestehend aus: Handel, Verkehr, Staat und private Haushalte) finden heute 68,2 Prozent der Erwerbstätigen ihren Arbeitsplatz. Dieser Bereich erbringt mittlerweile 70,9 Prozent der realen Bruttowertschöpfung in Schleswig-Holstein.

Ein Vergleich dieser Daten mit denen der westdeutschen Länder macht die Bedeutung des Dienstleistungssektors in Schleswig-Holstein noch deutlicher. Im Länderdurchschnitt lag der Prozentanteil der Erwerbstätigen zur selben Zeit bei 64,6 Prozent, also fast 4 Prozentpunkte unter der Quote Schleswig-Holsteins. Der Anteil des Dienstleistungssektors an der realen Bruttowertschöpfung der westdeutschen Länder betrug 64,6 Prozent und war damit sogar um 6,3 Prozentpunkte geringer. Die Retrospektive von 1970 bis heute belegt den erfolgreichen Weg Schleswig-Holsteins bei der Bewältigung des Strukturwandels. Die Stärkung des tertiären Sektors kompensiert die Rückgänge in Bereichen wie der Landwirtschaft, dem Produzierenden Gewerbe oder beispielsweise durch Truppenabbau und Konversion.

Trend zur Dienstleistungswirtschaft

Anwachsen des Prozentanteils des Dienstleistungssektors an der realen Bruttowertschöpfung (in Preisen von 1991)



Quelle: Statistisches Landesamt SH; Graphik: MWTV, eigene Berechnungen

Bereits 1992 erreichte der Beitrag der **reinen Dienstleistungsunternehmen** an der Bruttowertschöpfung das Niveau des produzierenden Gewerbes (30,6 Prozent). Seither steigerte sich der Anteil der Dienstleistungsunternehmen kontinuierlich auf heute 37,1 Prozent.

In dem vom Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr veranstalteten Workshop **Perspektiven der Dienstleistungswirtschaft in Schleswig-Holstein*** am 2. September 1999 in Kiel diskutierten Wirtschaftsakteure und Experten die Chancen zur Weiterentwicklung des Dienstleistungssektors in Schleswig-Holstein. Die Diskussionsgrundlage bildete eine im Auftrag der Landesregierung erstellte Expertise des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin.

Im Rahmen einer **Dienstleistungsoffensive** will die Landesregierung den Standort Schleswig-Holstein als zukunftsreichen Standort für Dienstleistungsunternehmen noch stärker profilieren und ausbauen.

Die ersten Aktivitäten der Offensive gelten der **Gesundheitswirtschaft**. In diesem zukunftsreichen Feld wird für die kommenden Jahre eine überdurchschnittliche Entwicklung prognostiziert. Schleswig-Holstein kann hier besondere Potenziale vorweisen. Aufgrund der natürlichen Voraussetzungen und bereits vorhandener Kompetenzen hat die schleswig-holsteinische Dienstleistungswirtschaft gute Chancen, an der Wachstumsentwicklung im Gesundheitsbereich zu partizipieren.

* Vgl. Broschüre „Perspektiven der Dienstleistungswirtschaft in Schleswig-Holstein“, auch im Internet unter www.schleswig-holstein.de/landsh/mwvtv

Entwicklung der Erwerbstätigenstruktur in Schleswig-Holstein in den Jahren 1970 - 1998 nach den Wirtschaftsbereichen (Ergebnisse der VGR)

in 1.000

Jahre	Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienstleistungsunternehmen	Staat, priv.HH, Org.o.Erwerbscharakter	insgesamt
1970	110	357	172	108	207	954
1975	86	324	181	137	236	964
1980	73	343	194	154	254	1.018
1985	62	307	192	175	263	999
1990	50	331	212	202	271	1.066
1995	42	323	224	245	253	1.087
1996	40	311	223	253	250	1.077
1997	39	302	222	255	245	1.063
1998	38	297	223	253	243	1.054

Quelle: Statistisches Landesamt SH

Handel

Aussichten deutlich verbessert

Im schleswig-holsteinischen **Einzelhandel** mehren sich die Anzeichen für die Verbesserung der Geschäftslage.

Nach der aktuellen *Konjunkturumfrage der Industrie- und Handelskammern* beurteilten 16 Prozent der Unternehmen im Einzelhandel ihre Lage als „gut“, 52 Prozent als „befriedigend“ und 32 Prozent als „schlecht“. Trotz zu schwacher Konsumneigung und zu geringer positiver Impulse auf die Kaufkraft nahm die Zahl der optimistischen Stimmen im Einzelhandel wieder zu. 30 Prozent der Einzelhändler meinten, dass sich ihre Lage verbessern wird, 30 Prozent gingen von einer gleichbleibenden konjunkturellen Entwicklung aus und immerhin noch 40 Prozent von einer Verschlechterung. Dabei gestaltet sich die Situation innerhalb der verschiedenen Sortimente des Einzelhandels sehr unterschiedlich.

Die **Umsatzergebnisse** des Einzelhandels lagen 1999 nominal (in jeweiligen Preisen) um 0,2 Prozent über und real (in konstanten Preisen) um 0,2 Prozent unter denen des Vorjahres.

Zu den Branchen, die im Berichtsjahr nominal deutliche Umsatzsteigerungen verzeichnen konnten, gehörten die *Apotheken* und der *Facheinzelhandel mit medizinischen Artikeln* (plus 6,6 Prozent, real 6,8) sowie die *Tankstellen* (plus 5,5 Prozent, real 3,0).

In den anderen Sparten des Einzelhandels war die Umsatzentwicklung negativ, so im *Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln* (minus 2,9 Prozent, real minus 2,7 Prozent) und im *Einzelhandel mit Metallwaren, Anstrichmitteln und Bau- und Heimwerkerbedarf* (minus 4,3 Prozent oder real minus 4,7 Prozent). Am schwächsten war die Umsatzentwicklung 1999 im *Einzelhandel mit elektrischen Haushalts-, Rundfunk-, TV-Geräten* (minus 16,4 Prozent oder real minus 14,5 Prozent).

Die Zahl der **Vollzeitbeschäftigten** im schleswig-holsteinischen Einzelhandel ging gegenüber 1998 um 1,4 Prozent zurück. Entgegen dem bisherigen Trend reduzierte sich auch die Zahl der **Teilzeitbeschäftigten** um 2,0 Prozent. Insgesamt ergibt sich daraus für die Einzelhandelsunternehmen eine um 1,6 Prozent rückläufige Beschäftigungsentwicklung.

Die Umsätze des schleswig-holsteinischen **Großhandels** stiegen 1999 nominal um 9,9 Prozent und real um 5,5 Prozent.

In Schleswig-Holstein zeigt sich im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet ein deutlich überproportionaler Besatz mit **großflächigen Einzelhandelsbetrieben**. Nach der Studie eines namhaften Kaufhauskonzerns liegt die Verkaufsfläche an der Peripherie im Vergleich zu den Innenstädten in Schleswig-Holstein bei rund 55 Prozent und damit 10 Prozent höher als im Bundesdurchschnitt. Aufgrund der aktuellen Planungen ist mit einer weiteren Zunahme auf 60 Prozent zu rechnen. Die Ansiedlung großflächiger Einzelhandelsbetriebe ist in Schleswig-Holstein aufgrund des Ausführungsgesetzes zum Baugesetzbuch vom 21. Oktober 1998 nur noch zulässig, wenn ein verbindlicher Bauleitplan vorliegt. Hierdurch soll sichergestellt werden, dass bei zukünftigen Ansiedlungen dieser Art auch die landesplanerischen und städtebaulichen Gesichtspunkte berücksichtigt werden.

Schwerpunkt der Einzelhandelspolitik war die Diskussion um eine Neuregelung des Ladenschlussgesetzes. Auch der Erfahrungsbericht der Bundesregierung zu den Auswirkungen des im Jahre 1996 in Kraft getretenen Änderungsgesetzes zum Ladenschlussgesetz und die aktuellen Gutachten des Instituts für Wirtschaftsforschung e.V. (IfW), München, und des Landesinstituts Sozialforschungsstelle Dortmund (sfs) haben in den Diskussionen zu keiner Annäherung der unterschiedlichen Positionen geführt. Zur Zeit findet auf Länderebene wieder ein Diskussionsprozess statt.

Tourismus

Hohe Beliebtheit - harter Wettbewerb

Seit Jahren liegt Schleswig-Holstein auf dem zweiten Platz der Beliebtheitsskala der inländischen Reiseziele der Deutschen. Allerdings ist der Marktanteil Schleswig-Holsteins 1999 erneut gesunken und lag bei 3,8 Prozent (Vorjahr 4,5 Prozent) hinter Bayern mit 7,1 Prozent. Im Vergleich aller in- und ausländischen Reiseziele der Deutschen bedeutet dies immer noch Platz 6 (hinter Spanien, Italien, Bayern, Österreich und Griechenland). Hohe Sympathie- und Zufriedenheitswerte der Gäste sowie große Interessenpotenziale für einen Schleswig-Holstein-Urlaub sind das Rückgrat dieser Marktposition.

Gleichwohl befand sich die schleswig-holsteinische Tourismuswirtschaft auch 1999 in einer schwierigen Wettbewerbssituation. Während die **Gästezahlen** um 2,7 Prozent stiegen, überstiegen die **Übernachtungszahlen** trotz des hervorragenden Sommerwetters und der guten Grundstimmung in der Tourismuswirtschaft nur knapp das Vorjahresniveau (plus 0,3 Prozent). Damit ist die Aufenthaltsdauer der Gäste erneut leicht gesunken: Ein Trend, der bereits in den letzten Jahren zu beobachten war.

Entwicklung von Gäste- und Übernachtungszahlen 1999				
	Schleswig-Holstein	Deutschland insgesamt	Westdeutsche Länder	Ostdeutsche Länder
Übernachtungen	+ 0,3 %	+ 4,6 %	+ 3,3 %	+ 10,9 %
Gäste	+ 2,7 %	+ 5,6 %	+ 4,6 %	+ 10,3 %

Quelle: Statistisches Bundesamt

Die **Umsätze** des Gastgewerbes in Schleswig-Holstein erreichten 1999 erneut den Vorjahreswert, die **Beschäftigtenzahl** sank um 6,7 Prozent (Vollzeitbeschäftigte: plus 0,4 Prozent; Teilzeitbeschäftigte: minus 13,6 Prozent).

Überdurchschnittliche Rückgänge bei den Übernachtungszahlen verzeichneten die Urlaubsregionen an der Nordsee (minus 1,6 Prozent) und vor allem in der Holsteinschen Schweiz (minus 6,2 Prozent), während die Urlaubsgebiete an der Ostsee (plus 1,2 Prozent) und das übrige Binnenland (plus 4,0 Prozent) Zuwächse aufwiesen. Nach Betriebsarten betrachtet schnitten die Hotels (plus 1,4 Prozent) und die Hotels Garni (plus 2,3 Prozent) vergleichsweise günstig ab; weniger nachgefragt waren die Ferienzentren (minus 2,4 Prozent) und vor allem die Ferienwohnungen (minus 3,7 Prozent). Dominiert wurde die Entwicklung der Übernachtungszahlen von den Sanatorien und Kurkrankenhäusern, die die Auswirkungen der Gesundheitsreform des Jahres 1997 (minus 23,0 Prozent) im vorletzten Jahr (plus 6,4 Prozent) und auch im letzten Jahr (plus 12,5 Prozent) zumindest teilweise kompensieren konnten.

Auch wenn der erwartete Umschwung im Übernachtungsgeschäft 1999 ausgeblieben ist, war die Stimmung in der Tourismuswirtschaft nach der Konjunkturumfrage der Industrie- und Handelskammern vom Oktober 1999 ausgesprochen gut: Der Konjunkturklima-Index befand sich mit 137 Punkten auf dem höchsten Stand seit sechs Jahren. Die

Industrie- und Handelskammern vermuten, dass sich die Betriebe durch Umstrukturierungsmaßnahmen an das rückläufige Ausgabe- und Übernachtungsvolumen sowie die kürzere Verweildauer angepasst haben. So konnten sie bei gesunkenen Umsätzen dennoch ihre Ertragslage leicht verbessern.

Umweltwirkungen

Umweltökonomische Gesamtrechnungen (UGR)

Die Aufgabe, den Faktor Umwelt in das wirtschafts- und gesellschaftspolitische Handeln zu integrieren, unterstützen die *Umweltökonomischen Gesamtrechnungen*, die im Auftrag der Landesregierung vom Statistischen Landesamt erarbeitet werden. Sie stellen eine Ergänzung der herkömmlichen *Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen* dar.

Die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen sollen aufzeigen, wie sich der Einsatz von Rohstoffen, Energie und Bodenflächen in den Sektoren der Wirtschaft zeitlich verändert und welche Stoffe an die Umwelt abgegeben werden. Sie geben sowohl Auskunft über die Effizienz des Umgangs mit natürlichen Ressourcen als auch über die Kostenseite und die aktuelle Belastung der Wirtschaft für die durchgeführten Umweltschutzmaßnahmen.

Weiterhin effizienter Umgang der Wirtschaft mit den natürlichen Rohstoffen

Im letzten Berechnungsjahr 1996 wurden in Schleswig-Holstein 23,6 Millionen Tonnen Rohstoffe im Wert von etwa 1,7 Milliarden Mark verbraucht. Im Vergleich zum Basisjahr 1990 sank der Rohstoffverbrauch damit wertmäßig um etwa 7,7 Prozent. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Landes stieg dagegen im gleichen Zeitraum um rund 32 Prozent. Damit wird auch weiterhin eine starke Tendenz deutlich, dass sich Rohstoffverbrauch und Wertschöpfung entkoppeln.

Im Jahr 1997 war das Verarbeitende Gewerbe mit einem Anteil von ca. 18 Prozent an den gesamten CO₂-Emissionen im Lande beteiligt. Gegenüber dem Basisjahr 1990 ist der Emissionsausstoß in diesem Wirtschaftssektor überdurchschnittlich um 11,6 Prozent gesunken. Zum Vergleich: Landesweit kam es insgesamt zu einer Abnahme um 4,2 Prozent.

Mehr Geld für den staatlichen Umweltschutz investiert

Die unmittelbaren, also direkt monetär getätigten Ausgaben des öffentlichen Bereichs (Land, Gemeinden, Zweckverbände, öffentliche Wirtschaftsunternehmen) für Umweltschutzmaßnahmen beliefen sich im Jahre 1995 (letztes Berechnungsjahr) auf ca. 1,58 Milliarden Mark. Die Ausgaben konzentrierten sich auf die Bereiche Abwasser (ca. 50 Prozent) und Abfall (ca. 41 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahr wurden damit ca. 4,9 Prozent mehr Ausgaben für den Umweltschutz geleistet.

Regionale Wirtschaftspolitik

Die Regionen Schleswig-Holsteins an der Jahrhundertwende: mit Dynamik und günstigen Perspektiven

In kaum einem anderen Jahrzehnt hat der **regionale und sektorale Strukturwandel** der schleswig-holsteinischen Wirtschaft eine solche **Dynamik** entfaltet wie in den 90er Jahren. Nicht zuletzt die deutsche Einigung, die wachsende osteuropäische Konkurrenz und die Erweiterung der Europäischen Union nach Skandinavien haben in dieser letzten Dekade des 20. Jahrhunderts die schleswig-holsteinischen Teilregionen einem **erheblichen Anpassungsdruck** ausgesetzt. Hinzu kamen besondere Belastungen wie durch **Truppenabbau und Rüstungskonversion** oder durch das Auslaufen der **Duty-free-Regelung** im Sommer 1999.

In diesem Jahrzehnt haben sich die regionalen Problemlagen teilweise erheblich verschoben, konnten aber auch neue Entwicklungspotenziale erschlossen und neue Chancen für Wachstum und Beschäftigung genutzt werden. Unter dem Strich ist der **Strukturwandel gelungen**: Nicht nur die **Wirtschaft** sondern auch die **Zahl der Arbeitsplätze** wuchs in **Schleswig-Holstein zwischen 1990 und 1999 schneller als im Durchschnitt der westdeutschen Länder**.

Gleichzeitig wachsen mit steigender Mobilität von Arbeit, Gütern und Dienstleistungen und immer leistungsfähigeren Kommunikationsnetzen die Regionen Schleswig-Holsteins weiter zusammen. Aufgabe der regionalen Wirtschaftsförderung ist damit auch weniger das finanzielle Ausgleichsmotiv, sondern zunehmend die Mobilisierung der jeweiligen spezifischen regionalen Potenziale zur Verbesserung der Standortattraktivität ganz Schleswig-Holsteins. **Die regionale Wirtschaftsförderung ist damit eine Schlüsselaufgabe der Wirtschaftspolitik der Landesregierung geworden.**

Kräftiger Innovations-schub: Das Regionalprogramm 2000

Die Jahrhundertwende markiert gleichzeitig eine neue Zeitrechnung für die regionale Wirtschaftsförderung der Landesregierung. Maßgeblich dafür war die Reform der Regionalpolitik der Europäischen Union für den Zeitraum 2000 - 2006 (AGENDA 2000) und die wachsende Konvergenz mit der nationalen Regionalförderung im Rahmen der Bundesländer-Gemeinschaftsaufgabe (GA) *Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur*.

Bereits in ihrem Bericht an den Landtag über die *Zukunft der regionalen Wirtschaftsförderung in Schleswig-Holstein nach dem Jahr 1999*² vom 23.9.1998 hatte die Landesregierung ihr Grundkonzept für das *Regionalprogramm 2000* als Dach der zukünftigen regionalen Wirtschaftsförderung vorgestellt. Nach einem intensiven Dialog mit den Regionen beschloss die Landesregierung im Juli 1999 für dieses neue Programm ein Umsetzungskonzept und auf dieser Grundlage am 15. Februar 2000 die Auswahl- und Fördergrundsätze.

Das *Regionalprogramm 2000* ist eine der drei Säulen der Initiative **ziel: Zukunft im eigenen Land** der Landesregierung, mit dem die Fördermittel der EU, des Landes und der Gemeinschaftsaufgaben eng aufeinander abgestimmt werden. Mit einem Fördervolumen von rund 2,3 Milliarden Mark werden in enger Zusammenarbeit mit den Partnern in den Regionen bis 2006 damit neue Ideen und innovative Projekte der Landesentwicklung verwirklicht.



² Landtagsdrucksache 14/1687

Das *Regionalprogramm 2000* knüpft mit seiner Förderphilosophie und den regionalen Beteiligungsstrukturen an die Erfolge des 1999 ausgelaufenen „Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume in Schleswig-Holstein“ an und bildet ein gemeinsames Dach für

- die Ziel 2- Förderung der Europäischen Union aus dem Europäischen Regionalfond EFRE,
- die Auslaufförderung der EU aus dem EFRE für Teile der ehemaligen Ziel 5b- Gebiete,
- die Infrastrukturförderung aus der GA Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur sowie
- eine ergänzende Landesförderung.

- Beteiligung regionaler Beiräte (unter Einschluss der Kammern, Verbände, Gewerkschaften) am Auswahlverfahren;
- Auswahlentscheidung im Qualitätswettbewerb durch eine interministerielle Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Beiratsvorsitzenden.

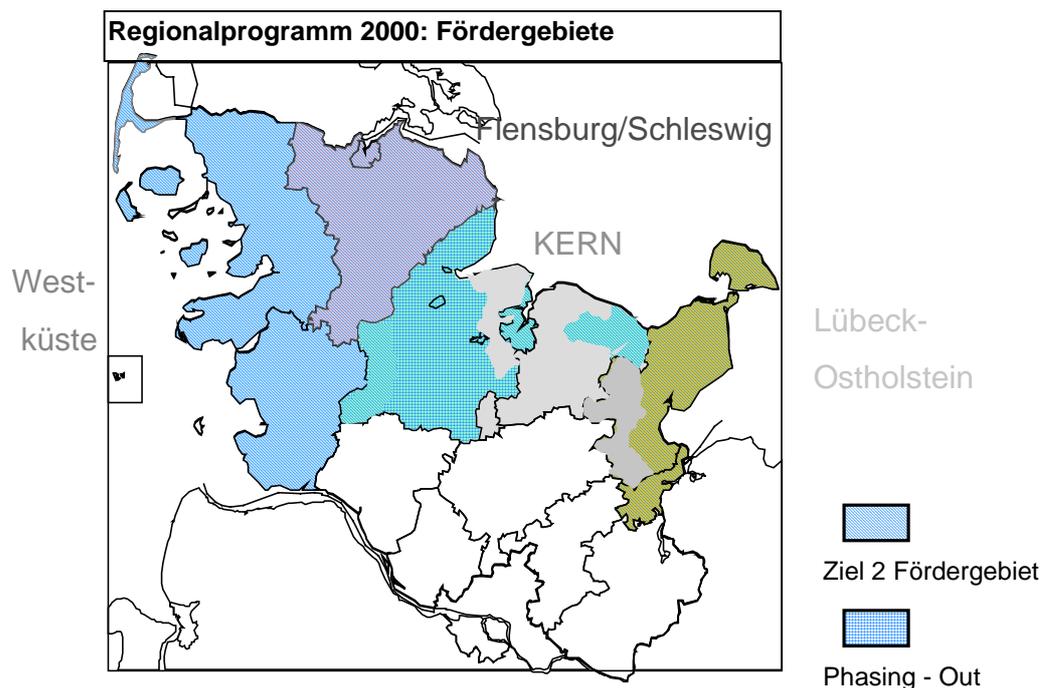
Für die Gesamtlaufzeit des **Regionalprogramms 2000** bis zum Jahr 2006 plant die Landesregierung ein Fördervolumen von insgesamt 755 Millionen Mark ein. Das sind im Jahresdurchschnitt 107 Millionen Mark, etwa die Hälfte mehr, als bislang für derartige Förderzwecke zur Verfügung stand. Das Fördergebiet umfasst die Regionen „Westküste“, „Flensburg/Schleswig“, „Ostholstein/Lübeck“ sowie die „KERN-Region“.

Gefördert werden Infrastrukturmaßnahmen, soweit sie Innovationen, Wachstum und Beschäftigung vor allem in kleinen und mittleren Unternehmen stimulieren. Förderschwerpunkt ist der Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur. Dazu gehören: Erschließung von Industrie- und Gewerbegebieten; Revitalisierung von Industrie- und Gewerbebrachen; Errichtung von Gewerbe-, Technologie- und Gründerzentren; Ausbau und Modernisierung der Hafeninfrastruktur, touristische Infrastrukturmaßnahmen; Infrastrukturmaßnahmen im Bereich Qualifizierung; Maßnahmen im Bereich des Technologietransfers. Dabei sollen neben der „harten“ Infrastruktur verstärkt „weiche“ Infrastrukturmaßnahmen gefördert werden, wie zum Beispiel regionale Unternehmensnetzwerke in den Bereichen Multi-Media oder Electronic-Commerce.



Die drei Grundprinzipien des Regionalprogramms sind:

- Förderschwerpunkt im Bereich der wirtschaftsnahen Infrastruktur, dabei verstärkte Öffnung für sogenannte „weiche“ Projekte, insbesondere im Bereich des Technologietransfers;



Das Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume in Schleswig- Holstein 1995 - 1999

Im Jahr 1995 wurden die vorher gesonderten Regionalprogramme für die Westküste und den Landesteil Schleswig zu dem Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume in Schleswig-Holstein zusammengelegt. Gleichzeitig wurde die EU-Regionalförderung nach dem Ziel 5b aus dem Europäischen Regionalfonds (EFRE) vollständig in das Regionalprogramm integriert und die Fördergebietskulisse um die strukturschwachen Teile der Kreise Rendsburg-Eckernförde, Plön und Ostholstein erweitert. Schließlich wurde auf regionale Mittelkontingente ausdrücklich verzichtet und damit das Prinzip des Qualitätswettbewerbs im Auswahlverfahren erheblich gestärkt.

Von 1995 bis Dezember 1999 wurden 169 Projekte mit einem Zuschussvolumen von 176 Millionen Mark einschließlich 62 Millionen Mark EU-Mittel neu in die Förderung aufgenommen. Darunter waren 26 private Investitionsmaßnahmen mit 8,2 Millionen Mark Zuschussmitteln im Rahmen der Ende 1996 ausgelaufenen betrieblichen Förderung.

Allein im Jahr 1999 wurden insgesamt 56 Förderfälle mit einer Gesamtförderung von rd. 44 Millionen Mark einschließlich rd. 15 Millionen Mark EU-Mitteln bewilligt.

Die Verteilung der Fördermittel auf die Regionen und die Förderbereiche des Regionalprogramms sind den folgenden Tabellen und zu entnehmen.

Regionalprogramm: Anteil der Regionen an den Fördermitteln 1995 - 1999		
	absoluter Anteil in Mio DM	relativer Anteil in %
Landesteil Schleswig	62	35
Westküste	70,3	40
Rendsburg-Eckernförde	23	13
Ostholstein/Plön	20,9	12
gesamt	176,2	100

Regionalprogramm: Förderbereiche 1995 - 1999	
Förderbereich	Anteil in %
Betriebliche Förderung	4,6
Wirtschaftsnahe Infrastruktur, davon	55,9
Fremdenverkehr	9,2
Aus- und Weiterbildung	4,5
Erschließung von Industrie- und Gewerbeflächen	33,7
Forschungs- und Technologie- infrastruktur	8,5
Umweltschutz und Energie	0,3
Sonstige Maßnahmen	36,6
Geschäftsstellen / Gutachten	2,6

Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regio- nalen Wirtschaftsstruktur

Der Bund/Länder-Planungsausschuss der Gemeinschaftsaufgabe *Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur* (GA) hat am 25. März 1999 die Regionalfördergebiete in Deutschland für die nächsten 4 Jahre (2000 bis 2003) neu festgelegt und den 28. Rahmenplan für die gemeinsame regionale Wirtschaftsförderung von Bund und Ländern verabschiedet.

Die Neuabgrenzung der westdeutschen GA-Fördergebiete einschließlich Berlins basiert auf einem Fördergebietsumfang von 23,4 Prozent der gesamtdeutschen Bevölkerung. Die Auswahl der regionalen Fördergebiete erfolgte auf der Ebene von Arbeitsmarktregionen und auf der Grundlage des folgenden Indikatorenmodells:

Regionalindikatoren für Arbeitsmarktregionen	Gewichtung
Durchschnittliche Arbeitslosenquote 1996 - 1998	40 %
Einkommen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten pro Kopf 1997	40 %
Infrastrukturindikator	10 %
Erwerbstätigenprognose bis 2004	10 %

Zur schleswig-holsteinischen GA-Fördergebietskulisse sollten danach ab 2000 - wie bisher - folgende Gebiete gehören: die Kreise Dithmarschen, Nordfriesland, Schleswig-Flensburg und Ostholstein und die kreisfreien Städte Lübeck und Flensburg. Darüber hinaus wurden die Region K.E.R.N. mit der Landeshauptstadt Kiel, den Kreisen Rendsburg-Eckernförde und Plön sowie der Stadt Neumünster sowie im Rahmen eines kleinräumigen Gebietsaustausches auch die Gemeinden Helgoland und Büttel in die Anmeldung der neuen Fördergebiete aufgenommen. Nicht mehr enthalten ist der Kreis Herzogtum-Lauenburg.

Gegen diese bei der Europäischen Kommission angemeldeten nationalen Regionalfördergebiete ab 2000 hat die Generaldirektion „Wettbewerb“ ein förmliches Prüfverfahren eingeleitet.

Gegenstand des Prüfverfahrens sind beihilfe-rechtliche Bedenken sowohl gegen die angemeldete Bevölkerungshöchstgrenze als auch gegen den Status Berlins, der Methodik der Gebietsabgrenzung und Auswahl der Förderregionen, des kleinräumigen Gebietsaustausches sowie gegen die Beihilfeintensitäten.

Im Rahmen des Prüfverfahrens und in den intensiven Konsultationsgesprächen blieb die Kommission sowohl bei der Festlegung der Bevölkerungshöchstgrenze als auch beim kleinräumigen Gebietsaustausch unnachgiebig.

Der volle Umfang der Fördermöglichkeiten aus der GA wird zukünftig nur noch in einem Teilraum des angemeldeten Fördergebietes möglich sein. Die Förderung von arbeitsplatz-schaffenden Unternehmensaktivitäten in der Region K.E.R.N. wird nur eingeschränkt möglich sein.

Weiterhin gehören die kleinräumigen Gebiete der Gemeinde Helgoland und Büttel zukünftig nicht mehr zum Regionalfördergebiet der GA.

Insgesamt umfasst der neue Aktionsraum der GA einen Bevölkerungsanteil von über 1,7 Millionen Einwohnern gegenüber rd. 1,2 Millionen Einwohnern des alten Aktionsraumes.

Durch die Neuabgrenzung der regionalen Fördergebiete ab 2000 hat sich auch die Quote in der Zuweisung der Bundesmittel für das Land um 18,4 Prozent auf 10,824 Prozent der GA-West verbessert. Schleswig-

Holstein wird zukünftig mehr Mittel für die Förderung aus der GA bereitstellen können.

Im Berichtsjahr 1999 wurden 88 Vorhaben mit einem Investitionsvolumen von 300 Millionen Mark mit Fördermitteln in Höhe von 67,4 Millionen Mark bezuschusst.

Auf investive Maßnahmen der wirtschaftsnahen Infrastruktur entfielen 52 Prozent der Fördermittel, auf investive Maßnahmen der gewerblichen Wirtschaft 44 Prozent der Fördermittel und auf die ergänzende Förderung von nicht-investiven Unternehmensaktivitäten zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft von kleinen und mittleren Unternehmen 4 Prozent.

Zu den herausragenden Fördervorhaben des Jahres 1999 zählten die Förderung des Ausbaus des Ostuferhafens Kiel, die Errichtungsförderung für das Innovations- und Technologiezentrum in Geesthacht, die Förderung der Erweiterung des Gewerbe-zentrums Eutin sowie Fremdenverkehrsmaßnahmen in Travemünde und St. Peter-Ording.

Mit der Förderung gewerblicher Investitionen war die direkte Schaffung von 426 Arbeitsplätzen sowie die Sicherung von 471 Arbeitsplätzen verbunden.

Konversionspolitik

Seit 1990 wurden aus Schleswig-Holstein mehr als 35.000 Soldaten und Zivilkräfte abgezogen. Durch diese gravierenden Veränderungen wurden Regionen und Betriebe erheblich betroffen.

Ein Schwerpunkt der Konversionspolitik der Landesregierung ist die zügige zivile Anschlussnutzung ehemaliger Bundeswehrflächen. Die Bundesvermögensverwaltung in Kiel hat bis heute 130 ehemalige militärische Liegenschaften mit einer Gesamtfläche von 3.500 Hektar zum Zwecke des Verkaufs übernommen. Davon konnten bis Ende 1999 rund 2.500 Hektar für zivile Zwecke veräußert werden.

Darüber hinaus erhielten wehrtechnische Unternehmen Hilfestellung bei ihrer Umstellung auf zivile und technologisch anspruchsvolle Produkte.

Zur Finanzierung von Konversionsprojekten hat die Landesregierung bis Ende 1999 Mittel in Höhe von insgesamt 26,9 Millionen Mark bereitgestellt, davon aus der Gemeinschaftsi-

initiative **KONVER II** der Europäischen Union 16,4 Millionen Mark. Ergänzend hat die Landesregierung zur Unterstützung der Konversionsbemühungen in den betroffenen Standorten weitere Förderinstrumente eingesetzt, wie das *Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume* und die Gemeinschaftsaufgabe *Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur*.

Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg

Im Rahmen des **Regionalen Entwicklungskonzeptes für die Metropolregion Hamburg (REK)**³ soll die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der drei norddeutschen Länder Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen in den Bereichen Technologie, Wirtschaftsförderung und Tourismus intensiviert werden. Im Jahr 1999 wurde eine gemeinsame Akquisitionsbroschüre *Metropolregion Hamburg - Wirtschaftszentrum für Nordeuropa* in deutscher und englischer Version für ein gemeinsames Standortmarketing der Region herausgegeben.

Das **REK 2000** sieht die Ausdehnung der regionalen Zusammenarbeit auf den Bereich der Arbeitsmarktpolitik und die verstärkte Kooperation in den Bereichen Berufliche Bildung und Weiterbildung sowie Tourismus und Naherholung vor.

Bilaterale Zusammenarbeit mit Hamburg

Im Zuge des REK-Prozesses wurde die bilaterale Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg auf allen Ebenen intensiviert.⁴

- Die Präsenz der Region Schleswig-Holstein/Hamburg in den Ostseeanrainerstaaten soll verstärkt werden. Unter dem Motto **Hamburg und Schleswig-Holstein - gemeinsam wachsen im Ostseeraum**

³ Das Regionale Entwicklungskonzept für die Metropolregion Hamburg umfasst

- die Freie und Hansestadt Hamburg,
- in Schleswig-Holstein die Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn, Herzogtum Lauenburg, Steinburg und den Wirtschaftsraum Brunsbüttel,
- in Niedersachsen die Landkreise Harburg, Stade, Lüneburg, Rotenburg (Wümme), Cuxhaven, Soltau-Fallingb., Uelzen und Lüchow-Dannenberg.

⁴ siehe auch „Wirtschaftsförderung für Unternehmen“ und „Schienenwege“

diskutierten im Juni 1999 rund 170 Vertreterinnen und Vertreter der Unternehmen, Kammern, Verbände und Wissenschaft der Region sowie aus den Ostseeanrainerstaaten im Juni 1999 über Kooperationsmöglichkeiten in den Bereichen *Wirtschaftsförderung, Technologie* und *Logistik*.

- Seit 1997 gibt es die von Schleswig-Holstein und Hamburg gemeinsam getragene *Biolinitiative Nord*. Auf der Veranstaltung **Aufbruch im Norden - Zwei Jahre Biolinitiative Nord** im Januar 1999 zogen Landesregierung und Senat eine positive Zwischenbilanz der bisherigen Zusammenarbeit. So konnten in der Region 13 Neugründungen von Biotechnologie-Unternehmen mit rund 100 Arbeitsplätzen verzeichnet werden. 23 Projekte mit einem Gesamtvolumen von rund 60 Millionen Mark wurden durch die Biolinitiative Nord angeschoben.
- Im August 1999 nahm der schleswig-holsteinische Wirtschaftsminister an der vom Wirtschaftssenator Hamburgs geleiteten Wirtschaftsdelegationsreise nach Skandinavien teil. Thematischer Schwerpunkt des Besuchs in Schweden waren die Technologiefelder Mikroelektronik, Multimedia und Biotechnologie.

EU-Strukturpolitik

Die Reform der europäischen Strukturfonds als Teil des großen Reformpaketes **Agenda 2000** hat die Weichen für die Strukturpolitik der Europäischen Union im Zeitraum 2000 bis 2006 neu gestellt. Wesentliches Element der Reform ist eine finanzielle, thematische und geografische Konzentration. Diese führte dazu, dass die EU-Strukturfonds ab 2000 nur noch *drei Ziele* und *vier Gemeinschaftsinitiativen* unterstützen.

Unter das **Ziel 2** fallen Regionen mit Strukturproblemen, deren wirtschaftliche und soziale Umstellung unterstützt werden soll. Die von der EU vorgegebene Begrenzung führte für Deutschland zu einer Reduzierung der bisherigen Bevölkerungshöchstgrenze um ein Drittel. Bei der Aufteilung auf die Länder ergab sich für Schleswig-Holstein - im Gegensatz zu fast allen anderen Ländern - ein Ziel 2-Gebiet, das mit 860.218 Einwohnern deutlich umfangreicher ist als die bisherigen Ziel 5b- und Ziel 2-Gebiete.

Im schleswig-holsteinischen Ziel 2- Gebiet sind folgende Gebiete berücksichtigt:⁵

- Kreise Schleswig-Flensburg, Dithmarschen und Nordfriesland
- Teile der Landeshauptstadt Kiel (bisheriges Ziel-2-Gebiet) sowie der kreisfreien Städte Flensburg und Lübeck
- weitere abgelegene strukturschwache ländliche Räume nach dem Landesraumordnungsplan 1998 und benachbarte Gebiete in den Kreisen Rendsburg-Eckernförde, Steinburg, Ostholstein und Plön, einschließlich der Gebiete mit absehbaren Strukturproblemen aufgrund des Wegfalls der Duty-free-Regelung entlang der Ostseeküste,
- die Insel Helgoland.

Für ausscheidende Ziel-5b Gebiete, die nicht in der neuen Ziel 2-Gebietskulisse berücksichtigt werden konnten, erhält Schleswig-Holstein von der EU 14 Millionen Mark (7 Millionen Euro) als phasing-out Unterstützung.

Aus der größeren Gebietskulisse resultiert ein erheblicher zusätzlicher Mittelzufluss für die Förderung der Ziel 2-Gebiete. Schleswig-Holstein erwartet von der EU insgesamt eine halbe Milliarde Mark für den Zeitraum 2000 bis 2006. Diese Mittel sollen im Verhältnis von 6 : 1 auf den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und den Europäischen Sozialfonds (ESF) entfallen. Die EFRE-Mittel sind wesentlicher Bestandteil der Gesamtfinanzierung des Regionalprogramms 2000 (siehe dort).

⁵ Grundlage des Ziel 2-Gebietsvorschlages war die Identifikation der Regionen mit schwerwiegenden Strukturproblemen anhand der für die Neuabgrenzung der Gebietskulisse der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ verwendeten Indikatoren.

Wirtschaftsförderung für Unternehmen

Als Serviceleistung für die Wirtschaft wird in Schleswig-Holstein die einzelbetriebliche **Förderung aus einer Hand** praktiziert. Hierbei arbeiten die landesnahen Förderinstitute **Investitionsbank**, **Bürgschaftsbank** und **Mittelständische Beteiligungsgesellschaft** auf der Basis von Kooperationsverträgen eng zusammen.

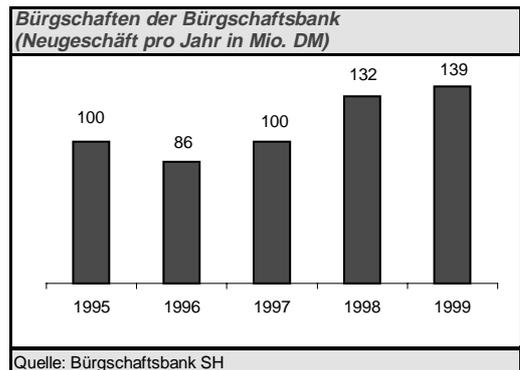
Neben der Gemeinschaftsaufgabe *Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur* stehen insbesondere folgende Förderinstrumente zur Verfügung:

- **Bürgschaftshilfen** des Landes und der Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH.
- Zinsgünstige **Darlehen** und Sonderdarlehen mit eigenkapitalähnlichem Charakter des zentralen Förderinstitutes Investitionsbank Schleswig-Holstein.
- **Beteiligungen** der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft (MBG), die auch aus dem Wagniskapital-Förderprogrammen (WKF) des Landes refinanziert werden, sowie aus dem gemeinsamen Innovationsfonds Schleswig-Holstein & Hamburg.

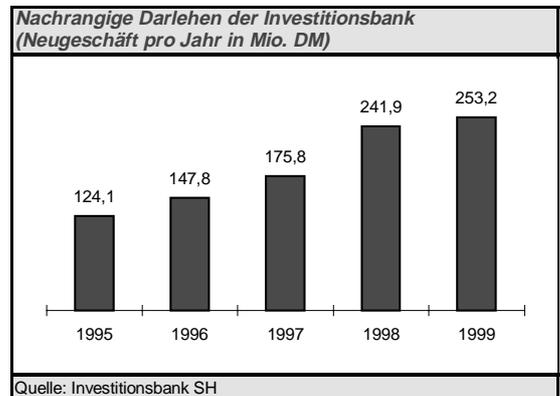
Mit Hilfe des betrieblichen Förderinstrumentariums konnten im Jahr 1999 insgesamt 12.600 Dauerarbeitsplätze in schleswig-holsteinischen Unternehmen gesichert oder geschaffen werden. Das waren 5 Prozent mehr als im Vorjahr.

Die **Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein** feierte 1999 ihren 50. Geburtstag. Sie ist die älteste Bürgschaftsbank Deutschlands und heute eine der aktivsten und erfolgreichsten. Die Nachfrage nach Bürgschaften bei der Bürgschaftsbank hatte 1999 steigende Tendenz. 750 Anträge wurden gestellt, 10 Prozent mehr als im Vorjahr. Für 521 Unternehmen wurde ein Bürgschaftsvolumen von 139 Millionen Mark neu bewilligt. Darunter waren 280 Existenzgründungen, die mit einem Bürgschaftsvolumen von 62 Millionen Mark auf dem Weg in die Selbständigkeit unterstützt wurden.

Im Rahmen des *Sofortprogramms mit begleitender Beratung* hat die Bürgschaftsbank für 100 Existenzgründungen einen kostenlosen *Check up* (Unternehmensberatung) durchgeführt, um die Existenzgründung durch frühzeitige Erkennung von Fehlentwicklungen sicherer zu machen.

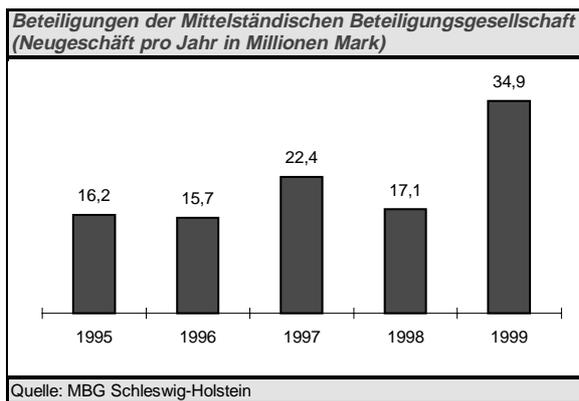


Die **Investitionsbank Schleswig-Holstein** kann auf eine positive Geschäftsentwicklung 1999 zurückblicken. Das Volumen der neu bewilligten zinsgünstigen Darlehen lag mit insgesamt 253 Millionen Mark deutlich über den Vorjahreszahlen. Im Jahr 2000 sollen Sonderdarlehen mit eigenkapitalähnlichem Charakter auch für Finanzierungen von Übernahme- und Nachfolgeregelungen eingesetzt werden. Das **Existenzgründerinnenprogramm**, das speziell auf kleinere Existenzgründungsvorhaben mit einem Investitionsvolumen von 20.000 bis 200.000 Mark zugeschnitten ist, wurde 1999 für 68 Vorhaben genutzt. Die *Beratungsstelle für Existenzgründerinnen* und die *Förderlotsen* führten 2.450 Beratungsgespräche.



Die **Gesellschaft für Wagniskapital Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH (MBG)**, die 1999 fünf Jahre bestand, übernimmt als nicht gewinnorientierte Kapitalbeteiligungsgesellschaft an kleinen und mittleren Unternehmen stille **Beteiligungen** für die Finanzierung von Innovationen. Seit Beginn ihrer Tätigkeit hat die MBG etwa 160 Unternehmen in Schleswig-Holstein mit insgesamt mehr als 100 Millionen Mark risikotragendem Beteiligungskapital unterstützt. 1999 wurden Beteiligungen in Höhe von rund 35 Millionen Mark für 51 Unternehmen bewilligt.

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben standen der MBG 1999 neben Refinanzierungs- und Haftungsfreistellungsmöglichkeiten aus Bundesprogrammen 5,5 Millionen Mark aus dem WKF-Programm des Landes zur Verfügung. Davon entfielen 2,5 Millionen Mark auf das Programm „Arbeit, Bildung, Innovation“. Die Mittel aus diesem Programm in Höhe von jeweils 2,5 Millionen Mark stehen auch in den Jahren 2000 und 2001 zur Verfügung.



Existenzgründungs-offensive

Die Existenzgründungsoffensive der Landesregierung ist 1999 mit guten Ergebnissen weiter umgesetzt worden. Betrachtet man den Saldo aus Handelsregisterneueintragen und -lösungen als Maßstab für die Gründungsaktivitäten, so liegt Schleswig-Holstein nach Hamburg auf Rang 2 im bundesweiten Vergleich.⁶

Die Existenzgründungsoffensive wurde durch zahlreiche Projekte begleitet:

- Anfang 1999 gab das Wirtschaftsministerium eine **Neuaufgabe** des stark nachgefragten **Existenzgründungs-Leitfadens** („Selbständig werden“ -Informationen für Existenzgründerinnen und Existenzgründer in Schleswig-Holstein) heraus.
- Im April 1999 fand in Hamburg die **START-Existenzgründermesse** statt. Schleswig-Holstein war durch einen Gemeinschaftsstand unter Federführung der Wirtschaftsförderung Schleswig-Holstein GmbH (WSH), mit Beteiligung regionaler Wirtschaftsförderer, auf der Messe vertreten.
- Seit Januar 1999 werden **Angebote für Existenzgründungsinteressierte** in einer eigenständigen Rubrik im **Internet** (<http://www.wirtschaftsforum-nord.de>) präsentiert. Neben den Themenbereichen "Unternehmen" und "Arbeit" gehörte die Rubrik "Existenzgründung" zu den am meisten besuchten Seiten.
- Das Serviceangebot der **Technologie- und Gewerbezentren** mit ihrem Angebot an günstigen Flächen, zentralen Diensten und Managementberatung ist um das Rendsburger *Zentrum für Energie und Technik* erweitert worden. In Kürze begonnen werden weitere Zentren in Oldenburg und Geesthacht, die Erweiterung des Kieler KITZ, das Maritime Gewerbe- und Technologiezentrum ebenfalls in Kiel sowie Gewerbehöfe insbesondere für Existenzgründerinnen und -gründer in Hohenwestedt und Eggebek. Planungen umfassen zudem die Erweiterung des Zentrums in Niebüll.
- Die Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein errichtet in Flensburg, Kiel, Rendsburg und Neumünster 4 **Kompetenzzentren für Existenzgründerinnen und -gründer**. In Zusammenarbeit mit der Arbeitsverwaltung und den Industrie- und Handelskammern sollen an diesen Orten Netzwerke von Förderern für Existenzgründerinnen und -gründer entstehen. Die Landesregierung fördert die Einrichtungen aus dem Zukunftsprogramm „Arbeit, Bildung, Innovation“. Mit dem Seminarbetrieb soll im Frühjahr 2000 begonnen werden.

⁶ vgl. Grafik Seite 8

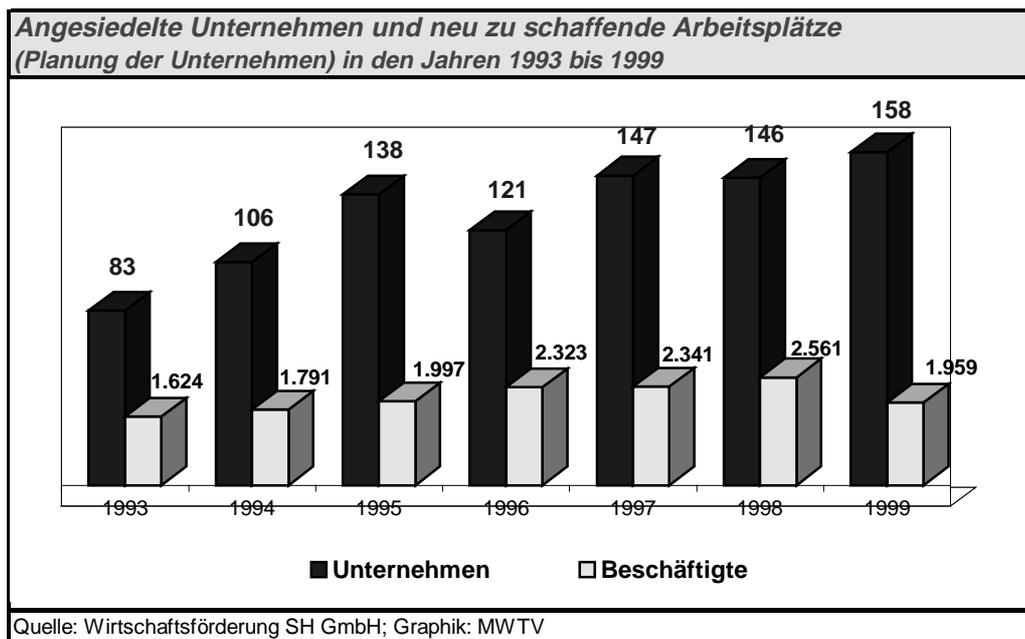
- Mit einer Aufklärungskampagne und dem Einsatz zusätzlicher Beratungskräfte will die Landesregierung gemeinsam mit Kammern und Verbänden der **Nachfolgeproblematik im Handwerk** begegnen. In Schleswig-Holstein werden in den nächsten 10 Jahren 7.000 Betriebe mit 70.000 Arbeitskräften vor dem Generationswechsel stehen. Der Start der Kampagne durch Wirtschaftsminister und Handwerkskammern war am 9. Dezember 1999.

Ansiedlungsergebnisse

1999

Die Wirtschaftsförderung Schleswig-Holstein GmbH (WSH) und die regionalen Förderungseinrichtungen, Förderinstitute und das Wirtschaftsministerium haben im Berichtsjahr 158 **Unternehmensansiedlungen** erfolgreich begleitet. Damit wurde das Vorjahresergebnis (146) übertroffen und bei der Zahl der Unternehmen ein neuer Rekord aufgestellt. Wegen des gestiegenen Anteils kleiner Unternehmen, darunter zahlreiche Existenzgründungen, ist die Anzahl der mittelfristig neu zu schaffenden Arbeitsplätze mit 1.959 unter der Vorjahreszahl geblieben.

Auffällig ist die Steigerung der ausländischen Ansiedlungen. Es handelte sich um 14 Investoren aus dem Ausland, überwiegend kleinere Vertriebsbüros.



Beratungen

Beratungen für KMU

Den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in Schleswig-Holstein steht ein breit gefächertes Angebot an Beratungsleistungen zur Verfügung:

- Im Rahmen eines Gemeinschaftsinitiativ-Programms der Europäischen Union (GIP-KMU) wurden bis Ende 1999 3,5 Millionen Mark eingesetzt, um kleinen und mittleren Unternehmen bei der Anpassung an die Anforderungen des Binnenmarktes Hilfestellung zu gewähren.
- In Ergänzung des GIP-KMU kann die Landesregierung aus der Gemeinschaftsaufgabe *Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur* seit 1999 betriebliche Beratungsmaßnahmen in KMU fördern. Bisher sind vier Projekte abgeschlossen worden.
- Die Landesregierung unterstützte zahlreiche Informationsveranstaltungen über betriebsbezogene Internet-Nutzung. Im Rahmen des Landes-Förderprogramms E-Commerce (s. auch Seite 29 ff.) standen 1999 rund 1,6 Millionen Mark zur Verfügung.

Das **Rationalisierungs- und Innovationszentrum der Deutschen Wirtschaft e.V. (RKW)** hat bis 1999 das GIP-KMU abgewickelt. Zum Beratungsangebot für kleine und mittlere Unternehmen gehörten Hilfen bei der Einführung von Qualitätsmanagement-Systemen, der innovativen Reorganisation von Betriebsabläufen oder beim Marktzugang neuer Produkte. Während der Programmlaufzeit von 1996 bis 1999 sind in 318 Unternehmen entsprechende Beratungen gefördert worden.

Durch gemeinsame Finanzierung von Land und Bund werden sowohl institutionelle als auch projektbezogene Förderungen von Beratungsdiensten im **Handwerk** angeboten. Die **Beratungsstellen der Handwerkskammern und der Fachverbände des Handwerks** führen unentgeltlich betriebswirtschaftliche und technische Beratungen durch.

Bei den Handwerkskammern werden zusätzliche Berater gefördert, die bei Übergabeentscheidungen in Handwerksbetrieben insbesondere betriebswirtschaftliche und steuerliche Empfehlungen geben.

Die **Rationalisierungsgemeinschaft Handwerk e.V.** erarbeitet Betriebsvergleiche, die bei Handwerksberatungen als wichtige Entscheidungshilfe dienen.

Mit dem **Förderlotsen** bei der Investitionsbank Schleswig-Holstein ist für Unternehmen und bei Existenzgründungen ein zentraler Ansprechpartner verfügbar, der über Fördermöglichkeiten der Europäischen Union, des Bundes und des Landes informiert.

Beratungen für Frauen

Die **Beratungsstelle für Existenzgründerinnen** bei der Investitionsbank Schleswig-Holstein bietet kostenlos gründungsinteressierten Frauen bedarfsorientierte Beratung an und leistet kompetente Hilfestellung auf dem Weg zur wirtschaftlichen Selbständigkeit. Die Beratungsstelle ist Teil der Existenzgründungsoffensive der Landesregierung.

Auf die spezifischen Fragestellungen zur beruflichen Selbständigkeit von Frauen ist auch das Angebot des Bildungs- und Beratungszentrums **Frauenetzwerk zur Arbeitssituation** ausgerichtet. Ziel dieses vom Frauenministerium geförderten Projektes ist, vor allem für arbeitslose Frauen und Sozialhilfeempfängerinnen ein niedrigschwelliges Angebot zur Existenzgründung vorzuhalten. Gründungsinteressierte Frauen werden von der Idee an bis zur beruflichen Selbständigkeit begleitet. Das Angebot in Kiel, Lübeck und Husum umfasst neben Einzel- und Gruppenberatungen eine Vielzahl von themenspezifischen Seminaren und den Aufbau von Patenschaften und Vernetzungsstrukturen.

Speziell für Frauen in strukturschwachen ländlichen Räumen ist die Teilnahme am Erwerbsleben oft mit außergewöhnlichen Schwierigkeiten verbunden. Lange Verkehrswege und familiäre Verpflichtungen stehen

einer Erwerbsaufnahme häufig entgegen. Seit 1997 unterstützt das Frauenministerium daher den Landfrauenverband bei der Einrichtung von **Servicebörsen**.

In einer Servicebörse machen sich Frauen im Verbund mit anderen selbständig und bieten verschiedene Dienstleistungen an. Sie organisieren sich gemeinsam durch ein Zentralbüro, in dem alle Aufträge eingehen.

Ein flächendeckendes Netz von zwölf regionalen **Beratungsstellen „Frau & Beruf“** unterstützt Frauen bei Fragen rund um die Berufstätigkeit - insbesondere beim Wiedereinstieg nach der Familienphase. Durch engen Kontakt zu den Unternehmen der jeweiligen Region soll Frauen der Zugang zur Arbeitswelt oder der Verbleib im Betrieb erleichtert werden. In enger Zusammenarbeit mit den regionalen Unternehmen und Trägern der beruflichen Weiterbildung werden neue, auf die Möglichkeiten des regionalen Arbeitsmarktes zugeschnittene Qualifizierungswege für Frauen entwickelt. So können frauenspezifische Interessen in die regionale Strukturpolitik eingebracht und die Arbeitsmarktchancen von Frauen in der Region verbessert werden.

Unter dem Motto „Jede verdient seine Chance! Auch in Ihrer Firma?“ hat die Frauenministerin im Jahr 1999 erstmals den **Wettbewerb Chancengleichheit durch Personalentwicklung** durchgeführt. Teilgenommen haben selbständige Betriebe aus Industrie, Handwerk, dem Dienstleistungsbereich sowie den freien Berufen, die insbesondere für ihre weiblichen Beschäftigten eine vorbildliche Personalentwicklungsplanung umsetzen. Der Wettbewerb sollte aufzeigen, dass die Chancengleichheit von Männern und Frauen ein wesentliches Kennzeichen moderner Personalentwicklung ist. 27 vorbildliche Unternehmen machten durch ihre Bewerbung deutlich, dass in Schleswig-Holstein Chancengleichheit mit Erfolg gelebt wird. Vier Unternehmen wurden im Rahmen einer Preisverleihung im November 1999 prämiert. Der Wettbewerb soll turnusmäßig wiederholt werden.

Umweltwirtschaft

Chancen für Unternehmen

Der Markt für **Umwelttechnologien** ist ein Wachstumsmarkt mit Wachstumsraten von durchschnittlich 5 Prozent pro Jahr. Umweltwirtschaft hat auch in Schleswig-Holstein einen hohen Stellenwert, mehr als 13.000 Beschäftigte in gut 600 Betrieben erwirtschaften einen jährlichen Umsatz von knapp 4 Milliarden Mark (Bezugsjahr 1996).

Besonders für die norddeutsche Umweltwirtschaft ergeben sich aus der Entwicklung in den Ländern Mittel- und Osteuropas neue Marktchancen. Durch die angestrebte Erweiterung der Europäischen Union stehen diese Staaten vor der Herausforderung, in den kommenden Jahren die Umweltstandards der EU zu übernehmen. Das Volumen dieses Zukunftsmarktes wird auf 100 Milliarden Mark geschätzt.

Traditionelle, auch als additiv bezeichnete Umwelttechnik hat ihre ökologischen und ökonomischen Grenzen erreicht. Notwendig ist eine integrierte Umwelttechnik, das heißt die Entwicklung immissionsarmer bzw. -freier Verfahren, eine Kreislaufwirtschaft mit wirksamer Abfallvermeidungsstrategie und optimaler Stoffnutzung, eine Effizienzrevolution bei Energie- und Materialverbrauch sowie eine Substitution problematischer oder toxischer Stoffe oder gefährlicher Produktionsprozesse. Integrierte Umwelttechnik ist darüber hinaus geeignet, zusätzliche Produktionskosten zu vermeiden oder durch Einsparungen bei Energie, Rohstoffen oder Abfallaufkommen sogar zu Kostensenkungen in den Betrieben beizutragen.

In der Entwicklung der Energietechnik spielt Schleswig-Holstein eine gewichtige Rolle. High-Tech-Unternehmen der Windenergie in Lübeck, Heide und Husum sorgen für stetig steigende Arbeitsplätze. Im handwerklichen Bereich nimmt die Zahl der Installationsbetriebe zu, die neben den Solarfachfirmen die Bundeskampagne „Solar - na klar“ voranbringen. Im Bereich der Biomasse steht eine ähnliche Entwicklung wie bei der Windenergie bevor, seit mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz die Rahmenbedingungen für alle erneuerbare Energien entscheidend verbessert wurden.

Für unser Land hat diese Entwicklung nicht nur den Vorteil, konsequent Klimaschutz und zukunftsfähige Arbeitsplätze miteinander zu verbinden, sondern auch überall im Land die regionale Wirtschaftskraft zu stabilisieren und die Wertschöpfung im Land zu entwickeln.

Fördermaßnahmen des Landes

Ökotechnik/Ökowiirtschaft

Die Landesregierung unterstützt im Rahmen der *Richtlinie für Ökotechnische und Ökowiirtschaftliche Maßnahmen* auch in Zukunft Pilot- und Demonstrationsvorhaben investiver und nichtinvestiver Art, die richtungsweisend für Branchen sind oder Modellcharakter aufweisen. Durch diese Förderung soll zukunftsorientierter Technik zum Durchbruch und zur Akzeptanz am Markt verholfen werden. 1999 wurden durch 13 Projekte mit einem Förder volumen von rund 1,8 Millionen Mark Investitionen von circa 3,5 Millionen Mark ausgelöst.

Insbesondere für mittelständische Unternehmen bietet ein überbetriebliches Umweltmanagement hervorragende Möglichkeiten, in Zukunft gleichzeitig Betriebskosten und die Umweltbelastungen zu senken. Das haben Modellprojekte, die von der Landesregierung in zwei schleswig-holsteinischen Gewerbegebieten (Kiel und Henstedt-Ulzburg/Kaltenkirchen) gemeinsam mit den Wirtschaftsförderungsgesellschaften initiiert und gefördert wurden, eindrucksvoll belegt. Die sich daraus ergebenden ökonomischen und ökologischen Vorteile für Betriebe sind ein Beitrag zur Schaffung von sicheren Arbeitsplätzen und zur Standortsicherung.

EG-Umweltaudit

Das Umweltaudit-System, auch EMAS (Eco Management and Audit Scheme) oder Ökoaudit genannt, ist ein wertvolles freiwilliges Instrument zur Ergänzung des umweltpolitischen Instrumentariums der Landesregierung. Teilnehmende Unternehmen übernehmen eigene Verantwortung für den betrieblichen Umweltschutz. Dadurch wird die Einführung integrierter Umweltschutzmaßnahmen und die Entwicklung umwelttechnischer Innovationen gefördert. Inzwischen sind 72 Standorte in Schleswig-Holstein als auditierte Betriebe in dem europaweit gültigen Register eingetragen. Die Landesregierung fördert die

Einrichtung des Umweltmanagementsystems. Seit 1994 wurden 62 schleswig-holsteinische Unternehmen mit rund 1,9 Millionen Mark unterstützt.

Die Fördermöglichkeiten wurden 1998 in einer *Förderrichtlinie für Umweltmanagementsysteme* zusammengefasst und erweitert. Unter anderem wurde mit der Förderung von kommunalen Audit-Projekten begonnen. Zusätzlich hat die Landesregierung Erleichterungen für auditierte Unternehmen in den Bereichen Emissionsüberwachung, Abfall und Wasser eingeführt. Im August 1999 schlossen die Vereinigung der Industrie- und Handelskammern in Schleswig-Holstein und das Land eine *Freiwillige Vereinbarung: Ökoaudit in Schleswig-Holstein*. Das Ziel, bis zum Jahr 2003 in Schleswig-Holstein 250 Betriebsstandorte registrieren zu können, soll mit der Fortführung der Förderung und einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit erreicht werden. So werden in den Jahren 1999 und 2000 weitere 62 Standorte mit einer finanziellen Unterstützung des Ministerium für Umwelt, Natur und Forsten in Höhe von rund 1,7 Millionen Mark ein Umweltmanagementsystem aufgebaut haben. Sie gehen damit die Verpflichtung ein, ständige Verbesserungen im Umweltschutzbereich ihres Betriebes umzusetzen.

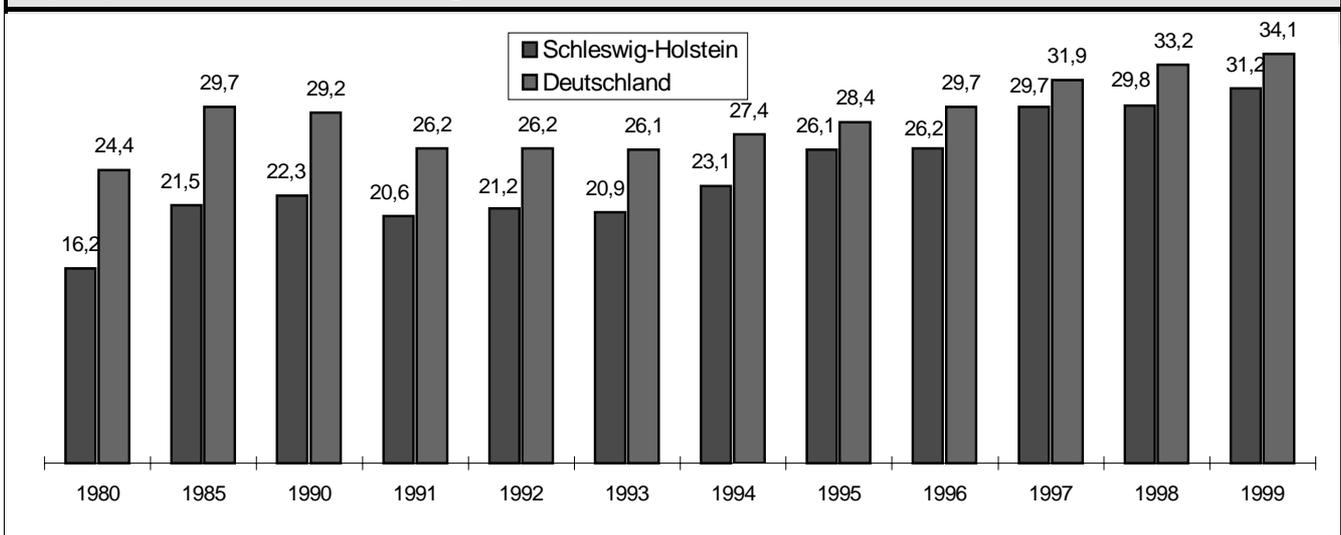
Außenwirtschaftspolitik

Eingliederung in die Weltwirtschaft weitgehend vollzogen

In dem abgelaufenen Jahrzehnt hat sich die Eingliederung der schleswig-holsteinischen Wirtschaft in die Weltwirtschaft mit bemerkenswerten Erfolgen fortgesetzt. Im Jahr 1999 hat die Exportquote für das Verarbeitende Gewerbe in Schleswig-Holstein einen Wert von 31,2 Prozent erreicht, bei einer Quote von 34,1 Prozent für den Bundesdurchschnitt. Damit hat sich die Exportquote, also der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe, seit Beginn der 90er Jahre in Schleswig-Holstein spürbar nach oben entwickelt. Heute wird etwa ein Drittel des industriellen Umsatzes in Schleswig-Holstein auf Auslandsmärkten erzielt. Gleichzeitig hängt etwa ein Drittel der industriellen Arbeitsplätze von der internationalen Verflechtung mit den wichtigsten Weltmärkten ab.

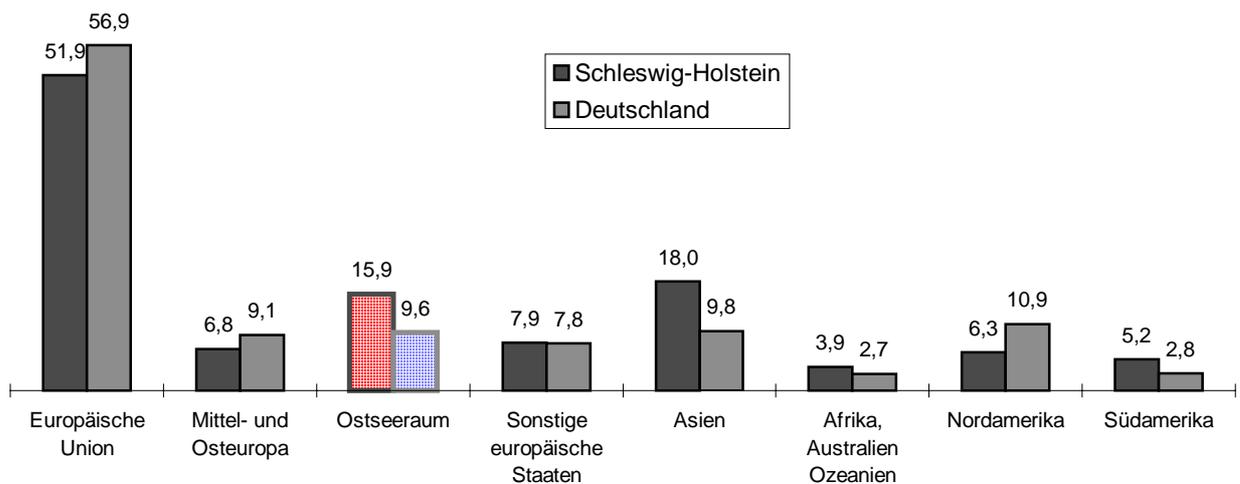
Ein Blick auf die regionale Verteilung der Exporte zeigt, dass die schleswig-holsteinischen Unternehmen dort ihre Märkte gefunden haben, wo deutsche Firmen generell wettbewerbsfähig und erfolgreich sind. So gehen über 50 Prozent der schleswig-holsteinischen Exporte insgesamt in die Europäische Union. Auch die Exportanteile in andere Regionen der Welt lassen keine signifikanten Unterschiede zu anderen Ländern erkennen. Während allerdings im Bundesdurchschnitt die drei Regionen Mittel- und Osteuropa, Asien und Nordamerika mit Exportanteilen von etwa jeweils 10 Prozent gleichwertige Märkte sind, ist für Schleswig-Holstein Asien mit deutlichem Abstand vor den beiden anderen Exportregionen zweitwichtigster Regionalmarkt. Hier dürfte die Südostasien-Initiative der Landesregierung seit 1993 Wirkung gezeigt haben.

Exportquoten des Landes Schleswig-Holstein und des Bundes im Laufe der letzten 20 Jahre



Quelle: Statistisches Bundesamt, Graphik: MWTV S-H

Exporte des Landes Schleswig-Holstein und des Bundes nach Ländergruppen im Jahr 1999



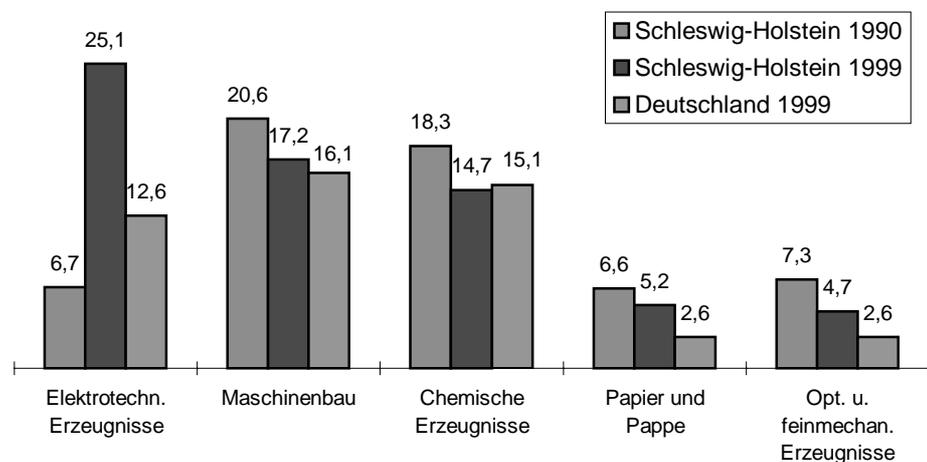
Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; Graphik: MWTV S-H

Die bisher exportstärkste Branche Maschinenbau wurde im Jahre 1999 erstmalig von dem Wirtschaftsbereich „Elektrotechnische Erzeugnisse“ abgelöst, der seinen Exportanteil im Laufe des Jahres 1999 auf 25 Prozent ausbauen konnte. Hier findet der erfolgreiche Aufbau einer international wettbewerbsfähigen Informationstechnologie seinen sichtbaren Niederschlag. Mit Ausnahme des Fahrzeugbaus, der in Schleswig-Holstein eine untergeordnete Bedeutung hat, gehören die wichtigsten Exportbranchen auf Bundesebene, wie die Bereiche elektrotechnische Erzeugnisse, Maschinenbau und chemische Erzeugnisse auch in Schleswig-Holstein zu den Branchen mit hohem Exportanteil.

Bedeutung und Ziele der Außenwirtschaftspolitik in Schleswig-Holstein

Die schleswig-holsteinische Außenwirtschaft hat einen überragenden Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung im Jahr 1999 geliefert. Im Jahr 1999 waren die Exporte um nahezu 13 Prozent gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode gestiegen. Dies belegt, dass die binnenwirtschaftliche Entwicklung und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen zu einem wesentlichen Teil durch die außenwirtschaftliche Verflechtung bestimmt wird. Die Außenwirtschaftspolitik der Landesregierung ist deshalb darauf ausgerichtet, die konsequente und nachhaltige Erschließung und Pflege von Auslands-

Entwicklung der Exporte der fünf wichtigsten Branchen



Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; Graphik: MWTV S-H

märkten voranzutreiben.

Das Verarbeitende Gewerbe in Schleswig-Holstein ist stark mittelständisch strukturiert. Von den rund 1.500 Betrieben der Größenklasse ab 20 Beschäftigten sind aber überwiegend nur die größeren Unternehmen nachhaltig in das Auslandsgeschäft eingebunden. Eine große Zahl kleinerer Unternehmen hat ausländische Märkte für ihre Produkte noch nicht erschlossen. Dies gilt auch für Unternehmen in exportstarken Branchen, die trotz international wettbewerbsfähiger Produkte und Technologien den Weg ins Auslandsgeschäft noch nicht gewagt haben. Die Außenwirtschaftspolitik der Landesregierung will den export- und risikobereiten Unternehmen mit einem geeigneten Instrumentarium eine kompetente Hilfestellung und Betreuung geben. Das Motto ist gleichzeitig Ziel: *Schleswig-Holsteins Unternehmer sind zu Hause auf allen wichtigen Märkten der Welt.*

Instrumente und Maßnahmen

Außenwirtschaftskalender

Das Planungs- und Koordinierungsinstrument für außenwirtschaftliche Aktivitäten aller beteiligten Stellen wurde im Jahr 1999 aktualisiert, fortgeschrieben und erstmalig auch ins Internet gestellt. Der Außenwirtschaftskalender 1999 gab die Orientierung für die Maßnahmen und Projekte des Wirtschaftsministeriums, der Wirtschaftsförderung Schleswig-Holstein GmbH (WSH) und der Industrie- und Handelskammern. Für das Jahr 2000 ist geplant, den Außenwirtschaftskalender schrittweise in ein außenwirtschaftliches Informationssystem im Internet auszubauen, das unter dem Namen *Schleswig-Holstein International* Informationen über Maßnahmen und Projekte, Berater und Informanten sowie Fakten und Zahlen enthält, die für die Erschließung neuer Märkte oder die Kontaktaufnahme mit neuen Interessenten hilfreich sind.

Messegemeinschaftsbeteiligungen

Ein wesentlicher Bestandteil der außenwirtschaftlichen Aktivitäten war auch 1999 die Vorbereitung und Durchführung von Messegemeinschaftsbeteiligungen auf wichtigen internationalen Messen durch die Wirtschaftsförderung Schleswig-Holstein GmbH (WSH).

Delegationsreisen

Im Berichtsjahr wurden unter Leitung des Wirtschaftsministers zwei Delegationsreisen durchgeführt. Eine Informationsreise mit Unternehmensvertretern aus dem Bereich

Informationstechnologien im Mai 1999 hatte in den USA das Silicon Valley zum Ziel. Eine zweite Reise im Oktober 1999 mit Unternehmensvertretern aus den Bereichen Nahrungsmittelverarbeitung und Bauindustrie führte in die Region Nordpolen.

Zusammenarbeit mit den asiatischen Partnerprovinzen

Am Rande einer gemeinschaftlichen Teilnahme auf einer Umweltmesse in Osaka (Japan) präsentierten einige Unternehmer unter dem Motto *Umwelttechnologie aus Schleswig-Holstein* ihre Produkte und Technologien in Kobe, der Hauptstadt der japanischen Präfektur Hyogo. Bereits im November 1998 hatte es in der chinesischen Partnerprovinz Zhejiang eine Präsentation zur Umwelttechnologie gegeben. Als Folge wurden am 1. Dezember 1999 in den neuen Räumen der Repräsentanz der Wirtschaftsförderung Schleswig-Holstein (WSH) in der Hauptstadt Hangzhou ein schleswig-holsteinisches Firmengemeinschaftsbüro für den Bereich Umwelttechnologie und ein Umweltinformationszentrum eingerichtet.

Schiffbau

Der **Weltschiffbaumarkt** bleibt weiter gekennzeichnet durch Überkapazitäten, die infolge sinkender Nachfragen und steigenden Angebots noch weiter zunehmen dürften. Die andauernde und sich noch verschlimmernde Schiefelage des Marktes hat ihre Ursache im Kapazitätsausbau südkoreanischer Werften, der insbesondere in den Jahren 1994 bis 1996 erfolgte.

Preisrückgänge waren im Jahr 1999 besonders bei den von koreanischen Werften angebotenen Schiffstypen zu verzeichnen. Dies führte zu einer Verlagerung von Marktanteilen in Richtung Korea. Besonders bedeutsam ist die Verlagerung im Bereich von Containerschiffen zu Lasten von Japan.

Erstmalig konnten die koreanischen Werften bei den Auftragseingängen den bisherigen Marktführer Japan verdrängen. Damit liegt Korea mit einem Marktanteil von 32,5 Prozent auf Platz 1 vor Japan mit 26,4 Prozent. Der Anteil des europäischen Schiffbaues sank von 24,6 Prozent auf 16,3 Prozent. China erreichte eine Steigerung auf 10,3 Prozent, gefolgt von Deutschlands Werften mit 4,1 Prozent an der 4. Position.

Trotz dieser Lage konnte sich die **deutsche Schiffbauindustrie** im Bereich der Spezialtonnage mit technisch hochwertigen und innovativen Produkten behaupten. Die Ablieferungen beliefen sich per Ende 1999 auf 4,3 Milliarden Mark und erreichten damit abrechnungsbedingt nicht ganz den Vorjahreswert. Der Auftragsbestand hat mit einem Volumen von 15 Milliarden Mark den Vorjahresstand deutlich übertroffen. Das damit erzielte Preisniveau war erneut nur sehr bedingt auskömmlich.

Im Sog dieser Entwicklungen konnten die neun **schleswig-holsteinischen Werften** mit 20 Neubauten ihre Spitzenposition unter den deutschen Küstenländern behaupten. Der Schwerpunkt der Produktion lag noch bei Containerschiffen - wenn auch mit rückläufiger Tendenz - und zunehmend bei RoRo- und Fährschiffen sowie im Bau von Spezialschiffen.

Die **Beschäftigtenzahl** im schleswig-holsteinischen Schiffbau war leicht rückläufig.

Ende 1999 gab es auf den schleswig-holsteinischen Seeschiffswerften rund 6000 Beschäftigte.

Im zurückliegenden Jahr 1999 war die Auslastung der Werften sehr unterschiedlich ausgeprägt. Während die größeren Werften über eine Auftragsreichweite von bis zu zwei Jahren verfügten, hatten die kleineren Werften teilweise nur eine gesicherte Beschäftigung von bis zu einem halben Jahr. Die *Husumer Schiffswerft* musste wegen fehlender Anschlussbeschäftigung Ende November 1999 den Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens stellen. Betroffen sind etwa 240 Mitarbeiter. Es bestehen gute Chancen, dass die Betriebsteile „Windkraftanlagen“ und „Reparaturen“ fortgeführt werden. Die Landesregierung setzt sich nachhaltig dafür ein, dass möglichst viele Arbeitsplätze am Standort Husum erhalten bleiben.

Die Verhandlungen über die Schaffung eines **europäischen Werftverbundes** zwischen der schwedischen *Celsius-Gruppe*, der *Babcock Borsig AG* und der *Preussag AG* konnten erfolgreich abgeschlossen werden. Die drei Unternehmen werden zukünftig die Aktionärsstruktur der Kieler *Howaldtswerke Deutsche Werft AG (HDW)* bilden. Zugleich hat HDW von der Celsius-Gruppe alle Aktien der schwedischen Werft *Kockums Naval Systems* erworben. Die EU-Kommission hat mittlerweile diese Fusion genehmigt. Darüber hinaus verhandelt HDW mit der Celsius-Gruppe über den Erwerb einer Beteiligung an der australischen U-Bootswerft *Australian Submarine Cooperation*.

Ausblick

Trotz der Unwägbarkeiten auf den internationalen Märkten bestehen für den schleswig-holsteinischen Schiffsbau im laufenden Jahr gute Chancen, weitere Anschlussaufträge hereinzuholen. Europäische und japanische Markteinschätzungen gehen für die kommenden Jahre von einem relativ stabilen Neubaubedarf aus. Dabei wird von entscheidender Bedeutung sein, inwieweit sich die Wirtschaft in Japan und Südostasien belebt und zu einer gegenseitigen Erhöhung der Warenströme führt.

Die Landesregierung erwartet von der Bundesregierung, dass sie sich, im Rahmen ihrer außenpolitischen Einflussmöglichkeiten auf Korea, für eine Minderung der wirtschaftlichen Nachteile für den deutschen Schiffbau einsetzt. In einem gemeinsamen Aktionstag am 5. November 1999 haben Gewerkschaften und Unternehmen der Werft- und Zulieferindustrie auf die von Korea ausgehenden Marktstörungen hingewiesen und gefordert, im Rahmen von Handelsgesprächen eine nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen orientierte Schiffbaupolitik zu erreichen. Generelles Ziel muss es sein, durch bilaterale Verhandlungen, unter Beteiligung von OECD, Europäischer Kommission, Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF), zu *fairen Regelungen und Maßnahmen* zu kommen.

Um zumindest für einen teilweisen Ausgleich der internationalen Wettbewerbsverzerrungen im Schiffbau zu sorgen, hat Schleswig-Holstein seinen Landesanteil am laufenden **Wettbewerbshilfeprogramm** des Bundes und der norddeutschen Länder auf 31,88 Millionen Mark aufgestockt. Unter Einbeziehung des Bundesanteils ergab sich für Schleswig-Holstein ein Programmvolumen von etwa 48 Millionen Mark.

Die Landesregierung hat im Berichtsjahr insgesamt Wettbewerbshilfen in Höhe von 22 Millionen Mark für ein Auftragsvolumen von 400 Millionen Mark gewährt. Zusätzlich übernahm das Land Ausfallbürgschaften für Schiffs- und Werftkredite mit einem Obligo von 197 Millionen Mark.

Tourismuspolitik

Im Zentrum der Tourismuspolitik des Jahres 1999 stand der Aufbau neuer, leistungsfähiger Organisationsstrukturen im Tourismus Schleswig-Holsteins. Nachdem eine mehr als zweijährige Organisationsdebatte der schleswig-holsteinischen Tourismusverbände gescheitert war, forderte der Tourismusminister die Verantwortlichen im Juni 1999 auf, das operative Geschäft aus dem Tourismusverband herauszutrennen und eine Landes-Marketinggesellschaft zu gründen. Die **Tourismus Marketing Schleswig-Holstein GmbH (TMSH)** wurde am 22. Dezember 1999 mit den Gesellschaftern Tourismusverband, Hotel- und Gaststättenverband, Regionalverbände, Industrie- und Handelskammern sowie drei privaten Gesellschaftern gegründet. Sie soll noch in diesem Jahr ihre Arbeit aufnehmen. Damit wird die Möglichkeit eines gleitenden Überganges vom Tourismusverband auf die TMSH gewährleistet. Aufgabenfelder der neuen TMSH sind:

- zentrales Marketing für Schleswig-Holstein mit einheitlichem Erscheinungsbild;
- zentrale Information und Buchung (unter Einschluss des Internets);
- Entwicklung und Vermarktung neuer Produkte.

Insgesamt standen 1999 knapp 3,8 Millionen Mark an Landesmitteln zur Förderung des touristischen Marketings zur Verfügung.

Die Entwicklung im abgelaufenen Jahr zeigt, dass die schleswig-holsteinische Tourismuswirtschaft erhebliche Anstrengungen unternehmen muss, um den Anschluss an die Konkurrenz nicht zu verlieren. Die Rahmenbedingungen machen dies nicht leicht: Weitgehende Marktsättigung bei immer noch steigendem Angebot; hohe Erwartungshaltung reiseerfahrener Gäste; Witterungs-, Preis-, Service- und Marketingvorteile des Auslandsurlaubes. Um diesen Herausforderungen begegnen zu können, müssen die schleswig-holsteinischen Tourismusanbieter vor allem

- ihre Produkt- und Servicequalität ständig verbessern,
- die Informations- und Buchungsmöglich-

keiten weiter optimieren,

- das Preis-Leistungs-Verhältnis im Hinblick auf seine Konkurrenzfähigkeit überprüfen und
- die Entwicklung und Vermarktung kundengerechter neuer Angebote vorantreiben.

Die neue **Marketinggesellschaft** im Tourismus Schleswig-Holsteins wird hierzu wichtige Anstöße geben.

Die Landesregierung hat im Jahr 1999 zahlreiche weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsposition des schleswig-holsteinischen Tourismus gefördert:

- Förderung der **touristischen Infrastruktur** mit 12,2 Millionen Mark. Schwerpunkte waren die Modernisierung touristischer Promenaden sowie Radwegeprojekte.
- Förderung von **touristischen Betrieben** mit insgesamt 2,7 Millionen Mark.
- Förderung **nicht-investiver Tourismusprojekte** mit insgesamt 3,4 Millionen Mark. Beispiele:
 - Touristisches Leitsystem zu Natur- und Kulturdenkmälern in Dithmarschen,
 - Modellprojekt „Tourist-Service-Zentralen“,
 - Umsetzung des touristischen Verkehrskonzeptes in Ostholstein,
 - Umsetzung der Tourismuskonzepte Ostholstein/Plön, Nordfriesland und Dithmarschen,
 - vernetzte Radwegebeschilderung in den Kreisen Nordfriesland, Dithmarschen, Schleswig-Flensburg (mit Flensburg) und Rendsburg-Eckernförde auf Basis des neuen Empfehlungserlasses des Tourismusministeriums,
 - Einrichtung einer Fortbildungsagentur für den Tourismus Schleswig-Holsteins,
 - zielgruppenorientierte Klassifizierung

- von Beherbergungsbetrieben in den Segmenten „Familien mit Kindern“, „Rollstuhlfahrer“, „Geschäfts- und Tagungsreisende“ sowie „Fahrrad-touristen“,
- Workshop „Tourismus und Kultur“,
 - Konzept zur Zukunft der Linien- und Ausflugsschiffahrt auf der Flensburger Förde (Duty-Free-Kompensation),
 - Gutachten zu den Auswirkungen einer festen Fehmarnbelt-Querung auf den Tourismus.
- Neuregelung der **Strandbeparkung in St. Peter-Ording** (einschließlich der Förderung von Kompensationsmaßnahmen).
 - Konzept zum **Wohnmobiltourismus** (kundenorientierte Regelungen zur Schaffung von Wohnmobil-Stellplätzen).
 - Anerkennung der Gemeinden Dollerup, Grundhof, Munkbrarup, Ringsberg, Wees und Hohenfelde als Erholungsorte.
 - Expertenbericht zu alternativen Erhebungs- und Gestaltungsformen der **Kurabgabe**.

Technologiepolitik

Ziele, Aufgaben und Instrumente

Die Innovationskraft, die Fähigkeit Wissen schnell und erfolgreich in neue Produkte und Dienstleistungen umzusetzen, entwickelt sich immer mehr zum wichtigsten Wettbewerbsfaktor. Die Aufgabe der **Technologie- und Innovationspolitik** der Landesregierung besteht darin, die Innovationskraft der Unternehmen in einem umfassenden Sinne zu stärken und sie so wettbewerbsfähiger zu machen. Die Mittel hierzu sind eine moderne, innovationsunterstützende *Infrastruktur* und ein vielseitiges, bedarfsorientiertes Instrumentarium zur *Förderung*.

Schleswig-Holstein verfügt über zahlreiche leistungsfähige Einrichtungen für Forschung, Wissenschaft und Technologie, deren wissenschaftlich-technisches Potenzial für die Wirtschaft nutzbar ist.⁷ Dessen Umsetzung in Innovationsvorhaben ist Aufgabe der **Technologietransfer-Einrichtungen** des Landes:

- Technologiestiftung Schleswig-Holstein (TSH),
- Technologie-Transfer-Zentrale Schleswig-Holstein (ttz-sh),
- 11 Technologie- und Gründerzentren,
- Technologie-Transfer-Beauftragte an den Hochschulen,
- Forschungs- und Entwicklungsgesellschaften der Hochschulen.

Eine umfassende Innovationsunterstützung geht über den Technologietransfer hinaus und umfasst auch Finanzierungshilfen.

Insbesondere die Bereitstellung öffentlichen Wagniskapitals durch die **Mittelständische Beteiligungsgesellschaft (MBG)** ist ein wichtiges und erfolgreiches Instrument, um innovative Unternehmen in der Wachstumsphase zu unterstützen.

Weiterentwicklung des Technologie-Transfer-Systems

Nach Abschluss der Evaluierung des Technologie-Transfer-Systems im Februar 1999 hat die Landesregierung mehrere Maßnahmen ergriffen und umgesetzt, um das System zu einem Netzwerk weiter zu entwickeln. Gemeinsam mit den drei Industrie- und Handelskammern und der Technologie-Transfer-Zentrale wurde ein Konzept für ein Wirtschaftsinformationssystem erarbeitet, das unter Nutzung modernster Kommunikationstechnologie Bürgern und Unternehmen den Zugang zur Vielfalt der innovationsunterstützenden Dienstleistungen im Lande erleichtern soll. Das Instrument der **Regionalen Innovationsberatung** wird weiterentwickelt und ausgebaut. Die Zusammenarbeit von Technologiestiftung, Energiestiftung, Investitionsbank und Technologie-Transfer-Zentrale wird intensiviert und die Förderinstrumente enger aufeinander abgestimmt. Als hochrangiges neues Beratungsgremium der Landesregierung konstituierte sich der **Technologie- und Innovationsrat**. Um die komparativen Stärken der Technologieanbieter im Lande stärker mit denen der schleswig-holsteinischen Unternehmen zu vernetzen, wurde das Förder-Instrumentarium um den **Wettbewerb Kompetenz-Cluster** ergänzt. Auf die Ausschreibung des Ideenwettbewerbs wurden über dreißig Projektskizzen eingereicht und von Gutachtern bewertet. Für die Förderung von sechs Kompetenz-Clustern hat die Landesregierung in den nächsten drei Jahren sechs Millionen Mark vorgesehen.

Ausbau der Technologischen Infrastruktur

Schleswig-Holstein ist überdurchschnittlich gut mit Technologie- und Gründerzentren ausgestattet. Als elfte öffentlich geförderte Einrichtung dieser Art wurde im Dezember 1999 das **Zentrum für Energie und Technik (ZET)** in Rendsburg eröffnet. Die Baukosten in Höhe von 12,7 Millionen Mark wurden zu 80 Prozent aus Mitteln des Regionalprogramms des Landes und der Europäischen Union finanziert. In unmittelbarer Nähe des GKSS Forschungszentrums Geesthacht GmbH wird derzeit das **Geesthachter Innovations- und Technologiezentrum (GITZ)** errichtet. Die Baukosten von 9,77 Millionen

⁷ Vgl. Bericht der Landesregierung zur Technologie- und Innovationspolitik in Schleswig-Holstein, Landtagsdrucksache 14/2679, S. 14.

Mark werden von der Landesregierung in Höhe von 7,8 Millionen Mark aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe *Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur* bezuschusst.

Im November 1999 wurde die **Machbarkeitsstudie für ein Gründer- und Innovationszentrum Biotechnologie** fertiggestellt und dem Wirtschaftsausschuss des Landtags im Dezember 1999 präsentiert. Die Untersuchung hat ergeben, dass es in Schleswig-Holstein ein erhebliches wissenschaftliches Potenzial für den Anshub einer Gründerwelle von jungen, innovativen Biotechnologie-Unternehmen gibt. Sie empfiehlt den Aufbau bedarfsgerechter Infrastruktur im Biotechnologie-Dreieck Kiel-Lübeck-Borstel. Mit der Entwicklung einer umfassenden Förderstrategie wurde begonnen.



Abbildung: Schwerpunkte des biomedizinischen Forschungsdreiecks Kiel-Lübeck-Borstel

Beispielhafte Projekte der Technologieförderung

Im Berichtsjahr 1999 hat die Landesregierung im Rahmen der **betrieblichen Technologieförderung** 181 Förderfälle mit einem Gesamtfördervolumen von 14,69 Millionen Mark bewilligt. Dadurch wurden ein Projektvolumen in Höhe von mehr als 42 Millionen Mark ausgelöst und rund 910 Arbeitsplätze neu geschaffen oder gesichert.

Aus dem Programm **Innovationsassistenz** wurden 22 Personaltransfers von Hochschulabsolventinnen und -absolventen in kleine und mittlere Betriebe gefördert, um den Technologietransfer „über Köpfe“ zu unterstützen. Mit 449.000 Mark aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe *Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur* konnten betriebliche Mittel in Höhe von 1,27 Millionen Mark angeregt werden.

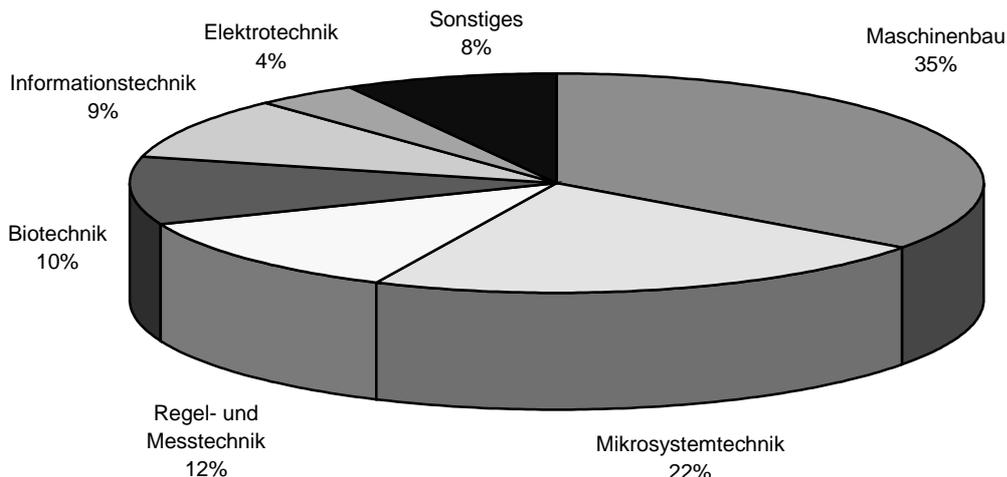
Aus dem Programm **Moderne, zukunftsweisende Technologien** wurden fünf Vorhaben gefördert. Die eingesetzten Mittel in Höhe von knapp 3,5 Millionen Mark lösten ein Projektvolumen von mehr als 12 Millionen Mark aus.

- Ende 1999 verlegte die Firma Strathmann Biotech GmbH ihren Firmensitz nach Bovenau im Kreis Rendsburg-Eckernförde, wo sie seit Frühjahr 2000 ein hochmodernes Biotechnologiezentrum errichtet. In Kooperation mit verschiedenen Forschungseinrichtungen soll dort ein neuartiger HIV-Impfstoff entwickelt werden. Durch das Projekt werden zunächst 40 neue Arbeitsplätze entstehen, deren Zahl sich auf später über 100 erhöhen könnte. Das Projekt wird von der Landesregierung mit 1 Million Mark gefördert.

Im Herbst 1999 hat die Landesregierung das neue Programm **Arbeitsplatzschaffende Innovationen** aufgelegt. Hieraus werden kleine und mittlere Unternehmen gefördert, die eine bestimmte zukunftssträchtige Technologie erstmals anwenden und in ihrem Marktsegment aussichtsreich die Markt- und Technologieführerschaft anstreben. Voraussetzung ist die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Mit Fördermitteln von 2,27 Millionen Mark wurden bisher Forschungs- und Entwicklungsvorhaben mit einem Volumen von 5,79 Millionen Mark angestoßen.

- In Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer Institut für Siliziumtechnologie (ISiT) in Itzehoe entwickelt die Firma PAV CARD GmbH aus Lütjensee ein neuartiges Verfahren zur kostengünstigen Herstellung von *intelligenten Etiketten*. Die sogenannten *Smart Labels* ermöglichen kontaktlose Identifikation und automatische Verfolgung von Objekten. Ihr Einsatzgebiet reicht von der Logistik über Zugangskontrollen bis zur Warenerfassung. Die Landesregierung hat für das Vorhaben 1,12 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

Förderbereiche der Technologieförderung

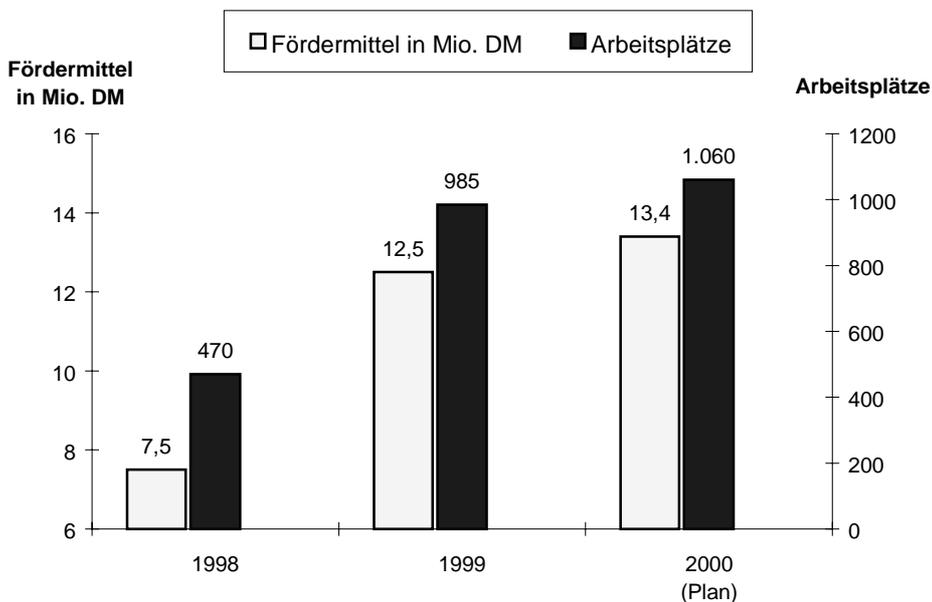


Im Rahmen des Programms **Produktinnovationen** wurden 1999 insgesamt 26 Vorhaben mit Mitteln in Höhe von 4,6 Millionen Mark gefördert. Das dadurch ausgelöste Projektvolumen betrug 16,7 Millionen Mark. Damit nutzte die schleswig-holsteinische Wirtschaft dieses Programm im abgelaufenen Jahr so intensiv wie noch nie zuvor.

Für die Darstellung Schleswig-Holsteins als Technologiestandort, vornehmlich im Rahmen von norddeutschen Gemeinschaftsständen auf **Technologiemessen**, wurde 1999 über 1 Million Mark aufgewendet, der höchste Betrag der letzten vier Jahre. Außer auf den Hannover Messen CeBIT und Industrie waren schleswig-holsteinische Technologieanbieter mit Unterstützung der Landesregierung auf der IFAT, der Internationalen Fachmesse für Entsorgung in München, auf der BIOTECHNICA in Hannover, der *Systems*, einer Messe für Informationstechnologie und Telekommunikation in München und auf der *Medica* in Düsseldorf präsent.

Telekommunikation und Multimedia

Die **Informations- und Kommunikationstechnik (IuK)** hat sich innerhalb weniger Jahre zu einem Motor für Innovation, Wachstum und Beschäftigung in Schleswig-Holstein entwickelt. Zahlreiche, überwiegend junge Unternehmen aus den Bereichen Telekommunikation, Software und Multimedia haben auf ihren jeweiligen Märkten überregionale Bedeutung gewonnen. Die Landesregierung betrachtet die IuK-Branchenentwicklung als Schlüssel zu künftiger Wertschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit in Schleswig-Holstein.



Das Wachstum in der IuK-Branche schafft neue, qualifizierte Arbeitsplätze. Damit diese Entwicklung wegen des Mangels an IuK-Fachkräften nicht gehemmt wird, plant die Landesregierung als zentralen Bestandteil die Errichtung eines **Multimedia-Campus**. Außerdem passt sie die bewährten Instrumente der Wirtschafts- und Existenzgründungsförderung fortlaufend den sich rasch wandelnden Anforderungen an. Darüber hinaus betreibt die Landesregierung eine Politik zum Ausbau der Informationsgesellschaft, die den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Nutzen des IuK-Einsatzes in möglichst vielen Lebensbereichen realisiert. Dadurch soll zugleich eine zunehmende Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen der neuen IuK-Branchen in Schleswig-Holstein ausgelöst werden.

Mit dem Förderprogramm **Electronic Business** bietet die Landesregierung kleinen und mittleren Unternehmen finanzielle Anreize zur wirtschaftlichen Nutzung des Internet. Es werden Zuschüsse für die professionelle Entwicklung und Realisierung von betrieblichen Electronic-Business-Konzepten gewährt. Im Jahre 1999 haben 130 schleswig-holsteinische Unternehmen aller Branchen von diesem Programm profitiert. Für die dreijährige Laufzeit ist ein Gesamtvolumen von 4,5 Millionen Mark vorgesehen.

Im Rahmen der **Landesinitiative Informationsgesellschaft Schleswig-Holstein** fördert die Landesregierung Leitprojekte zum Ausbau der Informationsgesellschaft. Die Förderpalette umfasst die Bereiche Arbeit und Wirtschaft, Gesundheit, Verwaltung, Ökologie, Bürgerrechte und Datenselbstschutz, Medienkompetenz sowie „Informationsgesellschaft für alle“. Für die Laufzeit von 1999 bis 2001 steht ein Gesamtvolumen von acht Millionen Mark zur Verfügung. Im Jahre 1999 sind 24 Projekte mit insgesamt zwei Millionen Mark gefördert worden. Bereits seit 1998 fördert die vom Land gemeinsam mit der Deutschen Telekom AG gegründete **Multimedia-Initiative Schleswig-Holstein** Modellprojekte insbesondere in den Bereichen Wirtschaft, Bildung, Verwaltung. Bis zum Jahre 2000 werden dafür insgesamt drei Millionen Mark aufgewendet werden.

Das elektronische Landesinformationssystem **schleswig-holstein.de** wird im Frühjahr 2000 neu an den Markt gehen. Grundlage ist ein Rahmenvertrag, den das Wirtschaftsministerium im September 1999 mit der **S-Online GmbH**, einem Unternehmen der schleswig-holsteinischen Sparkassen-Finanzgruppe,

geschlossen hat. Das Informationssystem soll den bisherigen Internet-Marktplatz „Schleswig-Holstein Forum“ in privater Trägerschaft ausbauen. Über „schleswig-holstein.de“ wird die Internet-Nutzung sowie die kostenlose Einrichtung einer Email-Adresse und einer Homepage angeboten. Die Landesregierung erwartet aus diesem Projekt einen bedeutenden Impuls für die IuK-Wirtschaft, für die ökonomische Nutzung der elektronischen Netze und für die Online-Aktivitäten der Bevölkerung in Schleswig-Holstein.

Technologietransfer im Hochschulbereich

Der Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft wurde 1999 durch diverse Aktivitäten weiter entwickelt:

- Zwischen der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU) und drei Meeresforschungseinrichtungen ist eine Vereinbarung zur Gründung eines **Zentrums für angewandte Meereswissenschaften** (ZAM) geschlossen worden. Das Zentrum soll die Zusammenarbeit zwischen maritimen wissenschaftlichen Einrichtungen und Wirtschaftsunternehmen auf dem Gebiet der Meeresforschung optimieren.
- Die **Wissenschafts- und Technologiepark Lübeck GmbH** (WTP) wurde von den Gesellschaftern Hansestadt Lübeck, Industrie- und Handelskammer zu Lübeck, Medizinische Universität zu Lübeck und Fachhochschule Lübeck gegründet. Sie soll die Innovations- und Wirtschaftskraft in der Region Lübeck insbesondere durch die Förderung von Existenzgründungen und durch Ansiedlung technologieorientierter Firmen stärken.

An der CAU zu Kiel begannen im Rahmen der Initiative für eine Jobbörse die Vorbereitungen für die erste multidisziplinäre Firmenkontaktmesse **contacts**, die im Mai 2000 stattfindet. Sie soll ein Forum für Begegnungen zwischen Studierenden und Unternehmensvertreterinnen und -vertretern schaffen, um Netzwerke für Berufseinstieg, Praktika, Abschlussarbeiten und Wissenstransfer zwischen Universität und Berufspraxis zu schaffen.



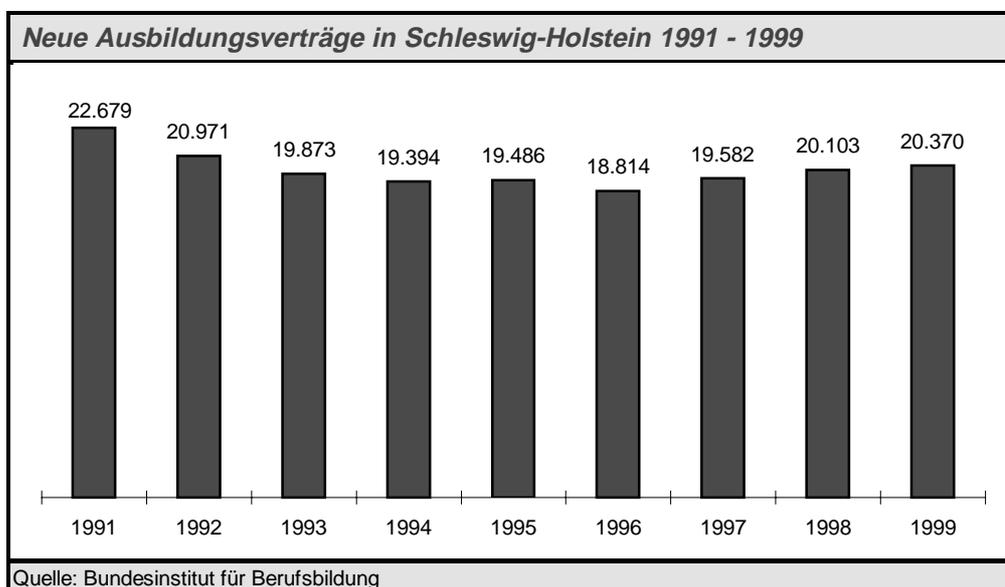
*Neues Technologie- und Gründerzentrum:
Das ZET - Zentrum für Energie und Technik
in Rendsburg (Modell)*

Berufliche Qualifizierung, Aus- und Weiterbildung

Ausbildungsplatzsituation

1999

Die Ausbildungsplatzbilanz 1999 war positiv. Der Aufwärtstrend der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge hat sich fortgesetzt. In Schleswig-Holstein wurden 20.370 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen, das entspricht einem Plus von 1,3 Prozent.



Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Schleswig-Holstein nach Wirtschaftsbereichen

Bereiche	September 1999	September 1998	Veränderungen gegenüber 1998	
			absolut	in Prozent
1. Industrie und Handel	9.490	8.664	826	9,5
2. Handwerk	7.375	7.620	-245	-3,2
3. Freie Berufe	1.967 *)	2.121	-154 *)	-7,3
4. Agrarwirtschaft	681	713	-32	-4,5
5. Öffentlicher Dienst	605	622	-17	-2,7
6. Hauswirtschaft	222 *)	338	-116 *)	-34,3
7. Seeschifffahrt	30	25	5	20,0
Schleswig-Holstein insgesamt	20.370	20.103	267	1,3

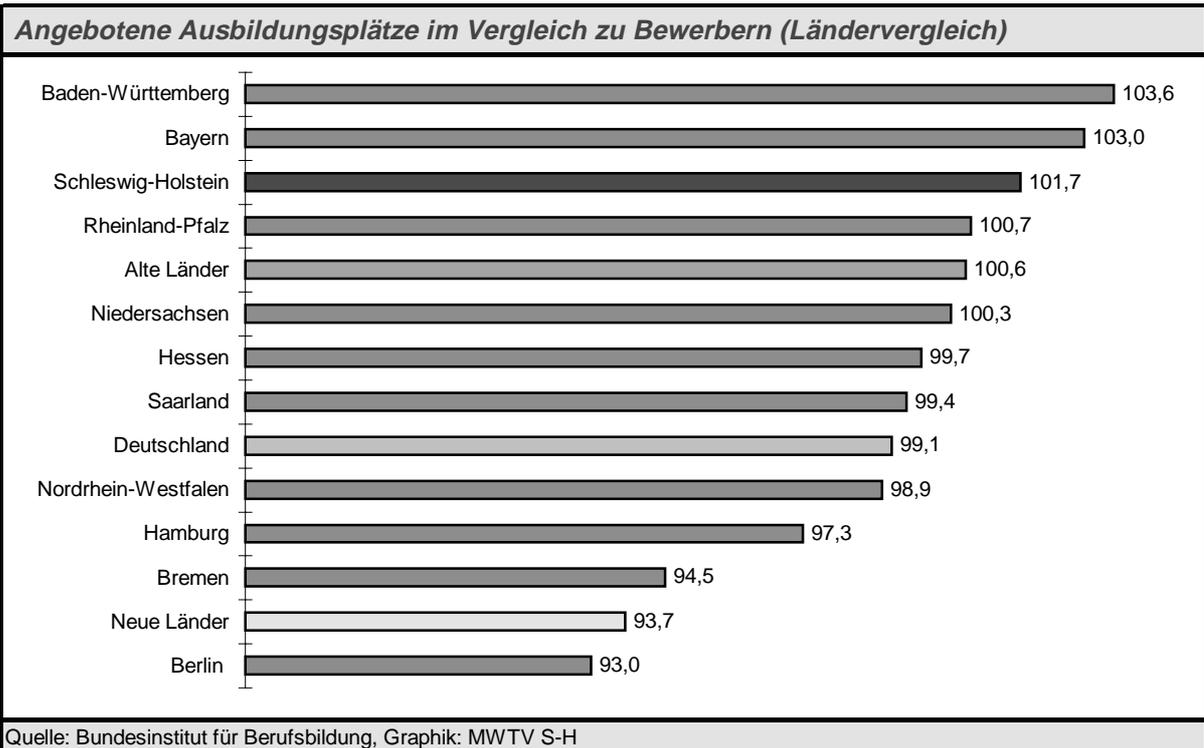
Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung

*) Der Rückgang beruht im Wesentlichen auf einer Umstellung im statistischen Verfahren.

Das Gesamtangebot an Ausbildungsplätzen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 2 Prozent auf 21.214. Dem stand eine Gesamtnachfrage von 20.864 Bewerbern (plus 1 Prozent) gegenüber. Ende September 1999 suchten noch 494 Jugendliche einen Ausbildungsplatz, 844 Ausbildungsstellen waren noch nicht besetzt. Damit war die Ausbildungsplatzsituation trotz weiterhin gestiegener Zahl der Schulabgänger der allgemeinbildenden Schulen rechnerisch ausgeglichen. Im Bundesvergleich liegt Schleswig-Holstein weiterhin im Spitzenfeld.

fürte **Kongreß 'ZeitSprung'** informierte über Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten.

- Neben haupt- und nebenamtlichen **Lehrstellenakquisiteuren** der Kammern haben die Arbeitsverwaltung und Persönlichkeiten aus der Wirtschaft um Ausbildungsplätze geworben.
- Die Einrichtung von **Ausbildungsplätzen in neuen Berufen**, insbesondere in der Informationstechnik (**IT-Berufe**) und in Medienberufen, wurde verstärkt. Unter Berücksichtigung, dass sich neue Berufe



Bündnis für Ausbildung '99

Die Berufsbildungspolitik der Landesregierung setzt auf den Konsens mit der Wirtschaft, den Kammern, Verbänden, Gewerkschaften und der Arbeitsverwaltung. Das seit Jahren bewährte **Bündnis für Ausbildung**, getragen von den genannten Institutionen, hat auch 1999 zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze im dualen System beigetragen.

Maßnahmen des Bündnisses für Ausbildung '99

- Die Bündnispartner haben über Betriebskontakte, Beratungs- und Informationsgespräche sowie Berufsinformationsbörsen verstärkt **Ausbildungsplätze akquiriert**. Der von der Landesregierung durchge-

erst einmal etablieren müssen, hat sich das Angebot in den IT-Berufen rasant entwickelt. Die Zahl der neu eingetragenen Ausbildungsverhältnisse hat sich von 1998 auf 1999 von 148 auf 234 erhöht.

- Aus dem **Programm der Landesregierung** zur Verbesserung der Ausbildungs- und Beschäftigungssituation wurden zahlreiche Ausbildungsplätze in der Verbundausbildung, bei Betrieben mit ausländischen Inhaberinnen und Inhabern sowie in Betrieben geschaffen, die Ausbildungsabbrecherinnen und -abbrecher aufgenommen haben.
- Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur und die Bundesanstalt für Arbeit (vertreten durch das Landesarbeitsamt Nord) haben eine neue Vereinbarung über die **Zusammen-**

arbeit von Schule und Berufsberatung im Land Schleswig-Holstein abgeschlossen.

- Die Wirtschaftsminister- und Kultusministerkonferenz haben gemeinsam Eckpunkte zur **Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit** beschlossen, die Grundlage weiterer Gespräche mit den Sozialpartnern auf Bundesebene sein werden.
- Auf Landesebene wurden verschiedene Maßnahmen zur **Verbesserung der Ausbildungsreife** durchgeführt: Betriebs- und Wirtschaftspraktika, Werkstattunterricht, Aufbau einer Internet-Ausbildungs- und Praktikantendatei, Durchführung von Orientierungsarbeiten an der Hauptschule, Angebote zur beruflichen Orientierung durch die Arbeitsämter.
- Auf einer gemeinsam vom Wirtschafts- und Bildungsministerium veranstalteten **Fachtagung zur Lernortkooperation** wurden sieben erfolgreiche **Modelle der Lernortkooperation** zwischen ausbildenden Handwerksbetrieben, überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen und Berufsschulen präsentiert. Weitere Modellprojekte sind in Vorbereitung.
- Das Handwerk hat für die laufende Finanzierung der **überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung** zusätzlich 1 Million Mark an Zuschüssen erhalten.

Weiterbildung

Das Weiterbildungskonzept liegt vor

Weiterbildung ist die vierte Säule im Bildungssystem. Im Hinblick auf Teilnehmerszahlen und Aufwendungen ist Weiterbildung heute der größte Bildungsbereich. Im **Weiterbildungskonzept der Landesregierung** werden erstmals über Ressortgrenzen hinweg alle Weiterbildungsbereiche dargestellt und mittelfristige Entwicklungsziele beschrieben. Die Weiterbildung muss schnell und flexibel auf Veränderungen in der Arbeitswelt und Wissensgesellschaft reagieren, sie darf nicht starr und festgeschrieben werden. Deshalb soll das Konzept stetig überarbeitet und weiterentwickelt werden. Der Vorteil der Weiterbildung ist ihre hohe Beweglichkeit. Das System kann auf neue Probleme schnell reagieren. Die Weiterbildung ist gekennzeichnet von Offenheit, Pluralität und Freiwilligkeit, von Autonomie und Vielfalt. Diese Stärken gilt es auszubauen.

Ein wesentlicher Punkt im Konzept ist die Verbesserung der Weiterbildungsinfrastruktur durch die Initiierung der **regionalen Weiterbildungsverbände**. Mittlerweile gibt es in Schleswig-Holstein flächendeckend 10 regionale Verbände. Diese haben folgende Aufgaben:

- **Verbesserung von Information und Beratung in der Weiterbildung**
Durch bessere Information soll sowohl kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) als auch den interessierten Bürgerinnen und Bürgern der Weiterbildungsmarkt transparenter gemacht werden. Insbesondere KMU benötigen bei ihren Weiterbildungsbemühungen qualifizierte Beratung, um wettbewerbsfähig zu bleiben.
- **Mehr Kooperation und Koordination der Weiterbildungsträger**
Die Weiterbildungsinformation und -beratung sowie die Kooperation der Weiterbildungsinstitutionen ist eine weitere Aufgabe der regionalen Weiterbildungsverbände. Durch Einbindung in regionale Strukturen sollen Angebot und Qualität der Weiterbildung bedarfsgerecht entwickelt und vorhandene Ressourcen effektiver genutzt werden. Die Weiterbildungsverbände sind die regionalen Integrationsforen. Sie sind die Experten vor Ort und vertiefen den Dialog mit der regionalen Beschäftigungs- und Strukturpolitik.
- **Mehr Qualität durch Weiterentwicklung von Qualitätsstandards**
Die im Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetz (BFQG) als Voraussetzung für die staatliche Anerkennung von Weiterbildungsträgern definierten Qualitätsnormen wurden dynamisch weiterentwickelt. Hierzu haben die *Kommission Weiterbildung*⁸ und die regionalen Weiterbildungseinrichtungen ihren Erfahrungsaustausch intensiviert. In der Fachtagung „Qualität in der Weiterbildung“ am 13. Januar 2000 in Rendsburg diskutierten Experten über Fragen der Qualitätssicherung.

Qualitätsstandards werden immer bedeutsamer. Zur Zeit sind in Schleswig-Holstein 40 Träger und 35 Einrichtungen der Weiterbildung staatlich anerkannt. Die

⁸ Die Kommission Weiterbildung setzt sich insbesondere zusammen aus Vertreterinnen und Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, der Aus- und Weiterbildungsstätten, der Kommunen und der Arbeitsverwaltung. Sie berät die Landesregierung in Fragen der Weiterbildung.

nach dem BFQG vorgesehene staatliche Anerkennung von einzelnen Veranstaltungen und Seminaren hat ebenfalls zunehmende Tendenz. In den Jahren 1998 und 1999 wurden jeweils rund 3.500 Veranstaltungen anerkannt. 1998 nahmen 77.000 Personen, darunter 29.500 Frauen, an anerkannten Veranstaltungen teil. 7.871 Beschäftigte nahmen dabei ihren gesetzlichen Anspruch auf Bildungsfreistellung wahr. Über die Durchführung des BFQG hat die Landesregierung dem Schleswig-Holsteinischen Landtag einen Bericht vorgelegt. Eine Übersicht der Bildungsfreistellungsangebote gibt es jetzt auch im Internet⁹.

Schleswig-Holstein verfügt über ein flächendeckendes Netz von **Trägern und Einrichtungen der Weiterbildung und Berufsbildungsstätten**. Die Landesregierung förderte Bau, Ausstattung und Modernisierung der Berufsbildungsstätten im Jahr 1999 mit Investitionszuschüssen in Höhe von 12,7 Millionen Mark. Im Rahmen des Zukunftsprogramms *Arbeit, Bildung, Innovation* sind weitere 3,11 Millionen Mark für die Ausstattung von Berufsbildungsstätten und Volkshochschulen mit neuen Informations- und Kommunikationstechnologien bewilligt worden.

Die Landesregierung unterstützt die Weiterbildung bestimmter Zielgruppen mit flankierenden Programmen. Ein Beispiel ist das **Programm Weiterbildungsmaßnahmen zum beruflichen Wiedereinstieg für Frauen**, das seit 1993 mit Erfolg durchgeführt wird. Das flächendeckende Kursangebot richtet sich an Frauen, die nach einer längerfristigen, häufig familienbedingten Berufsunterbrechung wieder in das Erwerbsleben zurückkehren möchten. 1998 fanden 45 Kurse an 35 Orten mit 500 Teilnehmerinnen statt. Fast zwei Drittel der Teilnehmerinnen haben ein halbes Jahr nach Beendigung der Maßnahme eine Arbeit, Ausbildung, Fortbildung oder Umschulung aufgenommen.

Fortbildung im Rahmen des MeisterBAföG

Nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) wurden im Berichtsjahr 1.495 Anträge auf Förderung von Fortbildungen zum Meister/zur Meisterin oder zum Fachwirt/zur Fachwirtin gestellt. Das Land hat für die Durchführung des Gesetzes 2,46 Millionen Mark - Bundesmittel eingeschlossen - zur Verfügung gestellt.

⁹ unter <http://www.schleswig-holstein.de/landsh/mwvtv/bildungsfreistellung/>

Verkehrspolitik für Schleswig-Holstein

Europäische Verkehrspolitik

Die Europäische Union hat im Rahmen der Verkehrsministerratsitzung Ende 1999 die Weichen für mehr Liberalisierung im Bereich des **Eisenbahngüterverkehrs** gestellt. Der grenzüberschreitende Eisenbahngüterverkehr wird für den Wettbewerb auf dem **Transeuropäischen Güterschienennetz** geöffnet. Eine Einigung über dieses Netz, das die Hauptstrecken sowie den Zugang zu bedeutenden Häfen und Terminals einschließt, ist ebenfalls erzielt worden. Bei der Erhebung von **Trassenpreisen für die Eisenbahninfrastruktur** hat die Bundesrepublik Deutschland durchgesetzt, dass über die von der Europäischen Union verfolgten Grenzkostenpreise Zuschläge bis zur Vollkostendeckung möglich sein werden. Schleswig-Holstein hat diese Linie der Bundesregierung unterstützt. Die formelle Verabschiedung der entsprechenden Richtlinien zum gesamten **Eisenbahninfrastrukturpaket** soll im Jahr 2000 erfolgen.

Die Arbeiten an der Fortschreibung der Leitlinien für den Aufbau eines **transeuropäischen Verkehrsnetzes** wurden zu Beginn des Jahres 2000 wieder aufgenommen.

Die Beratungen zur **Richtlinie über Schiffsabfälle und Ladungsrückstände**, die für Schleswig-Holstein von besonderer Bedeutung ist, wurden fortgesetzt mit dem Ziel, diese noch im Jahr 2000 auf den Weg zu bringen. Schleswig-Holstein setzt sich gemeinsam mit den Ostseeanrainerstaaten für eine feste Abfallgebühr ein, unabhängig davon, ob Abfälle abgegeben werden oder nicht.

Feste Fehmarnbeltquerung

Im Frühjahr und Herbst 1999 wurden die Ergebnisse der 1995 von Dänemark und Deutschland vergebenen umfangreichen technischen, wirtschaftlichen und umweltbezogenen Untersuchungen zu einer möglichen festen Fehmarnbeltquerung vorgelegt. Aufgrund der großen Bedeutung des Projektes

für das Land Schleswig-Holstein und seine Zukunftsperspektiven wurde nach umfassender Information der Öffentlichkeit und Auswertung der Gutachten ein breit angelegter Dialog mit allen Beteiligten im Lande und besonders in der Region durchgeführt. Dazu gehörten Fachgespräche zu Schwerpunktthemen und Regionalkonferenzen.

Die Landesregierung hat nach Abwägung aller Effekte dieses Projektes am 14. Dezember 1999 ein positives Votum gegenüber der Bundesregierung beschlossen. Sie sprach sich insbesondere mit Blick auf die Nutzung beschäftigungspolitischer, wirtschaftlicher, verkehrlicher und strukturpolitischer Chancen für eine feste Verbindung über den Fehmarnbelt aus. Gleichzeitig hat sie die Notwendigkeit hervorgehoben, im weiteren Verfahren vertiefte und detaillierte Untersuchungen einschließlich eines weiter entwickelten Fährschiffkonzeptes durchzuführen.

Eine politische Grundsatzentscheidung der Regierungen in Kopenhagen und Berlin wird im Sommer 2000 erwartet.

Integriertes Güterverkehrskonzept

Die Landesregierung hat im Juni 1999 ein integriertes Güterverkehrskonzept verabschiedet. Gemeinsam mit allen am Güterverkehr beteiligten Akteuren ist damit erstmalig für ein Bundesland ein verkehrsträgerübergreifendes Konzept erarbeitet worden. Danach werden in Schleswig-Holstein im Güternah- und -fernverkehr über Land rund 135 Millionen Tonnen Güter bewegt. Davon sind 50 Prozent reine Transitverkehre und rund ein Drittel Verkehre innerhalb des Landes. Die übrigen Verkehre haben Quelle oder Ziel in Schleswig-Holstein. Bis zum Jahr 2010 kann mit einem Güterverkehrsaufkommen von rund 173 Millionen Tonnen gerechnet werden (+ 30 Prozent gegenüber 1997). Aus dem Konzept soll sich in Schleswig-Holstein ein Prozess der Optimierung des Güterverkehrsgeschehens entwickeln. Im Jahr 2000 wird dazu als erster Schritt das **Forum Transport und Logistik** eingerichtet werden. Dem Forum sollen Akteure der verschiedenen Sparten des Güterverkehrs angehören.

Schienenwege

Wichtige Schienenverkehrsprojekte in

Schleswig-Holstein

- **Ausbau der AKN-Eisenbahnstrecke**
Auf der Achse zwischen Kaltenkirchen und Hamburg-Eidelstedt sind die Bauarbeiten für den zweigleisigen Ausbau im Abschnitt zwischen Ulzburg-Süd und Kaltenkirchen fortgesetzt worden. Sie sollen zur Mitte des Jahres 2000 abgeschlossen sein. Im Anschluss daran soll mit der Tieferlegung des Bahnhofes Kaltenkirchen und der Beseitigung von zwei hochfrequentierten Bahnübergängen im Nahbereich des Bahnhofes begonnen werden.
- **Elektrifizierung der Ausbaustrecke Hamburg - Lübeck**
Die Elektrifizierung der Teilstrecke Hamburg - Lübeck ist Vorlaufprojekt für die im Bundesverkehrswegeplan als länderübergreifendes Projekt ausgewiesene Ausbaustrecke Hamburg - Kopenhagen. Sie ist für die Verbesserung des Regionalverkehrs zwischen Hamburg und Lübeck sowie zur Stärkung der Kooperation der Häfen Hamburg und Lübeck unbedingt erforderlich. Nach dem Abschluss eines Finanzierungsvertrages über die Planungskosten zwischen dem Land Schleswig-Holstein und der DB Netz AG wurde Anfang des Jahres 2000 mit den Planungsarbeiten begonnen. Die Bauarbeiten können nach Aufnahme der Maßnahme in den Bedarfsplan des Bundes - frühestens ab 2003 - aufgenommen werden.
- **Beseitigung des Schienenengpasses auf der Strecke Pinneberg - Elmshorn**
Der zweigleisige Abschnitt Pinneberg - Elmshorn stellt einen gravierenden Engpass in der Schieneninfrastruktur des norddeutschen Raumes dar. Die Engpasssituation wird sich nach Öffnung der festen Öresundquerung durch Verkehrszuwächse aus Skandinavien weiter verstärken. Deshalb setzt sich die Landesregierung für eine zügige Durchführung der Maßnahmen zur Beseitigung des Engpasses ein. Die Einleitung des Planfeststellungsverfahrens für den Umbau des Bahnhofes Elmshorn ist für Anfang 2000 vorgesehen, mit dem Bau soll noch in 2001 begonnen werden. Zur endgültigen Beseitigung des Engpasses soll ab 2003 die verschränkte Dreigleisigkeit realisiert werden.

- **Ausbau der Bahnstrecke Lübeck/ Hagenow-Land - Rostock - Stralsund**

Für die Teilstrecke Lübeck - Herrnburg (Landesgrenze) des Verkehrsprojektes Deutsche Einheit Nr. 1 laufen zur Zeit die Bauarbeiten. Die Inbetriebnahme dieser Teilstrecke ist im Sommer 2000 zu erwarten. Eine Elektrifizierung dieses Abschnittes erfolgt zunächst nicht. Voraussetzung für den elektrischen Lückenschluss zwischen Lübeck und Bad Kleinen ist die Elektrifizierung der Strecke Hamburg - Lübeck.

Knotenuntersuchung Hamburg

Die im Jahr 1994 zwischen dem Bund, den Ländern Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen und der Deutschen Bahn AG vereinbarte Untersuchung erfolgt in drei Stufen.

Stufe 1:

Die Schwachstellenanalyse ist fertiggestellt; kleine Maßnahmen wurden bereits umgesetzt.

Stufe 2:

Eine umfassende Knotenuntersuchung nach neuester Methode ist durch die Deutsche Bahn AG in Auftrag gegeben worden. Endgültige Ergebnisse werden Anfang des Jahres 2000 erwartet.

Stufe 3:

Die Ergebnisse der Knotenuntersuchung (Stufe 2) sollen mit den Erkenntnissen aus den Studien zur Verkehrsnachfrage und Machbarkeit einer möglichen festen Fehmarnbelt-Querung verknüpft werden.

Straßeninfrastruktur

Die Planung und Realisierung der Bundesautobahn A 20 hat auch im vergangenen Jahr große Fortschritte gemacht.

Der erste Streckenabschnitt südlich von Lübeck von der Bundesautobahn A 1 bis zur Landesstraße L 92 wird bis Ende 2001 fertiggestellt sein. Zur Zeit ist für den landesüberschreitenden Abschnitt von der L 92 bis zur Landesgrenze nach Mecklenburg-Vorpommern das Planfeststellungsverfahren anhängig. Ziel ist die Inbetriebnahme dieses zweiten Streckenabschnittes der A 20 bis Ende 2003.

Für die westliche Fortführung der A 20 (Abschnitte 3 bis 5) bis in den Raum Segeberg sind die Voruntersuchungen abgeschlossen, so dass die förmliche Linienbestimmung durch den Bundesminister für

Verkehr, Bau und Wohnungswesen erfolgen kann. Für den Abschnitt 3 der A 20 von der A 1 bis zur B 206 bei Geschendorf werden zur Zeit die parzellenscharfen Entwurfsunterlagen erarbeitet, die als Grundlage für das förmliche Planfeststellungsverfahren dienen.

Die Machbarkeit der Nordwestumfahrung Hamburgs im Zuge der A 20 wurde für verschiedene Trassenkorridore in der **Verkehrswirtschaftlichen Untersuchung A 20** belegt. Die Gutachter plädieren für die hamburgnahe Lösung (Variante III), weil sie die Elbröhren in Hamburg (BAB A 7) am meisten entlastet.

Am 2. März 1999 hat sich die Landesregierung erneut für eine Weiterführung der Autobahn A 20 von Lübeck mit einer Nord-West-Umfahrung von Hamburg und einer neuen Elbquerung mit Anschluss in Niedersachsen ausgesprochen. Die Landesregierung hat in ihrer Entschließung bekräftigt, dass

- in Übereinstimmung mit der fraktionsübergreifenden Entschließung des Schleswig-Holsteinischen Landtages vom 23. Februar 1995 eine Elbquerung bei Glückstadt politische Priorität hat,
- es Ziel ist, die A 20 einschließlich Elbquerung zügig zu realisieren und
- aus Gründen der Planungssicherheit keine Variante frühzeitig ausgeschieden werden darf.

Für den weiteren Verlauf der A 20 - Westumfahrung mit Elbquerung - ist Ende April 1999 in Abstimmung mit Niedersachsen der Auftrag zur weiteren Eingrenzung der potenziellen Trassenkorridore vergeben worden. Als nächste Planungsschritte erfolgen die straßenbautechnische Trassierung sowie der Variantenvergleich. Die Aufträge hierfür wurden Ende Januar 2000 erteilt.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

ÖPNV auf der Schiene

Die Verantwortung für den **Schiennenahverkehr** (SPNV) liegt seit 1996 beim Land Schleswig-Holstein.

Wichtige Maßnahmen im Jahre 1999 zur Verbesserung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV)

- In den Zügen des Nahverkehrs wurde erstmals eine **kostenlose Fahrradmitnahme** außerhalb der Hauptverkehrszeiten angeboten. An den Wochenenden wurden hierfür Sonderzüge eingesetzt. Aufgrund des Erfolges dieser Maßnahme wird das Angebot im Jahr 2000 fortgesetzt.
- **Einführung des ½-Stunden-Taktes** zwischen Kiel und Preetz sowie zwischen Eutin und Lübeck.
- **Aufnahme Taktverkehr** zwischen Barmstedt und Ulzburg.
- **Modernisierung von Haltepunkten und Bahnhöfen**
Die Landesregierung hat 1999 eine Bestandsaufnahme der Situation an allen Zugangsstellen des SPNV in Auftrag gegeben. Auf der Grundlage dieser Erhebung sollen unter Bereitstellung von Fördermitteln des Landes Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung der Stationen und damit des gesamten ÖPNV festgelegt werden. Ausstattungen für Mobilitätsbehinderte werden dabei besonders berücksichtigt.
- **Verbesserung des Fahrzeugmaterials**
Für eine attraktive Beförderung der Fahrgäste hat das Land mit der Deutschen Bahn AG einen Vertrag über das Redesign von 122 *Silberlingen* mit einem Gesamtvolumen von rund 75 Millionen Mark geschlossen. Das Land beteiligt sich daran mit 56 Millionen Mark.
Mit dem Umbau der Wagen wurde 1999 begonnen. Nach Abschluß im Jahr 2000 werden fast alle in Schleswig-Holstein eingesetzten Wagen modernisiert sein. Wegen der begrenzten Laufzeit von etwa 10 Jahren werden jetzt bereits die Gespräche mit der Industrie über eine neue Fahrzeuggeneration aufgenommen.
- **Wiedereröffnung von Strecken** für den Schienenpersonennahverkehr: 1999 wurden Vorbereitungen zur Wiedereröffnung der Strecke Neumünster - Bad Segeberg fortgeführt.
- **Ausschreibungen und Vergabe von Nahverkehrsleistungen** im Schienenpersonennahverkehr: Im Jahr 1999 wurden die Strecken Heide - Büsum und Neu-

münster - Bad Oldesloe ausgeschrieben. Die Vergabe der Verkehrsleistungen wird im April 2000 erfolgen. Als Betriebsbeginn ist für die Strecke Heide - Büsum der November 2000 und für die Strecke Neumünster - Bad Oldesloe der Fahrplanwechsel im Dezember 2001 - vorbehaltlich der Reaktivierung der Strecke - vorgesehen.

Übriger ÖPNV

Für den übrigen ÖPNV, im wesentlichen also den **Busverkehr**, sind in Schleswig-Holstein die Kreise und kreisfreien Städte verantwortlich.

Folgende Maßnahmen sollen die Attraktivität des ÖPNV erhöhen:

- **Verbundkonzept Bahn und Bus:** Vernetzung des Fern- und Regionalschienerverkehrs mit dem Busverkehr;
- Umsetzung der Ergebnisse einer **Marktforschungsstudie** zum ÖPNV in Schleswig-Holstein;
- Ausbau der **landesweiten Fahrplanauskunft Scout** mit anschließender Einbindung in die deutschlandweite Fahrplaninformation (DELFI);
- Erarbeitung eines **Landesweiten Tarifkonzeptes**. Ziel ist eine kundenfreundliche Harmonisierung der Tarife in allen Landesteilen und für alle Verkehrsmittel des ÖPNV.
- **Stärkung des Verbundcharakters:** Im Jahr 2000 startet der Tarifverbund Flensburg/Schleswig-Flensburg.

Im Rahmen der Qualitätsoffensive für den **ÖPNV** (Bus und Bahn) sind im Jahr 1999 Fördermittel von insgesamt 447 Millionen Mark in den öffentlichen Personennahverkehr in Schleswig-Holstein geflossen.

Schifffahrtspolitik

Die deutsche Seeschifffahrt hat wegen ihrer im internationalen Vergleich hohen Steuern und Personalkosten nach wie vor Wettbewerbsprobleme, insbesondere vor dem Hintergrund heftiger Ertragseinbrüche bei den Frachtraten auf dem Schifffahrtsmarkt.

Das einvernehmlich von Bundestag und Bundesrat verabschiedete schifffahrtspoliti-

sche Maßnahmenpaket Tonnagesteuer, Lohnsteuereinbehalt, neue Schiffsbesetzungsverordnung und Schiffssicherheitsanpassung wird seit Sommer 1999 umgesetzt.

Nach 2-jähriger Laufzeit soll die Schiffsbesetzungsverordnung im Jahr 2000 daraufhin überprüft werden, ob sie sich zur Beschäftigungssicherung deutscher Seeleute bewährt hat. Gleichzeitig wird die „Ausbildungs- und Beschäftigungsinitiative für die Seeschifffahrt“, die Bund, Küstenländer und Tarifvertragsparteien ausgerufen haben, mit konkreten Maßnahmen vorangebracht.

Wegfall des Tax-Free-Handels

Die Landesregierung hat unmittelbar nach Bekanntgabe der negativen Entscheidung aus Brüssel den Dialog sowohl mit der betroffenen Wirtschaft - hier insbesondere Reedereien - als auch mit den Regionen und Standorten im Lande aufgenommen, um das Ausmaß der wirtschaftlichen Folgen der Abschaffung des Duty-Free-Handels zu analysieren und mögliche Kompensationsmaßnahmen zu prüfen.

Den Vertretern der betroffenen Bereiche wurde Hilfestellung durch das Wirtschaftsministerium zugesichert. Ein zentraler Ansprechpartner im Ministerium wurde eingesetzt, um Anfragen aus dem Bereich der Duty-Free-Problematik zu koordinieren. Im Infrastrukturbereich verfolgt und unterstützt die Landesregierung verschiedene Projektideen zur Kompensation negativer Folgen aufgrund des Wegfalls des Duty-Free-Handels.

Es kann jedoch die vorläufige Bilanz gezogen werden, dass die arbeitsmarktbezogenen Auswirkungen des Wegfalls des Duty-Free-Handels für Schleswig-Holstein bisher hinter den prognostizierten Zahlen zurückgeblieben sind. Gleichwohl mussten die großen Fährhäfen Lübeck, Kiel und Puttgarden im Jahresbeginn 1999 spürbare Rückgänge bei den Passagierzahlen und bei den Hafengebühren hinnehmen. Gleiches gilt für die kleineren Häfen, die auf die Ausflugschifffahrt angewiesen sind. Das Jahr 2000 wird zeigen, in welchem Umfang alternative Ausflugsangebote realisierbar sind.

Entwicklung der Häfen

Im Februar 1999 haben sich der Bund und die norddeutschen Küstenländer auf ein Maßnahmenpaket zur Stärkung und Siche-

rung der deutschen Häfen im europäischen Wettbewerb geeinigt. Auf Initiative Schleswig-Holsteins hat die Küstenwirtschaftsministerkonferenz in Kiel die **Gemeinsame Plattform für eine deutsche Seehafenpolitik** beschlossen. Damit liegt erstmalig ein gemeinsamer verkehrspolitischer Handlungsrahmen zur Weiterentwicklung und Sicherung der norddeutschen Hafenstandorte im europäischen Wettbewerb vor. Zur Vermeidung eines unlauteren Wettbewerbs werden gemeinschaftliche Beihilferichtlinien innerhalb der Europäischen Union gefordert. Mit diesem Einstieg in eine neue deutsche Hafenpolitik werden die norddeutschen Seehäfen aufgewertet und zukunftssicher gemacht. Die privatwirtschaftliche Kooperation der Häfen untereinander unterstützen Bund und Länder durch den Ausbau der Hinterlandanbindungen und die Förderung von Forschung und neuen Technologien. In der anstehenden Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes werden die Ausbauerfordernisse, insbesondere der Hinterlandanbindungen der Seehäfen, einen besonderen Stellenwert erhalten. Um die Attraktivität der deutschen Häfen zu verbessern, sollen auch die staatlich beeinflussten Kosten und Entgelte, wie zum Beispiel Lotskosten, wettbewerbsorientiert gestaltet werden.

In der **Hafenpolitik des Landes** wurden zwei richtungsweisende Entscheidungen getroffen,

- der Verkauf der **landeseigenen Hafengruppe Brunsbüttel** an die langjährige Betriebsgesellschaft, die Hafengesellschaft Brunsbüttel GmbH, zum 1. Dezember 1999 und
- der Verkauf des Landeshafens **Dagebüll**, der zum 1. Januar 2000 auf eine kommunale Träger- und Betreibergesellschaft überführt wurde.

Der **Seehafen Kiel** hat 1999 ein wirtschaftlich schwieriges Jahr durchlaufen:

- Verlust von über 700.000 Passagieren (minus 34 Prozent), insbesondere durch den Wegfall von Duty-free-Verkehren,
- Umschlagsrückgang um 530.000 Tonnen auf 4,14 Millionen Tonnen (minus 11,4 Prozent), insbesondere durch die Wirtschaftskrise in Rußland.

Allerdings zeichnete sich im letzten Quartal des abgelaufenen Jahres eine leichte Erholung auch im Osteuropageschäft ab. Um dem gleichwohl prognostizierten Güterumschlagszuwachs im Ostseeverkehrsmarkt begegnen zu können, baut Kiel den **Ostuferrhafen** aus. Der Startschuss konnte noch vor dem Jahreswechsel gegeben werden. Das Land unterstützt diese wichtige Hafeninvestition mit Mitteln bis zu knapp 30 Millionen Mark aus dem Europäischen Strukturfonds und der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur. Die **Häfen der Hansestadt Lübeck** konnten erstmals in 1999 die magische Grenze von 25 Millionen Tonnen-Umschlag überschreiten (plus 1,4 Prozent). Mit einem Marktanteil von rund 40 Prozent am Seehafenumschlag aller deutscher Ostseehäfen baute Lübeck seine Stellung als größter deutscher Ostseehafen weiter aus.

In einem Positionspapier zum Hafenstandort Lübeck haben sich die Hansestadt und die regionale Wirtschaft für gemeinsame Anstrengungen zum wettbewerbsstärkenden Ausbau des Hafens ausgesprochen. In diesem Zusammenhang ist ein Güterverkehrszentrum für alle am Gütertransport beteiligten Verkehrsträger See- und Binnenschifffahrt, Schiene und Straße vorgesehen. Das Land begrüßt das verabredete Vorgehen und hält eine Förderung der erforderlichen Erschließungs- und Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen des Regionalprogramms 2000 für denkbar. Dabei geht es um die Erweiterung und Modernisierung vorhandener Anlagen wie den Skandinavienkai, die Erschließung neuer Hafenteile sowie um die verkehrliche Verknüpfung der Häfen durch eine Ertüchtigung der Hafenbahn. Abgerundet werden die Pläne durch die Erschließung weiterer Gewerbegebiete für hafenauffine Betriebe und Logistikdienstleister und einen Terminal für den kombinierten Verkehr, für den der Bund Fördermittel bewilligt hat. Die Gesamtplanung geht auf den Lübecker Hafenentwicklungsplan zurück, der Investitionen in Infra- und Suprastruktur von einer Milliarde Mark bis 2010 vorsieht.

Auf der **Vogelfluglinie** sieht sich die Betreibergesellschaft, die Scandlines AG, verstärktem Wettbewerberdruck ausgesetzt, nachdem das Bundeskartellamt in einer noch nicht rechtskräftigen Entscheidung den Rahmen für eine Mitbenutzung des Fährhafens in Puttgarden durch Dritte gesetzt hat.

An der **Westküste** hat die Landesregierung den Ausbau kommunaler Hafeneinrichtungen zur Versorgung der Inseln und Halligen weiterhin unterstützt. Dazu gehören der Inselhafen Tammensiel auf Pellworm und der Halliganleger auf Gröde.

Luftverkehr

Die Linienverbindungen von **Kiel-Holtenau** nach Köln/Bonn, Frankfurt und Nürnberg über Berlin haben sich weiterhin positiv entwickelt. Nach dem Umzug der Bundesregierung nach Berlin wurde aufgrund der gestiegenen Nachfrage ein zusätzlicher Abflugtermin für dieses Ziel eingerichtet. Die Gesellschafter der Kieler Flughafengesellschaft (KFG), das Land Schleswig-Holstein und die Landeshauptstadt Kiel, prüfen, ob das Flughafengelände vom Bund erworben werden sollte. Hierzu wurden Gespräche mit dem Bund geführt und es wird zurzeit ein Bewertungsgutachten erstellt.

Der Charterverkehr in **Lübeck** hat sich weiterhin gut entwickelt. Im Hinblick auf die geplante Erweiterung der Abfertigung für Passagiere und Frachtbetrieb werden vielversprechende Verhandlungen über weitere Linien- und Frachtverbindungen geführt. Im Juni 2000 ist die Aufnahme einer Fluglinienverbindung von Lübeck-Blankensee nach London-Stanstedt geplant.

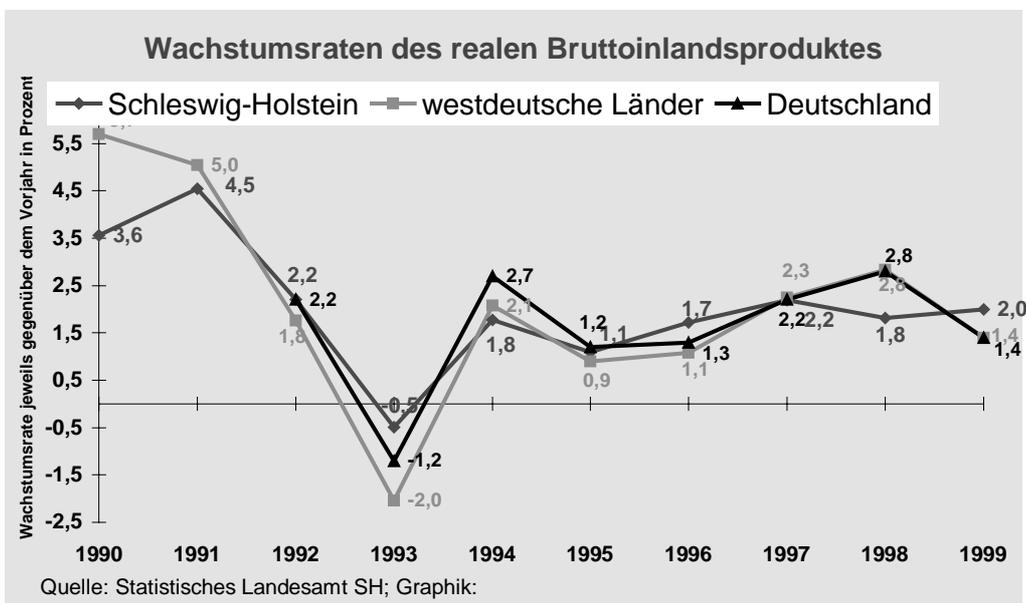
Der Umfang des Luftverkehrs nach **Westerland** ist geblieben. Die umliegenden Gemeinden haben 1999 das Flughafengelände vom Bund erworben.

Entwicklung der schleswig-holsteinischen Wirtschaft im Zeitraum von 1990 bis 1999 - Eine Zehnjahresbilanz

Wirtschaftswachstum von 1990 bis 1999

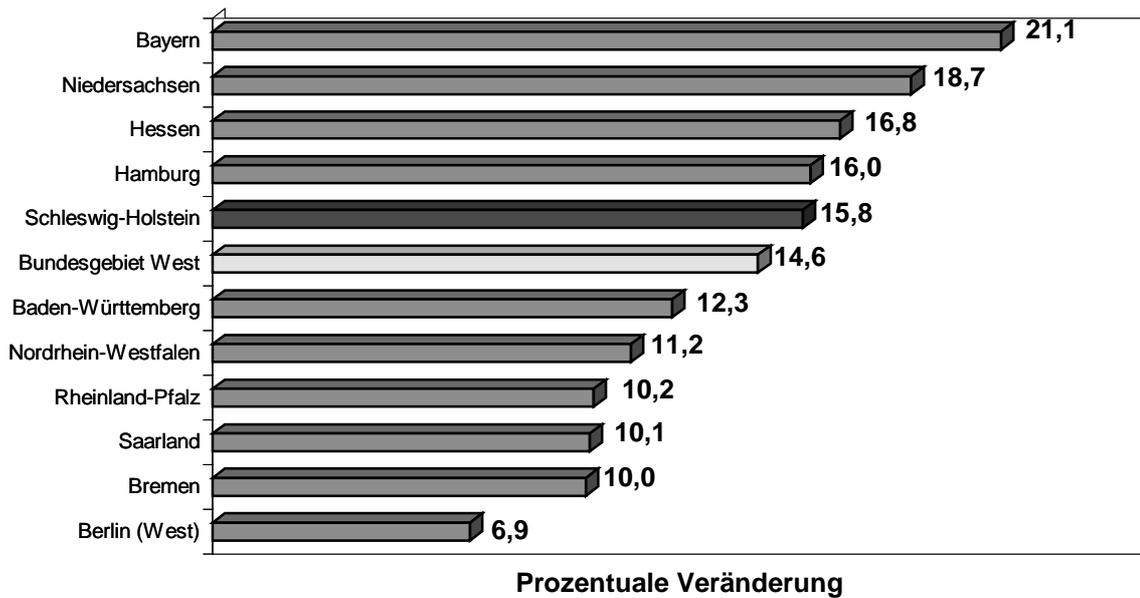
Betrachtet man die jährlichen Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsproduktes im Zeitraum von 1990 bis 1999, ist zu beobachten, dass die schleswig-holsteinische Entwicklung weitgehend synchron zum Bundestrend verlief. Auffällig hierbei ist allerdings, dass sich konjunkturelle Schwankungen auf Schleswig-Holstein weniger stark auswirkten. So ist beispielsweise der Einbruch der Wachstumsraten im Jahr 1993 in Schleswig-Holstein mit -0,5 Prozent nicht so ausgeprägt, wie er es im Durchschnitt der westdeutschen Länder (-2,0 Prozent) war. Gegen Ende des Beobachtungszeitraumes ist

eine Abkopplung Schleswig-Holsteins vom Bundestrend zu beobachten. Im Jahr 1998 lag das schleswig-holsteinische Wirtschaftswachstum mit 1,8 Prozent um einen Prozentpunkt unterhalb des Bundesdurchschnitts. Ursache war die Entwicklung in bestimmten Boom-Branchen anderer Länder, beispielsweise der Automobilindustrie. Für das Jahr 1999 ist hingegen, wie im Wirtschaftsbericht 2000 dargestellt, eine positive Abweichung zu verzeichnen. Insgesamt ist das reale BIP in Schleswig-Holstein im Vergleich der Jahre 1990 und 1998¹⁰ um 15,8 Prozent angewachsen. Schleswig-Holstein liegt damit im Ländervergleich nach Bayern, Niedersachsen, Hessen und Hamburg auf dem fünften Rang.



¹⁰ Die Veränderungsrate 1999 gegenüber 1990 konnte nicht berechnet werden, da zum Redaktionsschluss für Schleswig-Holstein keine absoluten Zahlen veröffentlicht waren.

**Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes (in Preisen von 1991)
im Vergleich der Jahre 1998 gegenüber 1990**



(Quelle: Statistisches Landesamt SH)

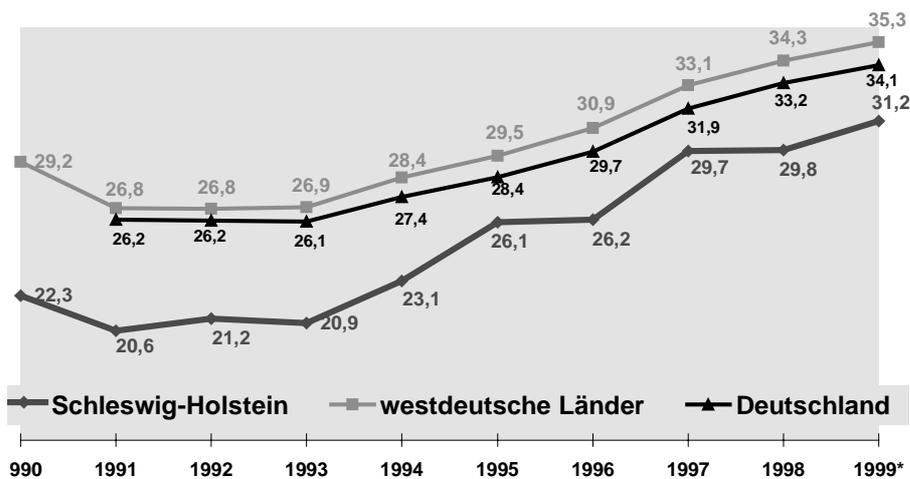
Wachstumsmotor Export

Ein Blick auf die Entwicklung der Exportquote, also den Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe, verdeutlicht den Integrationsprozess, den die schleswig-holsteinische Wirtschaft in das System der globalen Märkte vollzogen hat. Lag die Exportquote 1990 in Schleswig-Holstein mit 22,3 Prozent noch um fast sieben Prozentpunkte unter der entsprechen-

Überschreiten der 30-Prozent-Marke symbolisiert die zunehmende Exportorientierung der schleswig-holsteinischen Wirtschaft.

Die außenwirtschaftlichen Verflechtungen ermöglichen es den schleswig-holsteinischen Unternehmen, sich teilweise von binnenkonjunkturellen Schwankungen abzukoppeln, was eine gleichmäßigere wirtschaftliche Entwicklung impliziert.

Entwicklung der Exportquoten in den Jahren 1990 bis 1999



Beschäftigungsentwicklung von 1991 bis 1999

Als wichtiger Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung dient die Arbeitslosenquote, die den Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen misst.

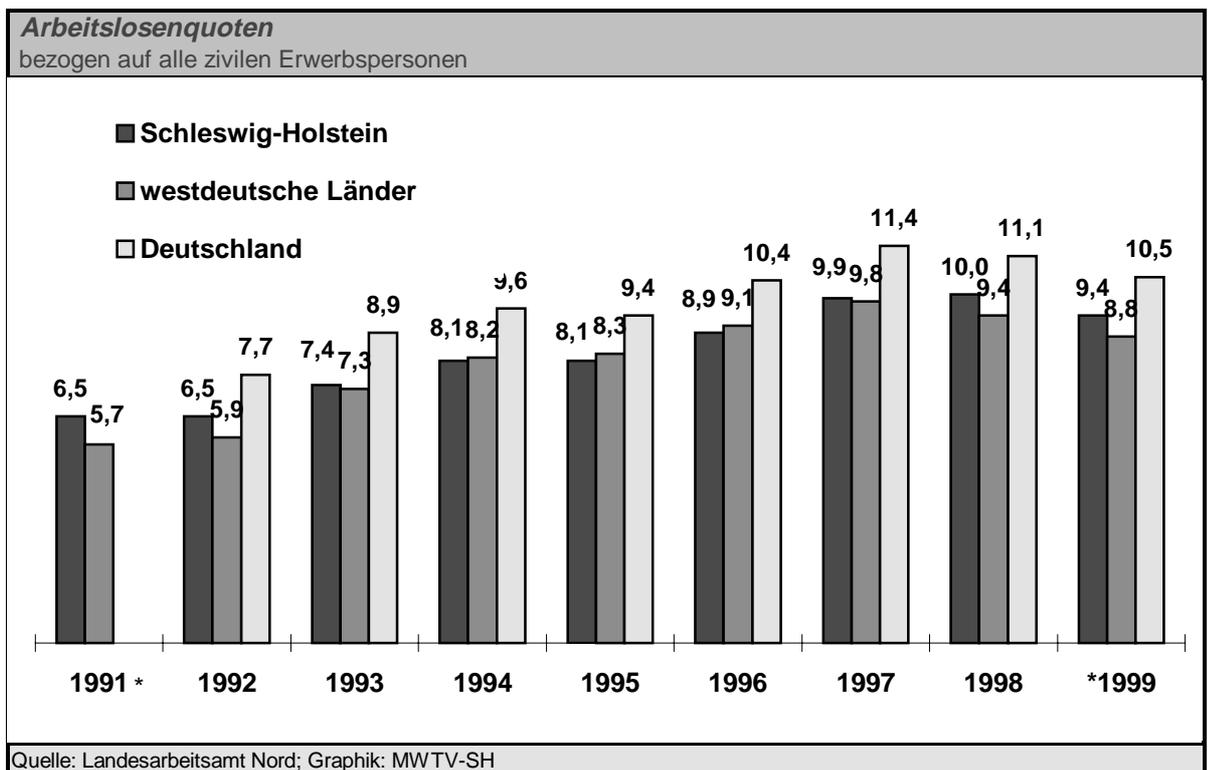
Nachdem die Arbeitslosenquote in Schleswig-Holstein (im Zuge der Wiedervereinigung) in den Jahren 1991 und 1992 ein erfreulich niedriges Niveau von

den Quote der westdeutschen Länder, so betrug die Differenz der Exportquoten im Jahr 1999 mit 31,2 Prozent für Schleswig-Holstein und 35,3 Prozent für Westdeutschland nur etwa vier Prozentpunkte. Das erstmalige

6,5 Prozent erreichte, erfolgte anschließend - analog dem Bundestrend - eine kontinuierliche Zunahme der Quote auf 10,0 Prozent im Jahr 1998. Allerdings könnte die Reduktion

auf 9,4 Prozent im Jahr 1999 die Einleitung eines positiven Trends begründen.

In den letzten neun Jahren lag die Arbeitslosenquote in Schleswig-Holstein deutlich unterhalb der Quote der anderen norddeutschen Länder Hamburg, Niedersachsen und Bremen. Von 1994 bis 1996 unterschritt die Arbeitslosenquote Schleswig-Holsteins sogar das Bundesniveau.



* Daten für Deutschland liegen für 1991 nicht vor.

Weiterhin ist positiv anzumerken, dass in den letzten zehn Jahren in Schleswig-Holstein fast 25.300 (oder plus 3,2 Prozent) neue Arbeitsplätze entstanden sind¹¹, während im Durchschnitt der westdeutschen Länder die Anzahl der Arbeitsplätze um über 71.000 oder 0,3 Prozent zurückging. Dies lässt sich deutlich an den Wachstumsraten der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahresdurchschnitt ablesen. Hier war die Wachstumsrate in Schleswig-Holstein im Vergleich der Jahre 1988 und 1998 mit 7,8 Prozent fast doppelt so hoch wie im Durchschnitt der westdeutschen Länder (4,1 Prozent).

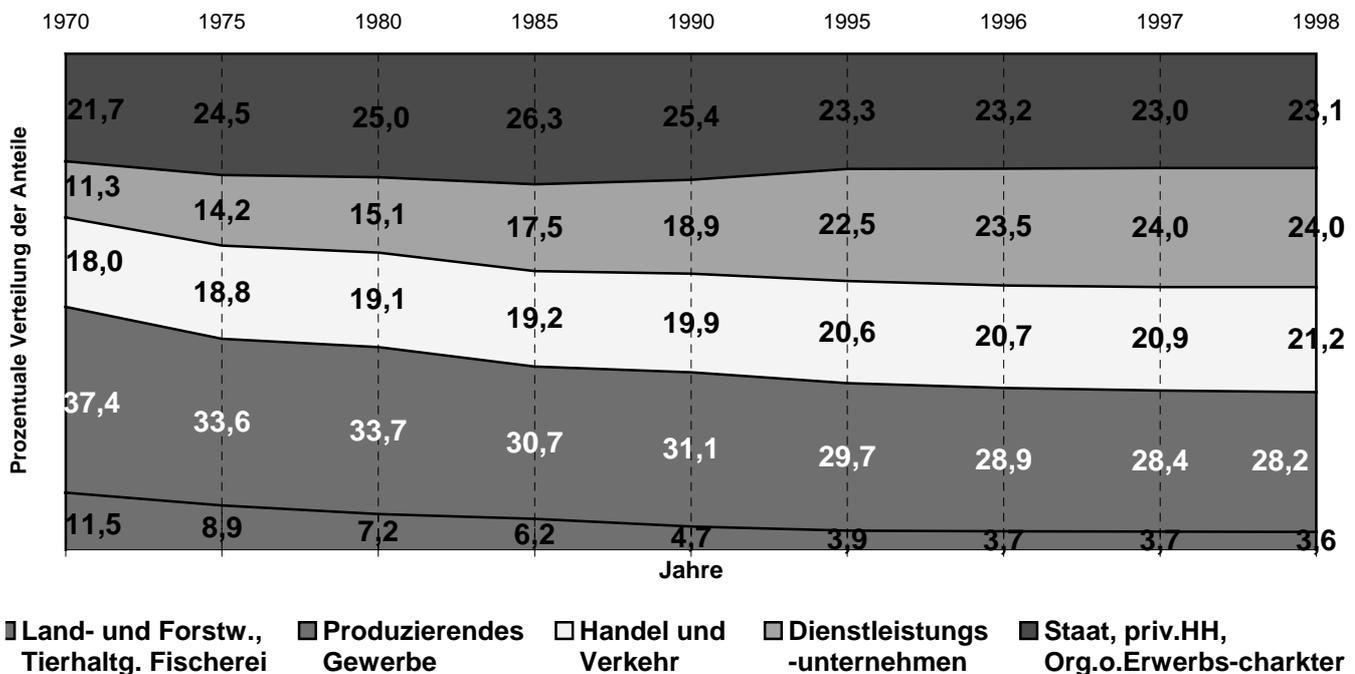
¹¹ Gemessen an den Jahresdurchschnitten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Für das Jahr 1999 liegt nur der Stand vom 30.06.1999 vor.

Struktureller Wandel

Der Trend zur Dienstleistungsgesellschaft zeichnet sich deutlich ab. So waren es die Bereiche Dienstleistungen sowie Handel und Verkehr, die im Zeitraum von 1990 bis 1998 ihren Anteil an der Erwerbstätigenzahl spürbar ausweiten konnten. Waren 1990 noch 38,8 Prozent aller schleswig-holsteinischen Erwerbstätigen in diesen Bereichen beschäftigt, so ist deren Anteil im Jahr 1998 auf 45,2 Prozent angewachsen. Bezieht man den Bereich Staat sowie die privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbsscharakter in die Betrachtung ein, betrug deren Gesamtanteil 1990 noch 64,3 Prozent aller Erwerbstätigen, im Jahr 1998 bereits 68,2 Prozent. Die gesamte Anzahl der Erwerbstätigen in diesen drei Wirtschaftsbereichen stieg im Beobachtungszeitraum von 685.000 Personen im Jahr 1990 auf 719.000 Erwerbstätige im Jahr 1998 an.

Noch deutlicher wird die Entwicklung bei der Betrachtung einer längeren Zeitschiene. Die nachfolgende Graphik umfasst daher den Zeitraum 1970 bis 1998.

**Erwerbstätige nach den fünf Wirtschaftsbereichen in Schleswig-Holstein
von 1970 - 1998 (Ergebnisse lt. VGR)**

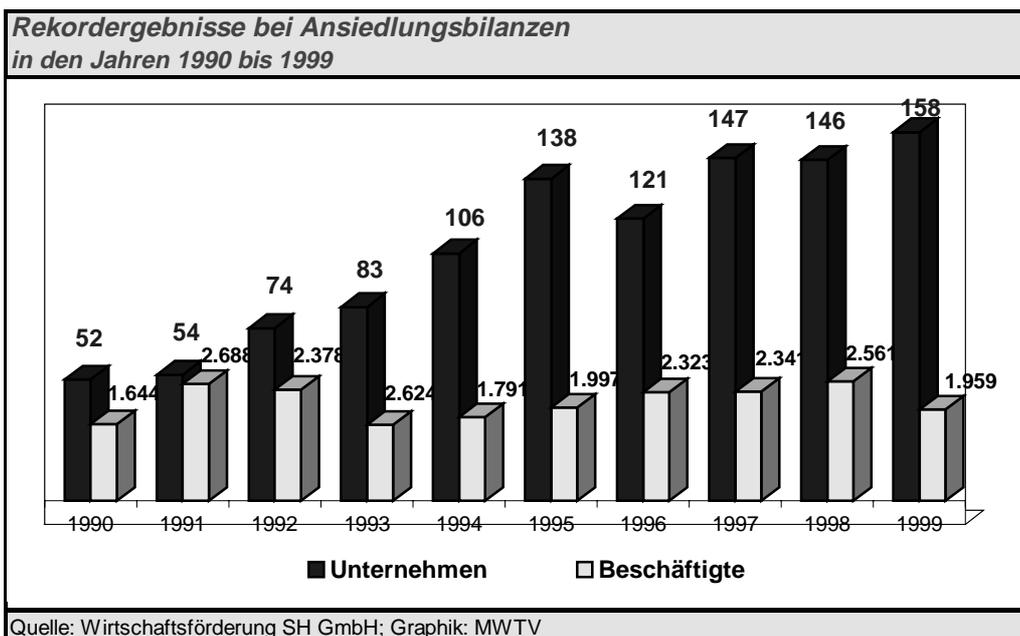


Ansiedlungserfolge

In den letzten Jahren wurden in Schleswig-Holstein beachtliche Erfolge bei der Ansiedlung neuer Unternehmen sowie bei der damit verbundenen Schaffung neuer Arbeitsplätze erzielt. Die Institutionen der Wirtschaftsförderung konnten eine fast kontinuierliche Steigerung bei den Unternehmensansiedlungen von 52 neu angesiedelten Unternehmen im Jahr 1990 auf 158 neu angesiedelte Unternehmen im Jahr 1999 verzeichnen.

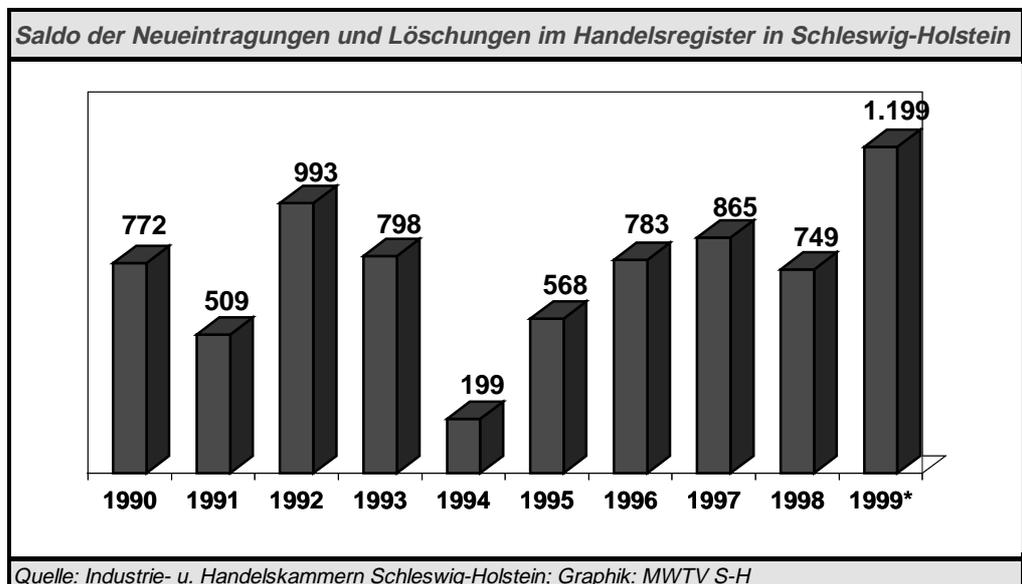
Die Zahl der hierdurch neu geschaffenen Arbeitsplätze entwickelte sich ebenfalls äußerst positiv. Nach 1.644 neuen Arbeitsplätzen im Jahr 1990 folgten in den Jahren 1991 und 1992 wiedervereinigungsbedingte Spitzenwerte mit 2.688 bzw. 2.378 neuen Arbeitsplätzen pro Jahr. Während der Rezession im Jahre 1993 wurden immerhin noch 1.624 neue Arbeitsplätze durch erfolgreiche Ansiedlungen geschaffen. Im weiteren Verlauf der 90er Jahre kam es wieder zu einer positiven Entwicklung mit dem Höchstwert von 2.561 neu geschaffenen Arbeitsplätzen im Jahr 1998. In Jahr 1999 ging die Anzahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze auf 1.959 zurück, allerdings wurde gleichzeitig bei den Unternehmensansiedlungen ein Rekordergebnis von 158 neu angesiedelten Unternehmen erzielt.

Insgesamt entstanden damit durch Neuan-siedlungen im Zeitraum von 1990 bis 1999 21.306 neue Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein.



Positive Gründungsbilanz

Untersucht man den Saldo der Neueintragungen und Löschungen im Handelsregister, lässt sich feststellen, dass sich im Zeitraum von 1990 bis 1999 ein äußerst positives Gründungsklima in Schleswig-Holstein eingestellt hat. Im Jahr 1990 umfasste der landesweite Vergleich von Eintragungen und Löschungen im Handelsregister einen positiven Saldo von 772 Unternehmen. 1999 wurde mit einem Nettozuwachs von 1.199 Unternehmen ein Spitzenwert erreicht. Hieraus resultiert ein durchschnittlicher Saldo der Neueintragungen ins Handelsregister von fast 744 Neueintragungen pro Jahr in Schleswig-Holstein.



Schwerpunkte der Wirtschaftspolitik in der Legislaturperiode 2000 - 2005

Wachstum, Innovation und Beschäftigung:

Das sind die drei großen Ziele, die die Wirtschaftspolitik der schleswig-holsteinischen Landesregierung in der neuen Legislaturperiode bestimmen werden.

Wachstum:

Schleswig-Holstein soll auch in den nächsten Jahren überproportional am **Wirtschaftswachstum** in Deutschland teilhaben. Die Ausgangsbedingungen sind gut. Bundesregierung und Forschungsinstitute stimmen in ihren optimistischen Wachstumsprognosen überein. Das 1999 erzielte Spitzenergebnis in Schleswig-Holstein wird Maßstab und Zielmarke sein, die es erneut zu überspringen gilt. Angestrebt wird dabei eine auch unter Umweltgesichtspunkten dauerhaft nachhaltige Entwicklung.

Die wirtschaftsgeographische Lage Schleswig-Holsteins mitten in der dynamischen **Ostseeregion** wird die wirtschaftliche Entwicklung des Landes begünstigen. Ausgelöst auch durch die bevorstehende Osterweiterung der EU richtet sich zunehmend europäisches ökonomisches Interesse auf den Ostseeraum. Auf der Schnittstelle zwischen dem Nordosten Europas und dem EU-Binnenmarkt hat insbesondere die **Südliche Ostsee** die Chance, sich als Drehscheibe und gemeinsamer Wirtschaftsraum zu profilieren. Deshalb hat die Landesregierung gemeinsam mit Hamburg, dem Öresund-Komitee (Großraum Kopenhagen/Malmö) und Regionen in Süd-Dänemark das EU-geförderte **Projekt STRING** („South-Western Baltic Sea TransRegional Area - Inventing New Geography“) begonnen; Ziel ist die Erarbeitung eines transnationalen Entwicklungskonzepts, in dem die bestehenden gemeinsamen Potenziale und Ressourcen zu einer gemeinsamen Strategie zur Stärkung der Konkurrenzfähigkeit im beschleunigten

globalen Wettbewerb zusammengeführt werden sollen.

Mit ihrer **mittelstandsfreundlichen Wirtschaftspolitik** wird die Landesregierung die kleinen und mittleren Unternehmen im Lande auf ihrem Wachstumspfad flankieren. Denn: Der Mittelstand ist der Wachstumsmotor in Schleswig-Holstein. Zu den wichtigsten Aufgaben der Landesregierung gehört es deshalb, für die richtigen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen zu sorgen. Der Ausbau und die qualitative Verbesserung einer leistungsfähigen und zukunftsorientierten **wirtschaftsnahen Infrastruktur** wird im Mittelpunkt der Regionalpolitik stehen. Dabei wird es nicht nur um die Schaffung von Gewerbeflächen gehen. Die Schwerpunkte der Förderung werden zunehmend in den Bereich der weichen Infrastruktur, der Förderung von Technologie, Innovation und Qualifizierung verlagert. Das **Regionalprogramm 2000**, eine der drei Säulen der neuen Zukunftsinitiative „ziel“, ist das zentrale und schlagkräftige Förderinstrument zur Unterstützung des Strukturwandels und zur Verbesserung der Standortattraktivität. Von der effektiven Kombination von Finanzmitteln der Europäischen Union, des Bundes und des Landes werden die Regionen und die regionale Wirtschaft erheblich profitieren.

Zu den wachstumsfördernden Rahmenbedingungen gehört auch ein **wirtschaftsfreundliches Umfeld**. Umfragen beweisen: In Schleswig-Holstein herrscht seit vielen Jahren ein hervorragendes Wirtschaftsklima. Wo immer möglich, will die Landesregierung dieses Klima weiter verbessern. Der **Service für Unternehmen** wird ausgebaut. Unternehmen, die sich in Schleswig-Holstein ansiedeln wollen, erhalten künftig über ein Communication Center alle wichtigen Informationen bereits im ersten Anlauf. Mit Hilfe der modernen Informations- und Kommunikationstechnik wird das breitgefächerte **Förderinstrumentarium** noch enger verknüpft und transparenter gemacht. Das Wirtschaftsministerium, unterstützt durch die Wirtschaftsförder- und Finanzierungsinstitutionen, versteht sich als Dienstleistungs- und Serviceeinrichtung für die Wirtschaft. Überflüssige Bürokratie wird weiter abgebaut. Die Landesregierung ist fest entschlossen, ihre

dialogorientierte Wirtschaftspolitik fortzusetzen und lädt alle Akteure aus Kammern, Verbänden und Gewerkschaften zur Teilnahme am wirtschaftspolitischen Dialog ein.

Es sollen auch in Zukunft viele neue Unternehmen in Schleswig-Holstein entstehen. Schleswig-Holstein hat sich zu einem sehr erfolgreichen **Gründerland** entwickelt. Die Ansiedlungserfolge der letzten Jahre sollen erneut übertroffen werden. Die Existenzgründungsoffensive wird fortgesetzt. Die in den letzten Jahren entstandenen Technologie- und Gewerbezentren haben erfolgreich gearbeitet und einen erheblichen Anteil am Gründungsgeschehen im Land. Dieses Netz wird im Rahmen der regionalen Infrastrukturpolitik weiter qualitativ verbessert.

Die verkehrliche Erreichbarkeit ist für Unternehmen ein wesentlicher Standortfaktor. Der zukunftsorientierte Ausbau der **Verkehrsinfrastruktur** wird deshalb fortgesetzt. Autobahn A 20 mit Elbquerung, feste Fehmarnbeltquerung und Elektrifizierung der Bahnstrecke Hamburg-Lübeck sind dabei die drei wichtigsten Zukunfts- und Schlüsselprojekte.

Innovation:

Schleswig-Holstein wird das Herzstück einer **europäischen Technologie-Region** von Hamburg über Kopenhagen nach Malmö. Die hoch entwickelte technologische Infrastruktur wird konsequent dort weiter ausgebaut, wo neue technologische Entwicklungen neue, vorausschauende Maßnahmen auf der Angebotsseite erfordern oder wo sich auf der Nachfrageseite ein Bedarf ergibt. Ein wichtiger Bereich wird in diesem Zusammenhang die Biotechnologie sein, die im Dreiklang mit der Medizin- und Meerestechnik wichtige Impulse für den Technologiestandort Schleswig-Holstein bringen wird. Eine besondere Dynamik kann auch im Bereich der Ökotechnik erwartet werden.

Schleswig-Holstein soll zum **Internet-Land** werden. Die wirtschaftliche Nutzung des Internet, insbesondere durch kleine und mittlere Unternehmen, soll sich vom bundesdeutschen Durchschnitt deutlich abheben.

Ein Zukunftsprojekt für die Verbindung von Wirtschafts- und Bildungspolitik wird der geplante **Multimedia-Campus** sein. Hier werden Fach- und Führungskräfte herangebildet, die in den Branchen der Informations- und Kommunikationstechnik und der digitalen Medien gebraucht werden.

Keimzelle für innovative Ideen sind die kleinen und mittleren Unternehmen des Landes. Um ihre Innovationskraft zu stärken, wird das Netz des **Technologie-Transfers** zwischen den Unternehmen und der Wissenschaft und Forschung ausgebaut und noch dichter werden.

Beschäftigung:

Die Schaffung neuer, zukunftssicherer **Arbeitsplätze** ist und bleibt das oberste Ziel der Wirtschaftspolitik der Landesregierung. Bei der Erwerbstätigenentwicklung soll Schleswig-Holstein an der Spitze der deutschen Länder stehen. Der eingeschlagene Wachstumskurs wird dafür sorgen, dass die Arbeitslosigkeit spürbar zurückgeht. Besonders der **Dienstleistungssektor** birgt noch erhebliche Wachstums- und Beschäftigungspotenziale. Deshalb wird die Landesregierung ihre begonnene Dienstleistungsoffensive, zunächst schwerpunktmäßig im Bereich der Gesundheitswirtschaft, fortsetzen. Schleswig-Holstein soll zur Gesundheitsadresse Nummer 1 werden.

Viele neue Arbeitsplätze werden darüber hinaus vor allem in den technologieorientierten Zukunftsbranchen entstehen. Gleichzeitig bleiben die mittelständischen Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe und im Handwerk unverzichtbarer Motor für Beschäftigung und Ausbildung in Schleswig-Holstein sein.

Ausbildungs- und Qualifizierungspolitik wird ein wichtiger Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik bleiben. Ohne qualifizierte Ausbildung und lebenslange Weiterbildung ist die Lösung der Beschäftigungsproblematik nicht denkbar. Deshalb wird die Landesregierung auch weiterhin alles dafür tun, dass jede Schulabgängerin und jeder Schulabgänger einen qualifizierten Ausbildungsplatz erhält. Die Ausbildungsinhalte sind weiterzuentwickeln, besonders in den Informations- und Kommunikationstechniken. Die Förderung der Einrichtungen der Weiterbildung und Berufsbildungsstätten wird fortgesetzt.

Die Landesregierung verfolgt das Ziel, **Wirtschafts- und Strukturpolitik** mit **arbeitsmarktpolitischen Zielsetzungen** besonders auf der regionalen Ebene effektiv zu verknüpfen. Das erfolgreich laufende Modellprojekt für geringqualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Arbeitsmarktre-gion Elmshorn ist ein gutes und nachahmenswertes Beispiel.

Anlagen

1. Nominales Bruttoinlandsprodukt in Schleswig-Holstein und in Deutschland
2. Reales Bruttoinlandsprodukt in Schleswig-Holstein und in Deutschland
3. Graphiken: Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes
4. Sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer nach Wirtschaftsbereichen
- 5.1 Entwicklung der Arbeitslosenquoten
- 5.2 Entwicklung der Arbeitslosenquoten im Ländervergleich
6. Veränderung der Erwerbstätigkeit in den Ländern (Vorjahresvergleich)
7. Entwicklung wichtiger Wirtschaftszweige des Verarbeitenden Gewerbes
8. Daten zur wirtschaftlichen Lage in den fünf Planungsräumen Schleswig-Holsteins
9. Ergebnisse der wichtigsten einzelbetrieblichen Förderprogramme 1998
10. Entwicklung des Auslandsumsatzes und der Exportquote des Verarbeitenden Gewerbes
11. Der Außenhandel des Landes Schleswig-Holstein nach Ländergruppen
12. Der Außenhandel des Landes Schleswig-Holstein nach Warengruppen

Nominales Bruttoinlandsprodukt

Ministerium für Wirtschaft,
Technologie und Verkehr
des Landes Schleswig-Holstein



(in jeweiligen Preisen)

Jahr	Schleswig-Holstein		westdeutsche Länder	ostdeutsche Länder	Deutschland
	Mio. DM	Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent	Mio. DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent	
1980	52.396	7,1	1.472.040	6,0	-
1981	53.768	2,6	1.534.970	4,3	-
1982	55.124	2,5	1.588.090	3,5	-
1983	58.631	6,4	1.668.540	5,1	-
1984	62.144	6,0	1.750.890	4,9	-
1985	64.302	3,5	1.823.180	4,1	-
1986	69.411	7,9	1.925.290	5,6	-
1987	70.998	2,3	1.990.480	3,4	-
1988	75.051	5,7	2.095.980	5,3	-
1989	77.406	3,1	2.224.440	6,1	-
1990	83.585	8,0	2.426.000	9,1	-
1991	91.008	8,9	2.647.600	9,1	-
1992	96.959	6,5	2.813.000	6,2	28,9
1993	99.649	2,8	2.840.500	1,0	21,7
1994	103.801	4,2	2.962.100	4,3	13,3
1995	107.273	3,3	3.049.800	3,0	7,3
1996	110.423	2,9	3.112.300	2,0	4,6
1997	113.788	3,0	3.202.600	2,9	2,5
1998	117.067	2,9	3.329.000	3,9	1,8
1999*	-	3,0	-	2,4	1,9

1994 - 1997 Ergebnisse VGR der Länder; 3. Fortschreibung 1997; 1998 2. Fortschreibung 1998

Ab 1996 vorläufige Ergebnisse;

* Daten für 1999 wurden nach den Eu-einheitlichen ESVG 95 berechnet (ostdt. Länder ohne Berlin)

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein

Reales Bruttoinlandsprodukt



(in Preisen von 1991)

Jahr	Schleswig-Holstein		westdeutsche Länder	ostdeutsche Länder	Deutschland	
	Mio. DM	Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent	Mio. DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent		
1980	72.408	2,4	2.018.000	1,0	-	-
1981	71.378	-1,4	2.020.000	0,1	-	-
1982	70.216	-1,6	2.001.000	-0,9	-	-
1983	72.720	3,6	2.036.200	1,8	-	-
1984	75.880	4,3	2.093.500	2,8	-	-
1985	77.101	1,6	2.136.000	2,0	-	-
1986	81.571	5,8	2.186.100	2,3	-	-
1987	81.274	-0,4	2.218.400	1,5	-	-
1988	84.536	4,0	2.301.000	3,7	-	-
1989	84.049	-0,6	2.384.400	3,6	-	-
1990	87.048	3,6	2.520.400	5,7	-	-
1991	91.008	4,5	2.647.600	5,0	-	-
1992	93.017	2,2	2.694.300	1,8	7,8	2,2
1993	92.559	-0,5	2.639.100	-2,0	9,3	-1,2
1994	94.200	1,8	2.694.000	2,1	9,6	2,7
1995	95.227	1,1	2.718.200	0,9	4,4	1,2
1996	96.860	1,7	2.747.600	1,1	3,2	1,3
1997	98.982	2,2	2.809.500	2,3	1,7	2,2
1998	100.800	1,8	2.889.100	2,8	2,0	2,8
1999*	-	2,0	-	1,4	1,2	1,4

1994 - 1997 Ergebnisse lt. VGR der Länder; 3. Fortschreibung 1997; 1998 2. Fortschreibung 1998

ab 1996 vorläufige Ergebnisse

* Daten für 1999 wurden nach den Eu-einheitlichen ESG 95 berechnet (Ost: ohne Berlin; West in-u. exklusiv Berlin)

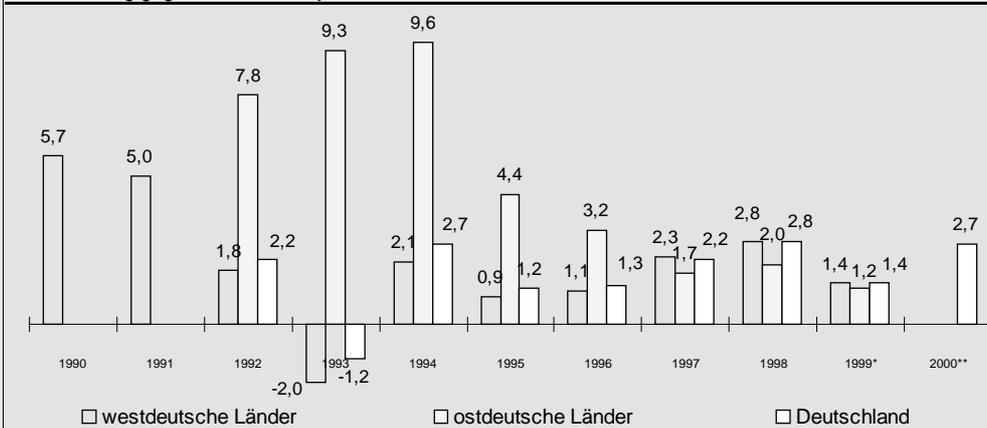
Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein

Reales Bruttoinlandsprodukt



Die Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes in Deutschland

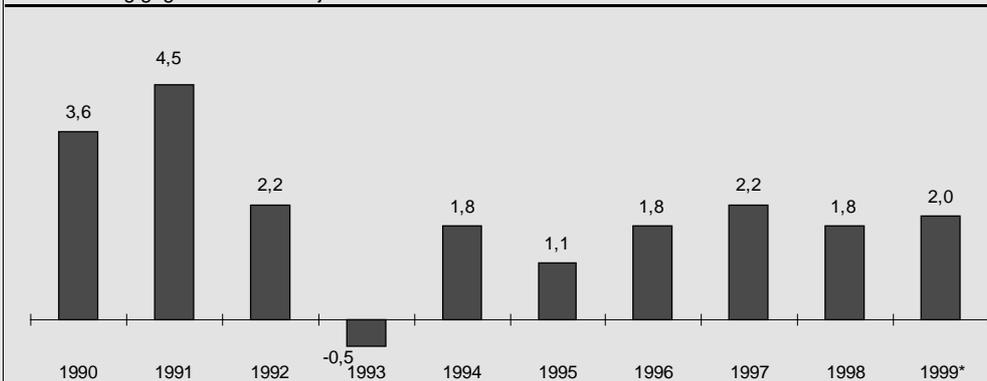
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent -



Quelle: Statistisches Landesamt SH; Statistisches Bundesamt; ab'99: in Preisen v. 1995, * Herbstgutachten '99

Die Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes in Schleswig-Holstein

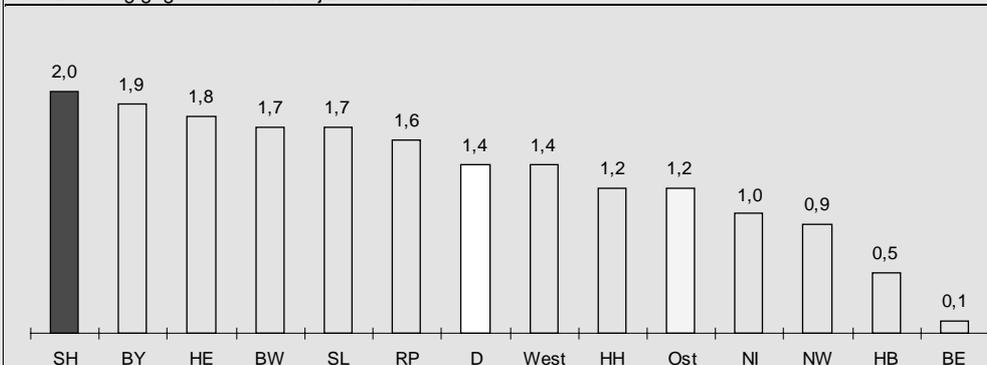
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent -



Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; 2. Fortschreibung 98; * ab 1999 nach ESVG in Preisen von 1995

Wachstum des realen Bruttoinlandsproduktes in den westdeutschen Ländern 1999

- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent -



Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; 1999 nach ESVG in Preisen von 1995



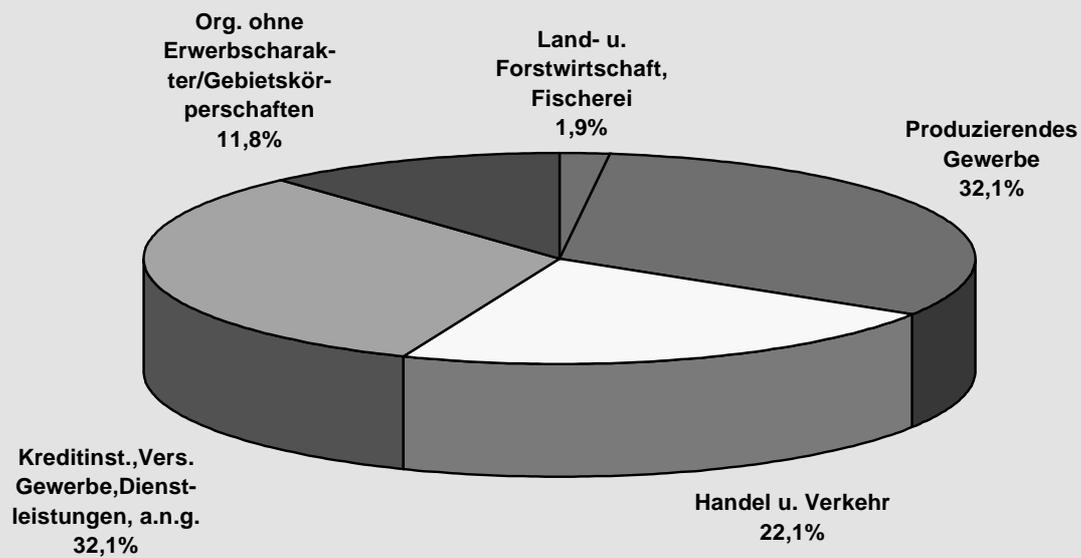
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Prozentanteil an den Bereichen am 31.03.1999

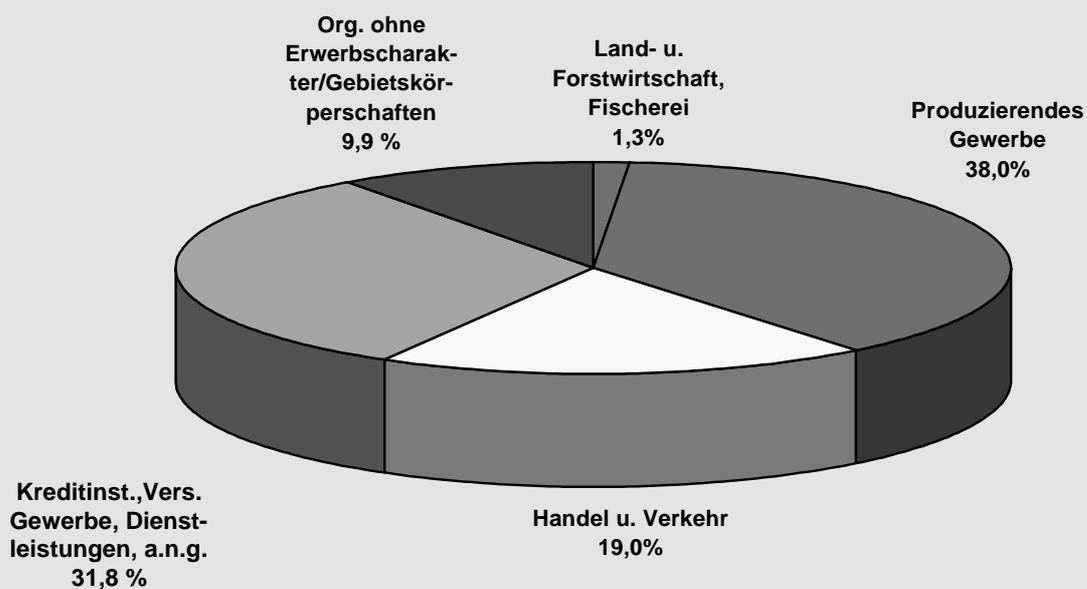
**Die sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer nach Wirtschaftsbereichen
am 30.10.1999**

(Ergebnisse der monatlichen Stichprobe)

Schleswig-Holstein



Deutschland



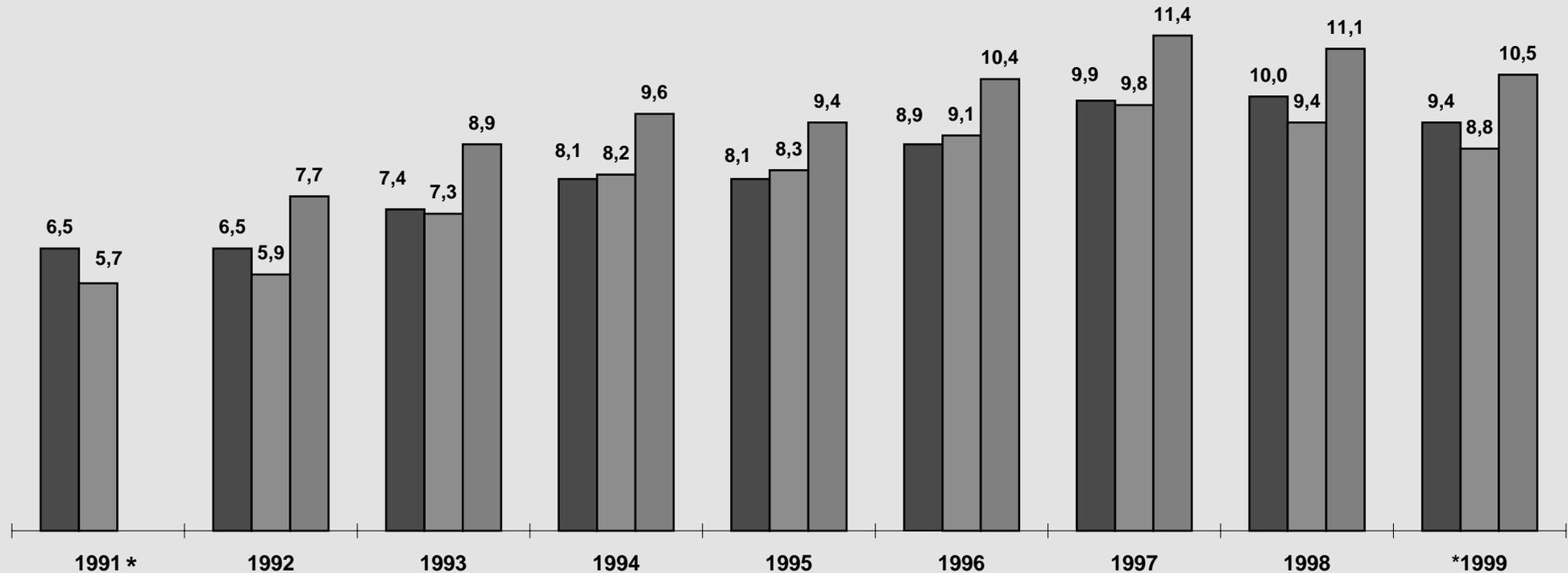
Quelle: Landesarbeitsamt Nord; Graphiken u. eigene Berechnungen: MWTV

Arbeitslosigkeit sinkt



Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen

- Schleswig-Holstein
- westdeutsche Länder
- Deutschland



Quelle: LAA-Nord, * 1999 vorläufiges Ergebnis

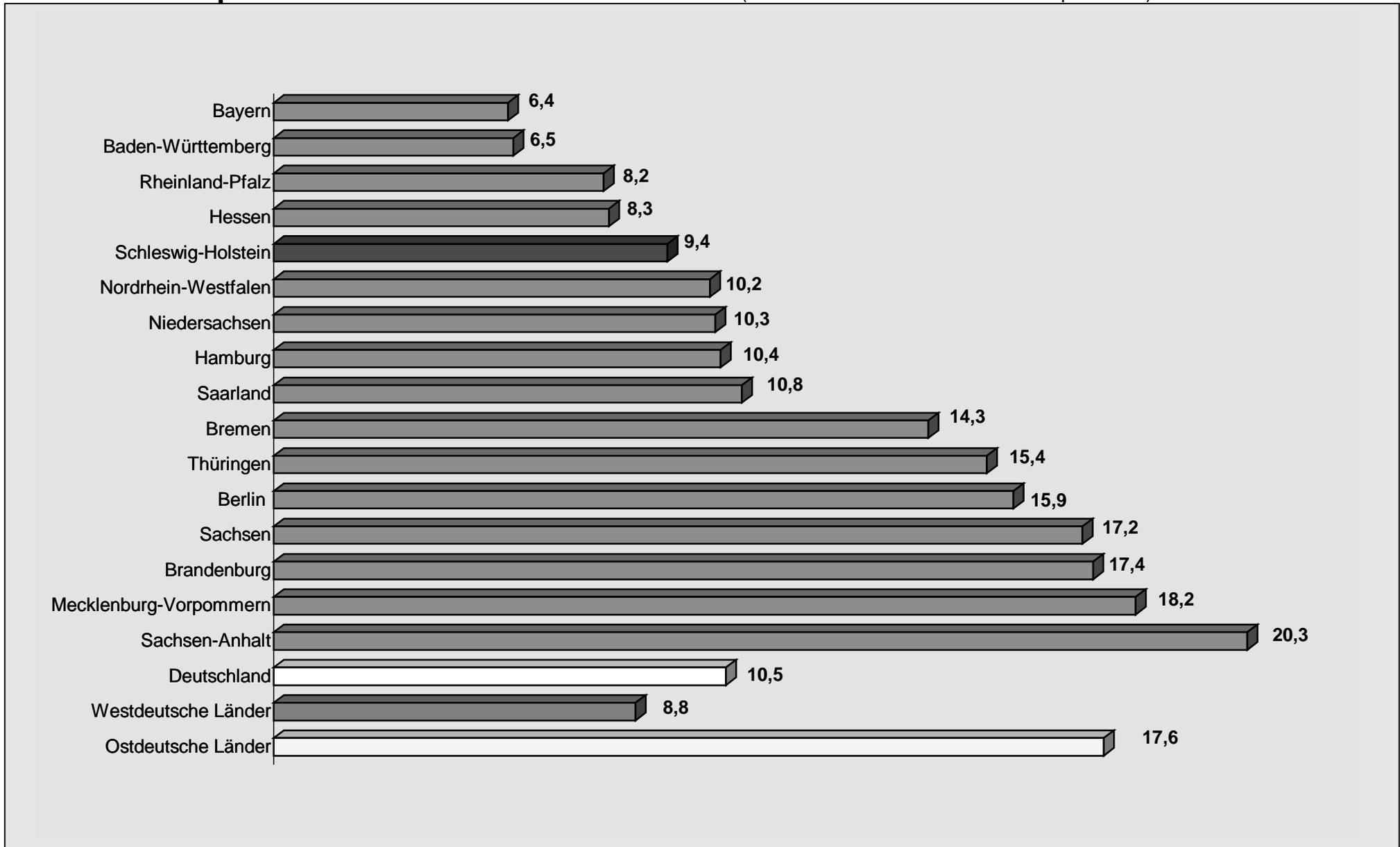
* Daten für Deutschland liegen für 1991 nicht vor.

Anlage 5.1

Arbeitslosenquoten im Ländervergleich



Arbeitslosenquoten im Jahresdurchschnitt 1999* (berechnet mit allen zivilen Erwerbspersonen)

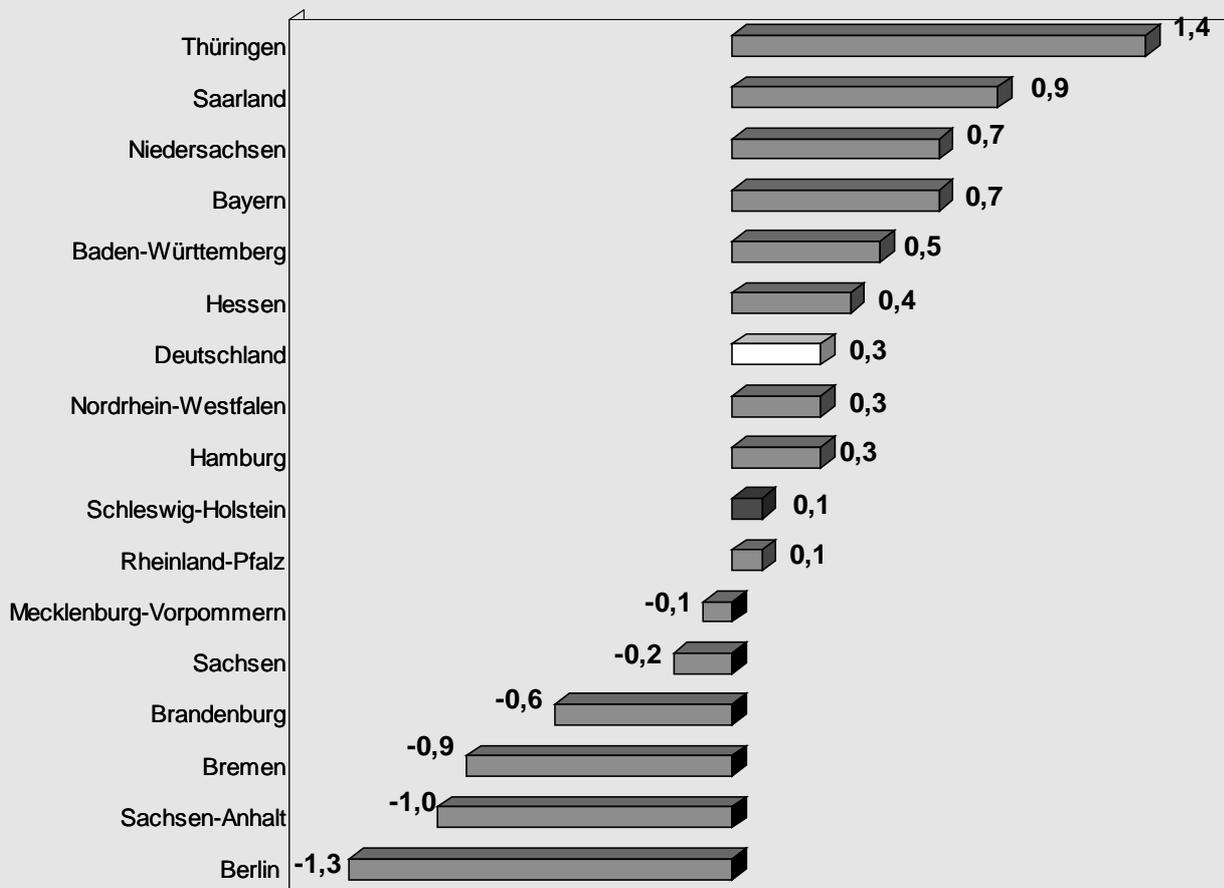


Erwerbstätigkeit in den Bundesländern

Ministerium für Wirtschaft,
Technologie und Verkehr
des Landes Schleswig-Holstein



(Veränderung der Erwerbstätigenzahlen 1999 gegenüber 1998 in Prozent)



Quelle: Ergebnisse der ersten Rechnung des Arbeitskreises des Bundes und der Länder;
Graphik: MWTV

Umsatzentwicklung in Mrd. DM 1996 -1999



Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe in Schleswig-Holstein Ergebnisse in Betrieben mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

WZ93 - Unterabschnitte	1996	1997	1998	1999*	Veränderung 1999 gegenüber 1998 in Prozent	Exportquote ² in % 1999
Vorleistungsgüterproduzenten	18,2	18,9	18,9	19,3	2,5	25,1
Investitionsgüterproduzenten	14,5	16,5	16,8	18,8	11,9	50,2
Gebrauchsgüterproduzenten	1,2	1,1	1,2	1,4	14,8	40,3
Verbrauchsgüterproduzenten	13,2	13,5	13,8	13,8	-0,4	13,2
Bergbau u. Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	47,1	50,0	50,7	53,3	5,1	31,2
Verarbeitendes Gewerbe	46,8	49,7	50,4	53,0	5,1	31,3
Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	9,4	9,6	9,5	9,4	-0,9	10,6
Textil- und Bekleidungsgewerbe	0,4	0,4	0,4	0,3	-19,0	19,5
Holzgewerbe (ohne Herst. v. Möbeln)	0,7	-	-	-	-	-
Papier-, Verlags- u. Druckgewerbe	4,5	4,4	4,6	4,8	5,1	20,1
Kokerei, Mineralölverarbeitung, etc.	2,4	-	-	-	-	-
Chemische Industrie	5,9	6,3	6,5	6,8	5,0	33,1
Herstellung v. Gummi- u. Kunststoffwaren	1,9	2,0	2,0	2,2	5,7	37,0
Glasgewerbe, Keramik, Verarb.v. Steinen u. Erden	2,2	2,2	2,1	2,1	0,9	11,6
Metallerzeugung u.-bearbeitg., Herstellung v. Metallerzeugnissen	2,2	2,3	2,4	2,3	-7,0	19,4
Maschinenbau	6,7	7,2	7,0	6,7	-4,6	50,1
Herstellung v. Büromasch.,DV-geräten u. einrichtungen, etc.	6,9	7,7	8,3	10,9	30,9	49,8
Fahrzeugbau	2,9	3,5	3,6	3,5	-2,8	43,3
Herst. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr., Sport-, Spielwaren, etc.	0,8	0,9	1,0	0,9	-12,9	40,2

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein u. eigene Berechnungen

* Durchschnittsergebnisse Januar - Dezember 1999

Hinweis:

In den Jahresergebnissen ab 1997 sowie in der Veränderungsrate sind die durch die Handwerkszählung 1995 neu identifizierten Einheiten eingeflossen, daher entstehen Vergleichsschwierigkeiten zwischen den absoluten Zahlen der Jahre ab 1997 gegenüber den Vorjahren.



Beschäftigtenentwicklung 1996 -1999

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe in Schleswig-Holstein Ergebnisse in Betrieben mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

WZ93 - Unterabschnitte	1996	1997	1998	1999*	Veränderung 1999 gegenüber 1998 in Prozent
Vorleistungsgüterproduzenten	56.619	54.871	54.749	52.612	-3,9
Investitionsgüterproduzenten	54.453	54.148	51.820	52.500	1,3
Gebrauchsgüterproduzenten	4.770	4.584	4.340	4.556	5,0
Verbrauchsgüterproduzenten	30.900	32.114	31.689	30.651	-3,3
Bergbau u. Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	146.742	145.717	142.598	140.319	-1,6
Verarbeitendes Gewerbe	145.788	144.732	141.627	139.381	-1,6
Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	20.211	21.178	20.538	19.680	-4,2
Textil- und Bekleidungsgewerbe	2.120	2.060	2.025	1.523	-24,8
Holzgewerbe (ohne Herst. v. Möbeln)	2.919	3.025	2.978	2.857	-4,1
Papier-, Verlags- u. Druckgewerbe	16.227	15.966	15.776	15.643	-0,8
Kokerei, Mineralölverarbeitung, etc.	981	896	876	912	4,1
Chemische Industrie	11.915	12.038	12.425	12.700	2,2
Herstellung v. Gummi- u. Kunststoffwaren	7.183	6.949	6.646	6.888	3,6
Glasgewerbe, Keramik, Verarb.v. Steinen u. Erden	7.252	6.834	6.279	6.127	-2,4
Metallerzeugung u.-bearbeitg., Herstellung v. Metallerzeugnissen	10.882	10.896	11.362	9.954	-12,4
Maschinenbau	25.903	25.137	24.566	23.830	-3,0
Herstellung v. Büromasch.,DV-geräten u. einrichtungen, etc.	23.750	23.692	22.106	23.286	5,3
Fahrzeugbau	13.761	13.244	13.393	13.262	-1,0
Herst. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr., Sport-,Spielwaren, etc.	2.683	2.817	2.658	2.718	2,3

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein u. eigene Berechnungen

* Durchschnittsergebnisse Januar - Dezember 1999

Hinweis:

In den Jahresergebnissen ab 1997 sowie in der Veränderungsrate sind die durch die Handwerkszählung 1995 neu identifizierten Einheiten eingeflossen, daher entstehen Vergleichsschwierigkeiten zwischen den absoluten Zahlen der Jahre ab 1997 gegenüber den Vorjahren.



Entwicklung der Betriebe 1996 -1999

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe in Schleswig-Holstein Ergebnisse in Betrieben mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

WZ93 - Unterabschnitte	1996	1997	1998	1999*	Veränderung 1999 gegenüber 1998 in Prozent
Vorleistungsgüterproduzenten	665	668	648	657	1,4
Investitionsgüterproduzenten	421	448	432	430	-0,5
Gebrauchsgüterproduzenten	36	37	32	30	-6,5
Verbrauchsgüterproduzenten	334	376	372	366	-1,5
Bergbau u. Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	1.455	1.529	1.483	1.483	-0,1
Verarbeitendes Gewerbe	1.396	1.471	1.428	1.424	-0,3
Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	273	310	300	306	2,0
Textil- und Bekleidungsgewerbe	27	27	27	19	-28,7
Holzgewerbe (ohne Herst. v. Möbeln)	37	46	46	42	-9,7
Papier-, Verlags- u. Druckgewerbe	145	146	149	149	0,3
Kokerei, Mineralölverarbeitung, etc.	6	6	5	5	-1,6
Chemische Industrie	57	58	58	60	3,9
Herstellung v. Gummi- u. Kunststoffwaren	82	79	75	83	10,7
Glasgewerbe, Keramik, Verarb.v. Steinen u. Erden	129	126	119	119	-0,3
Metallerzeugung u.-bearbeitg., Herstellung v. Metallerzeugnissen	180	191	181	180	-0,6
Maschinenbau	199	199	195	191	-1,8
Herstellung v. Büromasch., DV-geräten u. einrichtungen, etc.	177	193	189	190	0,1
Fahrzeugbau	42	43	43	42	-2,3
Herst. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr., Sport-, Spielwaren, etc.	42	46	40	37	-6,5

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein u. eigene Berechnungen

* Durchschnittsergebnisse Januar - Dezember 1999

Hinweis:

In den Jahresergebnissen ab 1997 sowie in der Veränderungsrate sind die durch die Handwerkszählung 1995 neu identifizierten Einheiten eingeflossen, daher entstehen Vergleichsschwierigkeiten zwischen den absoluten Zahlen der Jahre ab 1997 gegenüber den Vorjahren.

Planungsräume Schleswig-Holsteins



Wirtschaftliche Lage in den fünf Planungsräumen

Kreise/ Planungsräume	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ¹⁾			Arbeitslosenquoten ²⁾		Industriedichte ⁴⁾
	30.06. 1999	Veränderg. z. Vorjahr in %	Anteil an SH in %	1998 in %	1999 ³⁾ in %	1999 ³⁾
Hzgt.Lauenburg	39.580	1,9	4,9	8,5	8,1	46
Pinneberg	76.780	2,5	9,5	8,4	8,2	56
Segeberg	75.451	2,0	9,4	8,0	7,5	64
Stormarn	63.504	0,3	7,9	7,0	6,6	90
Planungsraum I	255.315	1,7	31,7	8,0	7,6	64
Lübeck	80.363	0,9	10,0	13,7	13,5	65
Ostholstein	52.124	0,3	6,5	9,8	9,5	28
Planungsraum II	132.487	0,7	16,5	11,8	11,5	47
Kiel	101.133	0,0	12,6	13,9	12,9	63
Neumünster	30.767	-1,6	3,8	13,5	13,4	82
Plön	23.919	4,4	3,0	8,9	8,4	17
Rendsburg-Eckernf.	64.322	1,8	8,0	9,6	9,0	28
Planungsraum III	220.141	0,7	27,3	11,3	10,7	44
Dithmarschen	35.452	0,9	4,4	10,7	10,0	49
Steinburg	34.197	0,8	4,2	9,7	9,3	55
Planungsraum IV	69.649	0,9	8,7	10,1	9,6	52
Flensburg	37.916	0,8	4,7	14,6	13,0	107
Nordfriesland	46.948	0,4	5,8	9,2	8,1	20
Schleswig-Flensburg	42.732	1,6	5,3	8,9	8,1	21
Planungsraum V	127.596	0,9	15,8	10,1	9,0	37
Schleswig-Holstein	805.188	1,1	100,0	9,9	9,4	51

1) Stand 30.06.1999 - letztverfügbares Ergebnis

2) Berechnung auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen

3) vorläufige Ergebnisse

4) Beschäftigte im Bergbau u. Verarbeitenden Gewerbe je 1.000 Einwohner

Vorläufiges Durchschnittsergebnis der Monate Januar- Dezember 1999 der Beschäftigten
berechnet mit dem Bevölkerungsstand am 30.06.1999

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, LAA-Nord, eigene Berechnungen



Wichtigste einzelbetriebliche Förderprogramme in Schleswig-Holstein

Jahr 1999

Programme	Fälle		Aufwendungen in TDM		Investitionszuschuss in TDM		neue Dauerar- beitsplätze		gesicherte Arbeitsplätze		Betten		herausgelegtes Obligo	
	1998	1999	1998	1999	1998	1999	1998	1999	1998	1999	1998	1999	1998	1999
Industrieförderung GA 1)	24	18	300.311,8	217.093,4	35.841,1	29.203,6	756	416	950	471	-	-		
Fremdenverkehrsförderung GA 1)	-	3	-	3.392,0	-	528,5	-	30	-	-	-	-		
WKF-Beteiligung 2)	12	9	22.168,0	25.415,0	3.054,0	2.950,0	165	25	1605	331	-	-		
WKF-Beteiligung EGO 3)	6	7	1.677,0	3.100,0	360,0	650,0	35	56	-	-	-	-		
WKF-Beteiligung INNO 4)	-	8	-	7.852,0	-	2.135,0	-	44	-	84	-	-		
Existenzgründerinnenprogramm 5)	73	67	5.398,7	4.329,4	-	-	153	117	-	-	-	-	4.397,4	3.708,9
Gesamtsumme	115	112	329.555,5	261.181,8	39.255,1	35.467,1	1.109	688	2.555	886	0	-	4.397,4	3.708,9

- 1) GA: Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“
- 2) WKF: Förderung von Wagniskapitalbeteiligungen
- 3) WKF: Förderung von kleinen Existenzgründungsbeteiligungen
- 4) WKF: Förderung von kleinen Existenzgründungsbeteiligungen im Rahmen des Programmes „Arbeit, Bildung, Innovation“
- 5) Förderung erfolgt durch Übernahme von Ausfallrisiken und teilweise der Kosten des Bearbeitungsaufwandes

Quelle: LAA-Nord, *vorläufige Ergebnisse

Auslandsumsätze Exportquoten



Verarbeitendes Gewerbe Schleswig-Holstein

Entwicklung des Auslandsumsatzes und der Exportquote 1 des Verarbeitenden Gewerbes ² in Schleswig-Holstein				
Jahre	Gesamtumsatz	Auslandsumsatz	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent	Exportquote in Prozent
	in Mio. DM			
1995	48.979	12.777	13,6	26,1
1996	47.113	12.359	-3,3	26,2
1997	49.737	14.861	20,2	29,9
1998	50.679	15.083	1,4	29,8
1999 ³	53.261	16.641	10,3	31,2

1) Prozentanteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz
 2) Ergebnisse im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe in Schleswig-Holstein in Betrieben mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten nach der WZ '93
 3) kumulierte Ergebnisse Januar bis Dezember 1999
 Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein



Außenhandel Schleswig-Holsteins

Aufteilung nach Ländern/Ländergruppen

Jan. - Dez. 1999 *)	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum		Anteil an der Gesamtausfuhr der Bundesrepublik Deutschland
in Mio DM	in Mio DM	in v.H.	in v.H.
19.267,7	2.187,3	12,8	2,0

Länder/Ländergruppen	Jan. - Dez. 1999	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum		Anteil an der Gesamtausfuhr
	in Mio DM	in Mio DM	in v.H.	in v.H.

Europa	12.814,4	584,2	4,8	66,5
---------------	-----------------	--------------	------------	-------------

EU-Länder	10.005,1	594,0	6,3	51,9
Großbritannien	1.457,3	119,7	8,9	7,6
Frankreich	1.373,0	64,2	4,9	7,1
Niederlande	1.347,5	69,2	5,4	7,0
Dänemark	1.295,3	-47,0	-3,5	6,7
Italien	1.289,6	43,6	3,5	6,7
Spanien	962,9	316,8	49	5,0
Österreich	693,5	-16,9	-2,4	3,6
Schweden	441,3	60,5	15,9	2,3
Belgien **)	390,6	- 36,6 **)	-8,2	2,0
Luxemburg **)	19,2	**)		0,1
Rep. Irland	233,7	44,2	23,3	1,2
Portugal	188,5	-53,2	-22	1,0
Griechenland	181,4	17,9	10,9	0,9
Finnland	131,2	11,7	9,8	0,7

*) vorläufige Ergebnisse, **) bis 1998 waren beide Länder zusammengefaßt



	Jan. - Dez. 1999	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum		Anteil an der Gesamtausfuhr
	in Mio DM	in Mio DM	in v.H.	in v.H.

Mittel-osteuropäische Länder	1.301,7	-148,8	-10,3	6,8
-------------------------------------	----------------	---------------	--------------	------------

darunter:

Polen	434,7	-27,7	-6,0	2,3
Rußland	295,3	-43,6	-12,9	1,5
Tschechische Rep.	149,8	7,0	4,9	0,8
Ungarn	120,6	-1,6	-1,3	0,6
Rumänien	62,1	-7,1	-10,3	0,3
Slowakei	50,5	-9,7	-16,1	0,3
Litauen	34,1	-4,0	-10,5	0,2
Estland	21,2	-6,0	-22,1	0,1
Bulgarien	21,1	-0,7	-3,2	0,1
Lettland	19,9	-0,4	-2,0	0,1
Albanien	1,1	0,5	83,3	0,0

Sonst. Europäische Länder	1.507,5	138,9	10,1	7,8
----------------------------------	----------------	--------------	-------------	------------

darunter:

Schweiz	689,7	10,9	1,6	3,6
Norwegen	397,4	91,7	30,0	2,1

Amerika	2.211,2	191,5	9,5	11,5
----------------	----------------	--------------	------------	-------------

USA	1.112,2	-19,1	-1,7	5,8
Kanada	105,0	26,5	33,8	0,5

Amerik.Entw.Länder	993,9	184,0	22,7	5,2
---------------------------	--------------	--------------	-------------	------------

darunter:

Brasilien	231,5	34,9	17,8	1,2
Mexiko	78,0	18,7	31,5	0,4
Bermuda	81,1	-205,0	.	0,4



	Jan. - Dez. 1999	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum		Anteil an der Gesamtausfuhr
	in Mio DM	in Mio DM	in v.H.	in v.H.
Asien	3.475,9	1.126,2	47,9	18,0
Japan	302,0	11,3	3,9	1,6
Asiat.Schwellen-u.Entw.L.	1.629,2	-42,7	-2,6	8,5
darunter:				
Südkorea	274,5	-83,0	-23,2	1,4
China	588,0	180,0	44,1	3,1
Länder d.Nahen u.Mittl.Osten	1.544,7	1.157,8	299,3	8,0
darunter:				
Israel	1.078,8	1.010,3	1474,9	5,6
Afrika	630,4	283,2	81,6	3,3
Südafrika	97,3	2,5	2,6	0,5
afrik.Entw.Länder	533,1	280,7	111,2	2,8
darunter:				
Ägypten	83,4	11,1	15,4	0,4
Australien-Ozeanien	122,9	3,2	2,7	0,6
darunter:				
Australien	99,0	-2,3	-2,3	0,5
Neuseeland	21,4	4,6	27,4	0,1

Außenhandel Schleswig-Holsteins

Ministerium für Wirtschaft,
Technologie und Verkehr
des Landes Schleswig-Holstein



Aufteilung auf ausgewählte Warengruppen und Wirtschaftszweige

Warengruppen	Jan. - Dez. 1999	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum		Anteil an der Gesamtausfuhr
	in Mio DM	in Mio DM	in v.H	in v.H.
Ernährungswirtschaft	1.686,9	180,5	12	8,8
Lebende Tiere	27,8	0,6	2,2	0,1
Nahrungsmittel tier. Urspr.	675,2	20,6	3,1	3,5
Nahrungsmittel pfl. Urspr.	958,9	191,6	25	5,0
Genußmittel	25,0	-32,3	-56,4	0,1
Gewerbliche Wirtschaft	17.580,8	2.006,9	12,9	91,2
Rohstoffe	238,2	-24,5	-9,3	1,2
Halbwaren	859,2	10,2	1,2	4,5
Fertigwaren	16.483,4	2.021,2	14	85,5
davon:				
Vorerzeugnisse	1.789,4	-174,3	-8,9	9,3
Enderzeugnisse	14.694,1	2.195,7	17,6	76,3

Wirtschaftszweige

Elektrotechn. Erzeugnisse	4.830,5	1.035,5	27,3	25,1
Maschinenbau	3.320,3	-95,1	-2,8	17,2
Chemische Erzeugnisse	2.837,0	-60,7	-2,1	14,7
"Sonst Enderzeugnisse"	1.366,4	811,4	24,6	7,1
opt.u.feinmechan.Erzeugn.,Uhren	998,3	69,1	7,4	5,2
Papier und Pappe	907,0	-105,9	-10,5	4,7
Wasserfahrzeuge	878,4	435,0	98,1	4,6
Fahrzeugbau	688,1	6,1	0,9	3,6
EBM-Erzeugnisse	646,4	54,9	9,3	3,4
Textilien	293,0	17,5	6,4	1,5
Holz, Holzwaren	175,4	-123,5	-41,3	0,9

Abkürzungen

Länder der Bundesrepublik Deutschland

BB	=	Brandenburg
BE	=	Berlin
BW	=	Baden-Württemberg
BY	=	Bayern
HB	=	Bremen
HE	=	Hessen
HH	=	Hamburg
MV	=	Mecklenburg-Vorpommern
NI	=	Niedersachsen
NW	=	Nordrhein-Westfalen
RP	=	Rheinland-Pfalz
SH	=	Schleswig-Holstein
SL	=	Saarland
SN	=	Sachsen
ST	=	Sachsen-Anhalt
TH	=	Thüringen

Zuständigkeiten

Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein

Düsternbrooker Weg 94, 24105 Kiel, Tel. 0431-988-0

Minister: Dr. Bernd Rohwer

Staatssekretär: Uwe Mantik

Einzelne Zuständigkeiten können dem beiliegendem Organisationsplan
(siehe folgende Seite) entnommen werden.

Bereiche Tourismuspolitik und Ernährungswirtschaft:

Ministerium für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein

Düsternbrooker Weg 104, 24105 Kiel, Tel. 0431-988-0

Ministerin: Ingrid Franzen

Staatssekretär: Rüdiger von Plüskow

Referat Tourismuspolitik: Kenn-Nr. VIII 22, Tel. 0431-988 4544

Referat Ernährungswirtschaft: Kenn-Nr. VIII 40, Tel. 0431-988 4942

Bereich Frauenpolitik/Beratungen für Frauen:

Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie des Landes Schleswig-Holstein

Theodor-Heuss-Ring 49, 24113 Kiel, Tel. 0431-988-0

Ministerin: Anne Lütkes

Staatssekretär: Wulf Jöhnk

Referat Frauenförderung im Erwerbsleben: Kenn-Nr. V 21, Tel. 0431-988 2225

Bereich Technologietransfer im Hochschulbereich:

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein

Brunswiker Straße 16-22, 24105 Kiel, Tel. 0431-988-0

Gartenstraße 6, 24103 Kiel, Tel. 0431-988-0

Ministerin: Ute Erdsiek-Rave

Staatssekretär: Dr. Ralf Stegner

Referat Technologietransfer/Forschungsförderung: Kenn-Nr. III 620, Tel. 0431-988 5832

Bereich Umweltwirtschaft:

Ministerium für Umwelt, Natur und Forsten des Landes Schleswig-Holstein

Mercatorstraße 3, 24106 Kiel, Tel.: 0431-988-0

Minister: Klaus Müller

Staatssekretärin: Henriette Berg

Referat Umweltökonomie: Kenn-Nr. X 12, Tel. 0431-988 7325

**Ministerium für
Wirtschaft, Technologie und
Verkehr des Landes
Schleswig-Holstein**

**Organisationsplan
Stand: 15. April 2000**

Anschrift: Düsternbrooker Weg 94
24105 Kiel
oder
Postfach 7128, 24171 Kiel

Telefon: **0431/988-Nebenstelle**
Telefax: **0431/988-s. Abteilungen**

Ministerbüro

LMB Leiterin des Ministerbüros
Kerstin Ehlers 4410

MB 1 Persönlicher Referent,
Bundesrats- und
Bundestagsangelegenheiten
Reinhard Warnecke 4415

MB 2 Koordinierung von Kabinetts-
und Landtagsangelegenheiten

Gleichstellungsbeauftragte

Birgit Nicklaus 4713

**Minister
Dr. Bernd Rohwer**
Tel.: 4400

Vorzimmer: **Martina Benedetti** 4401

**Staatssekretär
Uwe Mantik**
Tel.: 4500

Vorzimmer: NN 4403
Vertreter: **Dr. Jan Eggers** 4505

Planung und Kommunikation

LPK Leiter des Planungsstabes
Helmut Badekow 4420

PK 1 Presse und Öffentlichkeitsarbeit
NN
Fax 4705

Außenwirtschaftsbeauftragter

Fritz Lücke 4503
Vertr.: **Dr. Peter Janocha** 4534

Örtlicher Personalrat
Vorsitzender: Günther Boll 4586

Hauptpersonalrat
Vorsitzender: Diethard Kaun 4756

Vertrauensmann der Schwerbehinderten
Rolf-Dieter Störmer 4602

Hauptvertrauensmann der Schwerbehinderten
Siegfried Pautzke
SBA Flensburg, Schleswiger Straße 55
24941 Flensburg **0461/90309-0**

**Abteilung 1
Allgemeine Abteilung**

Klaus Qualen 4501
Vertr.: NN
Vorzimmer.: **Barbara Kühne** 4801

Fax: 4811

**Abteilung 2
Wirtschaftspolitik
Wirtschaftsförderung**

Michael Rocca 4502
Vertr. Ref. 20-22: **Dr. Jens Haass** 4520
Vertr. Ref. 23-25: **Bernd Schriewer** 4541
Vorzimmer.: **Serena Basalla** 4802
Fax: 4812

**Abteilung 3
Technologie
Außenwirtschaft**

Fritz Lücke 4503
Vertr.: **Dr. Bernd Bösche** 4530
Vorzimmer.: **Jutta Bünning** 4803

Fax: 4812

**Abteilung 4
Straßenbau
Straßenverkehr**

Dr. Wolfgang Zeichner 4504
Vertr.: **Eckhart Czeloth** 4565
Vorzimmer.: **Frauke Johannsen** 4804

Fax: 4811

**Abteilung 5
Verkehrspolitik**

Dr. Jan Eggers 4505
Vertr.: **Henning Reiff** 4550
Vorzimmer.: **Bettina Eisfelder** 4805

Fax: 4814

10	Innerer Dienst Michael Dunkel	4510
11	Personal, Fortbildung Holger Hohnheit	4511
12	Haushalt Günter Höck	4512
13	Organisation, Automation IT-Leitstelle Modernisierungsvorhaben Frank Quirnbach	4516
14	Justitiar, Unabhängige Stelle nach Art. 8 Abs 1 der EU- Kontrollverordnung, Ordensangelegenheiten Koordinierung der Zivilverteidigungs- und Katastrophenschutzmaß- nahmen Beteiligung bei der Landesgesetzgebung NN	4517
15	Grundsatzangelegen- heiten des Einheiten-, Eich-, Beschluß- und Medizinpro- dukterrechts sowie der Normung Sigurd Reinhard	4450

20	Wirtschafts-, Regional- und Mittelstandspolitik Regionalprogramm Konjunkturpolitik Wirtschaftsstatistik Dr. Jens Haass	4520
21	EU-Angelegenheiten GA Konversion Rüdiger Balduhn	4526
22	Wirtschaftsnahe Infra- struktur Norddeutsche Zusam- menarbeit und Landes- planung Umweltschutz Doris Roloff	4522
23	Branchenangelegenhei- ten Rohstoffe Schiffbauförderung Bernd Schriewer	4541
24	Wirtschaftsförderung Unternehmensbetreuung Bernd Unger	4528
25	Steuern und Abgaben der Wirtschaft und des Verkehrs Betriebliche Prüfungen Öffentliches Auftrags- und Verdingungswesen Dr. Swen-Uwe Sachse	4546

30	Technologiepolitik Technologietransfer Innovation Dr. Bernd Bösche	4530
31	Handwerk Gewerberecht Kammeraufsicht Post, Ordnungspolitik Telekommunikation Knut Riedel	4542
32	Berufliche Ausbildung Friedrich Leopold	4533
33	Weiterbildung, BFOG, AFBG Carla-Maria Cremer	4538
34	Außenwirtschaftspolitik Dr. Peter Janocha	4534
35	Bank- und Kreditwesen Versicherungsaufsicht Kartellrecht Reinhard Schäfer	4521
36	Telekommunikation und Multimedia NN	4539

40	Straßenbau Straßenbautechnik Torsten Conradt	4560
41	Straßenplanungen Kurt Richter	4561
42	Straßenverkehrsrecht Straßenrecht Technisches Kraftfahr- wesen Karl-Werner Schunck	4564
43	Planfeststellungsverfahren Straße, Schiene und Häfen Eckhart Czeloth	4565
44	Kommunaler Straßenbau Verkehrssicherheit Friedhelm Pastow	4562
PG 41	Projektgruppe Westliche Elbquerung bei Hamburg - A20 Kurt Richter	4561

50	Verkehrspolitik Verkehrszweigüber- greifende Planungen Europäische Verkehrs- angelegenheiten Eisenbahnen Henning Reiff	4550
51	Güterverkehr Umweltschutz im Verkehr Telematik im Verkehr Christian Sörensen	4532
52	Öffentlicher Personen- nahverkehr Verkehrstarife Konzessionen Karin Himstedt	4555
53	Schifffahrt und Häfen Dr. Uwe Jenisch	4551
54	Luftfahrt Klaus Schneider	4554
PG 50	Projektgruppe Fehmarnbeltquerung Henning Reiff	4550

Wirtschaftsbericht 2000

Herausgeber:

Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
des Landes Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 94
24105 Kiel

Redaktion:

Volker Kruse, Abteilung Wirtschaftspolitik, Wirtschaftsförderung
Tel.: 0431-988 4527 / Fax: 0431-988 4812

Statistik und Graphiken:

Kirsten Neubauer, MWTV Schleswig-Holstein

Textverarbeitung, Layout:

Martina Renk, MWTV Schleswig-Holstein